

Mit Konflikten umgehen – die Perspektive wechseln

Aus Erfahrungen lokaler Akteure in Konfliktsituationen lernen



Mit Konflikten umgehen – die Perspektive wechseln

**Aus Erfahrungen lokaler Akteure
in Konfliktsituationen lernen**

Herausgeber:
Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. (EED)
Ulrich-von-Hassell-Straße 76, 53123 Bonn
eed@eed.de, www.eed.de

Text unter Mitarbeit von: Wolfgang Heinrich, Wolfgang
Kaiser, Edda Kirleis, Caroline Kruckow, Barbara Müller,
Jürgen Reichel

Redaktionelle Bearbeitung: Andrea Burkhardt, Mechtild
Ritter, Jule Rode

Bildnachweis: alle Fotos: Hagen Berndt,
Titel, S.16, 35: K.Lelgemann, S.47: Kofi Setordji

April 2009

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, CO₂-neutral
hergestellt und ausgezeichnet mit dem Blauen Engel

Mit Konflikten umgehen – die Perspektive wechseln

Aus Erfahrungen lokaler Akteure in Konfliktsituationen lernen

Inhalt

Frieden – Entwicklung – Gerechtigkeit

Risiken von Entwicklungsprojekten	2
Was ist Erfolg in der Friedensarbeit?	5
Friedenspolitik im Wandel der Zeit	6
Konflikt, Gewalt und Krieg im Wandel der Zeit	8
Außenwahrnehmung und Innenwahrnehmung in Konfliktsituationen	10
Nichtregierungsorganisationen, über deren Arbeit in dieser Broschüre berichtet wird	13

Auf dem Weg zur Konfliktbearbeitung

Wie Frieden von innen wächst – Erfahrungen von Organisationen in Konfliktregionen	16
Lokale Gemeinschaften wissen, was für sie Frieden bedeutet	17
Kontexte und Ebenen der Friedensarbeit	20
Wandel in den Organisationen	23
Distanz und Misstrauen – "Staat" und Zivilgesellschaft	28
Anwälte der Betroffenen und Vermittler zwischen den Fronten	32
Gender: Chancen und Herausforderungen	34
Schlussfolgerungen	41

Friedensarbeit des EED – Grundorientierung und neue Herausforderungen

Frieden und Gerechtigkeit suchen	43
Frieden fördern als Handlungsfeld des EED	46
Der EED stärkt lokale Friedenskräfte	48
Möglichkeiten und Grenzen der Zivilgesellschaft erkennen	51
Staaten müssen in die Pflicht genommen werden	52

Literaturhinweise	53
--------------------------	-----------

Frieden – Entwicklung – Gerechtigkeit

Für kirchliche Entwicklungszusammenarbeit ist der Zusammenhang von "Frieden, Entwicklung und Gerechtigkeit" eine zentrale Orientierung. Diese hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in seiner Denkschrift von 1973 "Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt" folgendermaßen begründet: "Ungerechte Verhältnisse im innenpolitischen wie im weltpolitischen Bereich stellen eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Die Friedensbemühungen der Menschen müssen daher die Suche nach mehr Gerechtigkeit und den Ausgleich der sozialen Spannungen durch weltweite Entwicklungsprogramme mit einschließen. Entwicklungsverantwortung, Eintreten für Gerechtigkeit und dauerhafter Frieden sind infolgedessen unmittelbar miteinander verknüpft" (Ziffer 14). Dieser Dreiklang ist für den kirchlichen Entwicklungsdienst auch deshalb leitend, weil er in jede Richtung gedacht wahr bleibt: Nicht nur bedrohen ungerechte Verhältnisse und Armut den Frieden – genauso behindern Krieg und Gewalt die Arbeit von Entwicklungsprojekten, machen die Erfolge im Kampf gegen Hunger und Armut immer wieder zunichte. Für den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) begründet dieser Zusammenhang den Auftrag, gemeinsam mit den lokalen Entwicklungsorganisationen, Armut zu bekämpfen, Gerechtigkeit zu schaffen und Frieden aufzubauen.

Darum versteht der EED auch Aktivitäten der unmittelbaren Konfliktbearbeitung als integralen Bestandteil seines Entwicklungsauftrags: Konflikttransformation, Befähigung zur friedlichen Konfliktaustragung, Nachsorge nach Gewaltkonflikten und Krisenprävention. Diese Herangehensweise schließt die Reduktion von Konfliktbearbeitung auf kurzfristige Gewaltkontrolle aus. Sie erfordert umfassende Analysen und Ansätze und verlangt die kritische Reflexion dessen, was erreicht worden ist und was falsch gelaufen ist. Und das immer wieder. Denn auch gut gemeinte Interventionen erreichen nicht immer ihr Ziel.

Risiken von Entwicklungsprojekten

Friedensarbeit basiert auf Annahmen darüber, wie Frieden geschaffen werden kann. Aus diesen Annahmen leiten Organisationen, die im Kontext von Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit oder in der Friedensarbeit mit gewaltsamen Konflikten umgehen, ihre Konzepte und Handlungsansätze ab. Grundsätzlich lassen sich zwei Arten des Herangehens unterscheiden: Bei der einen steht die direkte Hilfe für Opfer von Kriegen und Konflikten im Vordergrund – zum Beispiel durch die Unterstützung bei der Gesundheitsversorgung im Kriegsgebiet. Bei der anderen ist vorrangiges Ziel, die Art der Konfliktaustragung zu beeinflussen, eine konstruktive Konfliktaustragung zu ermöglichen und langfristig die Ursachen von Gewalt zu überwinden. Das heißt dann zum Beispiel, zwischen Konfliktparteien zu vermitteln oder Lösungen für die Ursachen gesellschaftlicher Konflikte zu erkunden.

Der EED und seine Partnerorganisationen verfolgen beide Ansätze. Die systematische Auswertung von Erfahrungen aus der Entwicklungsarbeit und Nothilfe in Kriegsgebieten aus den letzten 15 Jahren hat aber deutlich gezeigt, dass beide Herangehensweisen eine Konflikt-dynamik beeinflussen.

Organisationen, die primär Flüchtlinge, Kriegsoffer und von Gewalt betroffene Gemeinschaften unterstützen und ihnen ein Überleben ermöglichen, wollen dabei nicht unbeabsichtigt zu einer Verschlechterung der Konfliktsituation beitragen. Mitte der 1990er Jahre begann unter Hilfsorganisationen eine intensive Debatte darüber, wie das Problem der unbeabsichtigten negativen Auswirkungen von Hilfsmaßnahmen angegangen werden kann. Die erschütternden Ereignisse in Somalia nach dem Zusammenbruch des Regimes im Dezember 1991 und in Ruanda und Ostkongo nach dem Völkermord in Ruanda 1994 enthüllten in aller Schärfe, wie gut gemeinte Nothilfe und Entwicklungsarbeit von den Gewaltakteuren systematisch in ihr

Kalkül und ihre Gewaltstrategie eingebunden und ausgenutzt wurde. Hilfsorganisationen mussten erkennen, dass sie durch das, was sie taten, und die Art, wie sie es taten, zur Gewalteskalation unmittelbar beigetragen hatten.

stand der Ansatz des "Do No Harm". Er ist inzwischen in Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit als Methode der konflikt sensiblen Projektplanung anerkannt und als Richtschnur

Wie Hilfs- und Entwicklungsprojekte Konflikte beeinflussen

- Hilfe oder Zusammenarbeit impliziert immer einen Ressourcentransfer. Dieser kann materieller Art sein (Nahrungsmittel, Baumaterial, medizinische Versorgung und Gelder) oder nicht-materieller Natur (Ausbildung, Kontakte). Er beeinflusst über Projekte den Konfliktverlauf.
- Die Gewaltparteien eignen sich oft Teile der Ressourcen an und nutzen sie für ihre Zwecke.
- Die Bereitstellung von Ressourcen hat Auswirkungen auf den lokalen Markt, da sie Einfluss auf Löhne, Preise und Gewinne ausübt. Hilfeleistungen können so eher Anreize für die Fortdauer von Gewaltausübung haben als Frieden fördern.
- Hilfsprojekte haben distributive Effekte, indem sie bestimmte Gruppen begünstigen, andere aber nicht. Wenn ein Projekt nur auf eine Untergruppe innerhalb eines Konfliktes ausgerichtet ist (selbst wenn diese die größte Not leidet), kann es dazu beitragen, dass zwischen Gruppen Neid und Spannungen zunehmen.
- Über Hilfsprojekte eingebrachte Ressourcen können lokale Mittel ersetzen. Werden Teile von diesen "frei", kann dies dazu führen, dass sie für Konfliktziele eingesetzt werden.
- Projekte können bestimmten Gruppen eine Legitimationsgrundlage bieten und diese anderen entziehen. Geschieht dies zugunsten der Legitimation einer Konfliktpartei und ihrer Handlungen, kann dies bestehende Konflikte verstärken.

Die Liste zeigt - negative Effekte von Interventionen für Frieden sind möglich. Sie können die Polarisierung zwischen den Konfliktparteien vertiefen und dazu beitragen, dass offene und strukturelle Gewalt verstärkt werden. Menschen, die sich in ihrem Land an Friedensaktivitäten beteiligen, werden in Gefahr gebracht. Übrig bleiben wachsender Zynismus und Entmutigung. Anstatt Frieden zu fördern, werden Zeit, Engagement und knappe Ressourcen für falsche Aktivitäten verschwendet. Auf Grund dieser Erkenntnis haben international tätige Organisationen, darunter auch der EED, bereits Mitte der 1990er Jahre den Zusammenhang zwischen Entwicklungsprojekten und Konfliktdynamik selbstkritisch untersucht. Aus diesem internationalen und kooperativen Lernprozess ent-

für das Handeln in Konfliktregionen verbreitet. Der Leitgedanke "Do No Harm" hat die Sensibilität geschärft für unbeabsichtigte, konfliktverschärfende Nebenwirkungen im Umfeld von Projekten. Und bietet eine Methode, wie diese erkannt und vermindert werden können.¹

¹ Anderson, Mary B.: Do No Harm. How Aid Can Support Peace - Or War, Boulder 1999

Do No Harm

Hilfsorganisationen machen bei Nothilfe und Entwicklungshilfe in Konfliktgebieten oft die Erfahrung, dass diese von Kriegsparteien missbraucht werden, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Dies kann jedoch nicht zu der Entscheidung führen, Hilfsmaßnahmen zu unterlassen. Deshalb entschied sich eine Gruppe internationaler Hilfsorganisationen 1994, systematisch die Erfahrungen internationaler und lokaler Hilfsorganisationen in Kriegsgebieten darauf hin zu untersuchen, welche Wechselwirkungen zwischen Projektmaßnahme und der jeweiligen Konfliktdynamik entstanden waren. Hauptziel war herauszufinden, wie Hilfsmaßnahmen organisiert werden müssen, damit sie möglichst geringe negative Auswirkung auf die Konfliktaustragung haben (Do No Harm: keinen Schaden anrichten). Wunschziel darüber hinausgehend war aber auch herauszufinden, wie Hilfsmaßnahmen organisiert sein müssen, damit sie nach Möglichkeit friedensfördernd wirken. Mit diesem Auftrag führte die Beratungsorganisation "Collaborative for Development Action" (CDA), eine US-amerikanische NRO, das "Local Capacities for Peace - Project" (LCP-P) durch. Die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE - eine Vorgängerorganisation des EED) gehörte im Jahre 1994 zu der Gruppe von Organisationen, die mit CDA dieses Studienprojekt initiierten.

Zunächst führten CDA und die beteiligten Organisationen 15 Feldstudien in 14 Kriegs- und Krisenregionen in Europa, Afrika, Asien und Lateinamerika durch. In diesen Erhebungen wurden Hilfsmaßnahmen der Auftraggeberorganisationen daraufhin untersucht, welche Auswirkungen sie auf die Konfliktkonstellationen und den Konfliktverlauf hatten. Auf diese Weise wurden zwei Sätze von Mechanismen identifiziert, die zueinander in Wechselwirkung stehen. Dies sind zum einen Wirkungen, die sich aus dem Ressourcetransfer ergeben: Hilfsmaßnahmen sind in erster Linie Transfers materieller und nicht materieller Ressourcen in Konfliktsituationen. Diese können Begehrlichkeiten der Kriegspartei auslösen. Zum anderen können Wechselwirkungen zwischen einem Projekt und dem Konfliktkontext entstehen, weil alle Handlungen eine "implizite ethische Botschaft" vermitteln und somit in einem Konflikt nie gänzlich neutral wirken. Auf der Grundlage der identifizierten Wirkungsmechanismen entwickelten die Projektteilnehmer ein Projektplanungsinstrument. Das "Framework for Considering the Impact of Aid on Conflict" wurde als Instrument 1996 vorgestellt. In den Jahren 1997 bis 2000 testeten 12 Organisationen aus den Bereichen der humanitären Hilfe und Entwicklungsarbeit das neue Instrument. Auf der Abschlusskonsultation im September 2000 bestätigten alle am Test beteiligten Organisationen, dass das Instrument erstens effektiv und zweitens praktikabel ist.

Seitdem ist dieses Projektplanungsinstrument 'auf dem Markt'. Im Jahre 2001 wurde es über 120 internationalen und lokalen Hilfsorganisationen, Regierungen und staatlichen Entwicklungsdiensten vorgestellt. Eine große Zahl entschied sich, das Instrument in ihr Projektplanungsverfahren einzubauen. Der EED stellte den Do No Harm-Ansatz bisher in zwei Schwerpunktregionen vor: In Asien zunächst in Nordost-Indien im Bundesstaat Manipur (UNMM), seit 2004 auch in Pakistan, Bangladesch, Nepal und Indien und seit 2001 im Horn von Afrika in Äthiopien, Sudan, Somalia, Kenia und Uganda.

Was ist Erfolg in der Friedensarbeit?

Die Unwägbarkeiten von Friedensaktivitäten sind groß. Versuche, die Unsicherheiten durch eine immer detailliertere Planung in den Griff zu bekommen, stoßen an Grenzen. Einfache Maßstäbe für Erfolg und Misserfolg gibt es nicht. Manchmal lassen sich gerade dadurch Erfolge erzielen, dass jahrelang scheinbar erfolglos mit langem Atem Friedensarbeit durch-

erweisen.² Und umgekehrt: Mancher "Durchbruch zum Frieden" bleibt nur ein Erfolg am Verhandlungstisch und gewährleistet keinen tragfähigen Friedensprozess mit allen involvierten Kräften. So erlebten die Menschen in Somalia seit dem Zusammenbruch des Regimes von Siad Barre 1991 inzwischen 14 Friedenskonferenzen und vier "umfassende" Friedensabkommen - doch der Krieg geht weiter. Es ist

Reflecting on Peace Practise

Die methodische Vorgehensweise und die damit erzielten Ergebnisse des Do No Harm-Prozesses (Local Capacities for Peace Project) stieß auf großes Interesse bei internationalen Friedensorganisationen. Sie beauftragten CDA, einen solchen Lernprozess auch für sie zu organisieren. Der daraus erwachsene Reflecting on Peace Practise-Prozess zielte darauf ab, Kriterien zu entwickeln, um die Wirkungen von Friedensarbeit besser einschätzen zu können. Der Schwerpunkt lag auf Maßnahmen externer Akteure, die in immer mehr Konfliktsituationen Kooperationen mit lokalen Trägern eingehen. Es galt herauszufinden, wie die Aktivitäten externer Akteure dazu beitragen Frieden zu schaffen, wie sie Friedensarbeit effektiver machen und gewaltsame Konfliktaustragung beenden.

In der zweiten Projektphase berieten über 500 Praktikerinnen und Praktiker der Friedensarbeit in 16 Ländern die Erkenntnisse aus den Fallstudien. Dabei ging es darum zu untersuchen, ob die Erkenntnisse aus den Fallstudien durch die Erfahrungen weiterer PraktikerInnen bestätigt und vertieft werden können. Da dies aber nur zusammen mit lokalen Friedensakteuren sinnvoll beantwortet werden kann, waren hier etwa die Hälfte der Teilnehmenden VertreterInnen lokaler Friedensinitiativen und -organisationen.

In der aktuellen Projektphase werden die bisher gewonnenen Erkenntnisse (zum Beispiel zur Frage der Strategieentwicklung, zur Wirkungseinschätzung und Effektivität) in mehreren Konfliktregionen von dort tätigen Friedensinitiativen und -organisationen in der Praxis geprüft. Dies wird systematisch begleitet und dokumentiert und soll so zu fundierten Ergebnissen führen.

gehalten wurde. So haben zum Beispiel die Kirchen im Sudan seit Anfang der 1990er Jahre mit zahlreichen Initiativen und Aktivitäten auf vielen Ebenen versucht, eine friedliche Lösung des Konfliktes herbei zu führen. Als schließlich der Friedensvertrag für den Südsudan unterzeichnet wurde, betonten auch die Vertreter der Konfliktparteien, wie wichtig dieses hartnäckige Bemühen für sein Zustandekommen gewesen war.

Was aktuell als Misserfolg erscheint, kann sich sehr viel später als notwendige Vorleistung für einen tragfähigen Durchbruch zum Frieden

einfacher, Frieden zu beschließen, als Frieden zu leben. Gelebter Frieden bedeutet einen Veränderungsprozess hin zu alternativen Konfliktlösungswegen. Wer Frieden will, muss das eigene Handeln kontinuierlich und bewusst reflektieren. Es braucht die Bereitschaft, Lehren zu ziehen und sie auch umzusetzen.

Der EED hat deshalb einen weiteren internationalen Lernprozess (Reflecting on Peace Practice - Project)³ mitfinanziert und war an ihm beteiligt. Praktikerinnen und Praktiker der Friedensarbeit untersuchten in 26 Fallstudien Friedensprojekte auf ihre Wirkungen hin und

² Collaborative for Development Action: The Reflecting on Peace Practice Handbook, Boston, revised, 2004, S. 18 a

³ Anderson, Mary B.: Do No Harm. How Aid Can Support Peace

diskutierten die Erkenntnisse daraus in mehreren Konsultationsrunden. Eine zentrale Schlussfolgerung: Frieden lässt sich nicht aus der Summe von Aktivitäten und Projekten aufaddieren. Es bedarf gezielter und bewusster Verknüpfungen unterschiedlicher Aktivitäten und Akteure, um Konflikt dynamiken konstruktiv zu beeinflussen.

Wie lassen sich Friedensprozesse voranbringen? Diese Frage beschäftigt Menschen und Organisationen in allen Ländern der Welt. Stärkt oder schwächt unser Handeln die Fähigkeit einer Gesellschaft, Konflikte gewaltfrei auszuhandeln, fragen sich Organisationen der Sozial- und Entwicklungsarbeit. Und welche Rollen können und sollen wir einnehmen, damit unser Handeln Frieden voranbringt? Wie lässt sich Frieden stiften? Mit dieser Frage beschäftigt sich auch der Evangelische Entwicklungsdienst (EED): In der Unterstützung der Partnerorganisationen im Süden, in internationalen und kooperativen Netzwerken, der Bildungs- und Lobbyarbeit hierzulande.

Friedenspolitik im Wandel der Zeit

Anfang der 1990er Jahre nährte das Ende des Ost-Westkonfliktes die Hoffnung, dies könnte eine "Friedensdividende", also eine neue weltpolitische Dynamik nach sich ziehen und zusätzliche Ressourcen für Frieden und Entwicklung freisetzen. Ein Perspektivwechsel kündigte sich an, hatte sich doch die These vom Wandel durch Annäherung (Egon Bahr, Willy Brandt) als Lösungsweg für den "Kalten Krieg" bewahrheitet. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit und die Idee von der "Politik der kleinen Schritte" (Wilhelm Wolfgang Schütz) schienen damit eine echte Chance zu haben, sich in der internationalen Friedenspolitik durchzusetzen. Dies hätte die Einsicht bedeutet, dass Weltsicherheit immer nur die Sicherheit aller Menschen gemeinsam und nicht die Sicherheit einer Gruppe vor einer anderen sein kann. Und die Einsicht, dass Friedensstiftung nur als Prozess gedacht werden kann, in dem Schritt für Schritt Strukturen geschaffen und Kommunikationsgrundlagen gelegt werden, die gewaltfreie Kon-

fliktlösungen in Gesellschaften ermöglichen.

Schon Mitte der 1990er Jahre machten der nicht verhinderte Völkermord in Ruanda und die gescheiterte UN Friedensmission in Somalia diese Hoffnung zunichte: Es fehlte nicht nur der politische Wille, die freigewordenen Mittel für Frieden und Entwicklung einzusetzen, sondern es fehlten auch geeignete Mechanismen für innerstaatliche Konflikte, bei denen die Konfliktregelungsmechanismen der internationalen Staatengemeinschaft nicht greifen.

Weiterhin nahm die politische und gesellschaftliche Diskussion sowie die internationale Politik eine andere Richtung: Es zeichnete sich eine neue Welle des Interventionismus ab - auch mit militärischen Mitteln. Die Eingriffe geschahen noch im Kontext der Friedenssicherung, etwa im Rahmen der Vereinten Nationen. Im Kosovokrieg von 1999 verließ die internationale Staatengemeinschaft - im Namen der Menschenrechte - erstmals diesen Rahmen. In den Folgejahren zeichnete sich ein weiterer neuer Trend immer deutlicher ab: Zunehmend wurden entwicklungspolitische Instrumente der Konfliktbearbeitung als Folgemaßnahmen von Interventionen eingesetzt. So führten internationale Truppen so genannte Entwicklungsprojekte durch, aber vorrangig ging es darum, die Truppensicherheit zu erhöhen und der Anwesenheit militärischer Einheiten eine zivile Legitimation zu verleihen. Es bleibt zu fragen, ob der 11. September 2001, wie oft behauptet, wirklich einen Wendepunkt internationaler Politik markiert - oder ob er nicht vielmehr Trends zum dramatisch schnellen Durchbruch verhalf, die bereits auf dem Vormarsch waren.

Lebenschancen und Zukunft der Armen versus "Sicherheit Europas"

Die grundlegenden Orientierungspunkte der auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union verändern sich, stellte 2005 eine Studie des Verbandes Protestantischer Entwicklungsorganisationen in Europa (APRODEV) fest.⁴ Die EU betont die "Außen- und Sicherheitspolitik" und im öffentlichen Bewusstsein

⁴ Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe (APRODEV): Wessen Sicherheit? Zusammenführung und Eigenständigkeit der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union. (Autor: Robinson, Clive). Deutsche Fassung herausgegeben von Brot für die Welt und EED; Stuttgart/ Bonn, Dezember 2005, S. 7

schiebt sich ein Sicherheitsverständnis in den Vordergrund, das sich an der Wahrnehmung von Bedrohungen orientiert. Dies führt zu Strategien, die primär auf Abwehr ausgerichtet sind. Andere politische Ziele verlieren an Bedeutung: Sei es die Verpflichtung auf den Frieden, den der EU-Verfassungsentwurf noch betont; sei es die langfristig angelegte Armutsbekämpfung, auf die sich die Vereinten Nationen im Jahr 2000 in den Millenniumszielen verpflichtet haben.⁵ "Die Lebenschancen und die Zukunft der Armen", werden für "eine vermeintliche ‚Sicherheit Europas‘ geopfert", fasste Clive Robinson die Ergebnisse der Studie zusammen.⁶

Unter der Bedrohung des globalen Terrors rücken die Sicherheitsbelange der nördlichen Welt in den Vordergrund. Sie verdrängen die Realität der Menschen im Süden aus der Wahrnehmung nördlicher Entscheidungsträger. Denn die Armen, die täglich durch Unsicherheit bedroht sind, würden Sicherheit oft gänzlich anders buchstabieren. Für sie ist zum Beispiel ein "schwacher Staat" oft nicht das vorrangige Problem, denn sie haben zu oft die Erfahrung gemacht, dass auch ein "starker Staat" ihnen Unsicherheit und Bedrohung brachte. Und Frauen und Kinder, die von Gewalt in Konflikten besonders bedroht sind, würden Sicherheit auch anders definieren als Männer.

Die Verkürzung von Sicherheit wird auch den Menschen im Norden nicht gerecht. "Sicherheit ist unteilbar", betonen die kirchlichen Entwicklungswerke Misereor, Brot für die Welt und der EED. "Weder Nord noch Süd noch einzelne Staaten können sie für sich allein gewinnen und bewahren, ohne sie der Mehrheit der Bevölkerung und der Völker zuzugestehen. Sie ist umfassend und beinhaltet zwingend auch wirtschaftliche und soziale Sicherheit als ein wichtiges Gut für alle Menschen. Sie zu verwirklichen erfordert einen globalen Interessenausgleich, der vom Norden erhebliche Zugeständnisse und Veränderungen verlangen wird."⁷

Die kirchlichen Hilfswerke verfolgen die "Hoffnung auf eine in Verantwortung vor Gott gestaltete gerechtere und friedensfähige Welt". Entwicklung bleibt deshalb ein "Prozess der Befreiung von Hunger, Armut, Krankheit und Unterdrückung" mit dem Ziel, "den Armen und an den Rand Gedrängten zu ihrer Würde und ihrem Recht zu verhelfen."⁸

In eine ähnliche Richtung gehen Konzepte der "menschlichen Sicherheit", die vor allem durch UN-Initiativen bekannt wurden. Auch sie verknüpfen menschliche Sicherheit mit Überlegungen zu menschlicher Entwicklung, ihre Umsetzung erfordert ein globales politisches Umdenken. Alle diese Ansätze unterscheiden sich grundlegend von einer Sicherheitsdefinition, die selbstzentriert auf Gefahrenabwehr fixiert ist: "Nicht Angst bewegt uns, sondern die Überzeugung, dass eine andere Welt notwendig und möglich ist."⁹

Die Trends auf der politischen Ebene im Norden weisen allerdings in eine andere Richtung. Sicherheitskonzepte denken humanitäre, politische und militärische Elemente mehr und mehr zusammen und verknüpfen sie enger miteinander. Die Unabhängigkeit von Nothilfe kann dadurch in Gefahr geraten. Und es entsteht der Eindruck, als ob militärische Interventionen Frieden schaffen könnten. "Finden wir uns damit ab", provozieren die kirchlichen Hilfswerke, "Aufräumarbeiten und Aufbauhilfe nach dem Einsatz von Militär zu leisten?"¹⁰

Sicherheit steht im Zusammenhang mit dem Abbau ökonomischer Ungleichheit und einer gerechten Verteilung der Lebenschancen, der Einhaltung der Menschenrechte, der Stärkung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die langfristig vorrangige Aufgabe ist die Analyse und Beseitigung von Konfliktursachen. Sie ist "durch ein kurzfristiges militärisches Krisenmanagement von Symptomen nicht zu

⁵ Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2000 acht Entwicklungsziele (Millennium Development Goals /MDG) vereinbart. Dazu gehört unter anderem, die Zahl der Armen bis zum Jahr 2015 zu halbieren.

⁶ APRODEV 2005, S. 6

⁷ Misereor, Brot für die Welt, EED: Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Interventionen? 2003, S.2

⁸ ebenda

⁹ ebenda

¹⁰ ebenda

ersetzen"¹¹, so schon 1994 die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). "Es sind internationale Organisationen und das Völkerrecht, die dem Schutz vor widerrechtlicher Gewalt dienen und eine Kultur des Umgangs mit Minderheiten und Menschen anderer ethnischer Herkunft, die der Intoleranz und nationalistischen Tendenzen entgegenwirkt."¹²

Militärische Interventionen bringen bestenfalls die Waffen zum Schweigen

Nicht nur die Vorstellung von Sicherheit auch die Konzepte zur Konfliktbearbeitung drohen dramatisch vereinfacht zu werden. Diskurse im Norden verengen inzwischen die komplexen Fragen der ausländischen Intervention in die Krisen anderer Länder auf den Aspekt der "militärischen Friedensmissionen" und der damit einhergehenden zivil-militärischen Zusammenarbeit. Der Rückgriff auf militärische Optionen als politisches Mittel liegt heute auch in Deutschland wieder nahe. Der proklamierte Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung tritt in der Praxis in den Hintergrund - und damit auch

die langfristige Perspektive des Friedens.

"Militärische Interventionen können (...) bestenfalls die Waffen zum Schweigen bringen", betonen EED, Brot für die Welt und Misereor. "Die mühsame Aufgabe des gerechten Interessenausgleichs, der Versöhnung und der Schaffung friedensfähiger politischer und gesellschaftlicher Strukturen ist jedoch nur politisch zu lösen und muss im Wesentlichen von der betroffenen Gesellschaft selbst geleistet werden. Frieden muss 'von innen' wachsen."¹³

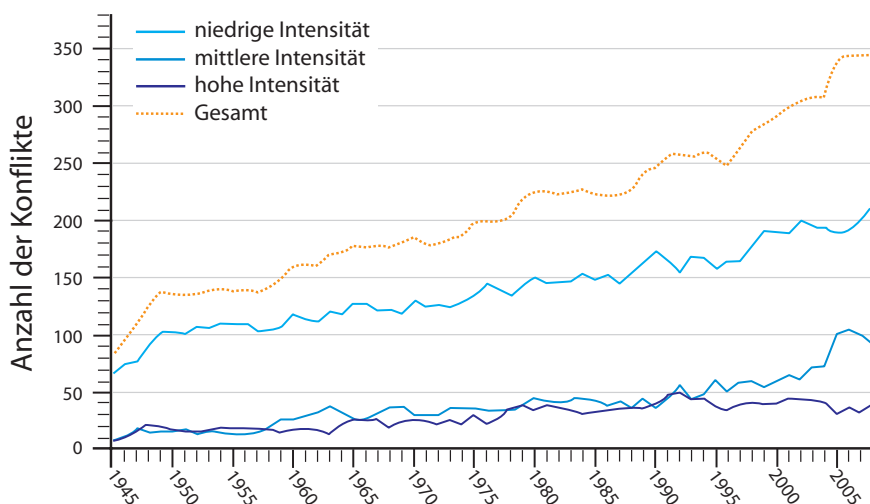
Welche Konsequenzen zeigt die veränderte nördliche Perspektive im Süden? Partner berichten, dass sich die Möglichkeiten zur Konfliktbearbeitung in ihren Ländern verschlechtert haben. Leichter als bisher fällt es jetzt Regierungen im Süden, kritische Stimmen aus der Gesellschaft unter Terrorismusverdacht zu stellen, einzuschüchtern oder mundtot zu machen. Der "Krieg gegen den Terror" hat in den Staaten des Südens die Rahmenbedingungen für interne Akteure, die Konflikte bearbeiten möchten, verschlechtert.

Bisher wichtige Kriterien wie die Achtung der Menschenrechte müssen zurücktreten. "Sollen wir es begrüßen", so fragen die Geschäftsführungen der kirchlichen Hilfswerke Misereor, Brot für die Welt und EED im Jahr 2003, "dass auch Regierungen, die Menschenrechte verletzen, die ihre eigene Bevölkerung unterdrücken und korrupt sind, unvermittelt zu Empfängern von Entwicklungshilfe werden, weil man hofft, auf diese Weise das Bedrohungspotenzial in ihren Ländern abzubauen?"¹⁴ Wichtiges Terrain ist verloren gegangen, das mühsam wieder erkämpft werden muss.

Konflikt, Gewalt und Krieg im Wandel der Zeit

Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat die Zahl bewaffneter Konflikte um insgesamt 40 Prozent abgenommen, konstatiert der Human Security Report.¹⁵ Innerhalb dieses Gesamt-

Konflikte niedriger, mittlerer und hoher Intensität weltweit von 1945 bis 2007



¹¹ EKD: Schritte auf dem Weg des Friedens, EKD Texte 48, Hannover 1994, S. 14

¹² EKD 1994, S. 12

¹³ Misereor, Brot für die Welt, EED, 2003, S. 3

¹⁴ ebenda S. 1

¹⁵ vgl. Human Security Report. War and Peace in the 21st Century, Human Security Centre 2005; (<http://www.humancururityreport.info>). In diesem Trend liegen auch das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI - www.sipri.org) und die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung mit ihrem Kriege-Archiv (www.sozialwiss.uni-hamburg.de).

¹⁶ vgl. Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung, HIIK: Konflikt-Barometer 2007. 16th Annual Conflict Analysis (<http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/index.html>)

trends gibt es jedoch große Schwankungen in der Zahl der Kriege und der intensiven gewaltsamen Konflikte. Das Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung benennt für Kriege und bewaffnete größere Konflikte 1992 einen Höhepunkt von 42 und einen Tiefstand von 28 im Jahr 2005. In 2006 stieg diese Zahl auf 35 und liegt in 2007 bei 31.¹⁶

Als Hauptgründe des Rückgangs nennen die Forschungsinstitute das Ende des Ost-West-Konfliktes, die Arbeit der Vereinten Nationen und die vielen Aktivitäten der Friedensförderung. Weitere Gründe sind ein ausgeglichenes Wirtschaftswachstum, die Herausbildung demokratischer Regierungssysteme, die eine Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen sicherstellen, und die wachsende Kompetenz staatlicher Organe zu transparenter und verantwortlicher Regierungsführung. Doch in vielen Fällen, so die Forschungsinstitute, werden bewaffnete Konflikte auch unterdrückt und eingeeht, ohne dass ihre Ursachen bearbeitet und gelöst werden. Sie bleiben also als Gefahren für zukünftigen Frieden aktiv.

Verändert hat sich das Erscheinungsbild kriegesischen und gewaltsamen Geschehens. Der Begriff der "Neuen Kriege" skizziert die aktuellen Konflikte, die sich jenseits des klassischen zwischenstaatlichen Krieges oder des Bürgerkrieges vollziehen.¹⁷ Die Akteure der Gewalt sind "Unternehmer" und "Pistoleros", die ihre Geschäfte am besten in einem unsicheren und gewaltsamen Umfeld machen können. Es geht nicht um das Absetzen von Diktatoren oder das Erlangen von Macht sondern um Profite und Marktkontrolle. Gekämpft wird mit immer brutaleren Methoden, die Grenzen zwischen Konflikt und Kriminalität verwischen zusehends. Zivilisten, nicht andere Soldaten, sind häufig die Zielscheibe ihrer Operationen.¹⁸

"Kriegerische Auseinandersetzungen" um Profite und Marktkontrolle

Die Schauplätze der "Neuen Kriege" sind vor allem in Afrika. Dort starben in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts mehr Menschen als in allen anderen Regionen der Welt zusammen. Verbreitete Armut, zusammenbrechende traditionelle Strukturen der gegenseitigen Unterstützung, die schlechte Infrastruktur und eine schwache öffentliche Verwaltung kommen hier zusammen mit einem Überfluss an billigen Handfeuerwaffen und leichtem Kriegsgerät. Deshalb lassen sich Konflikte in Afrika besonders schwer friedlich bearbeiten, eindämmen oder beenden. Im Gegenteil: es entstehen nicht enden wollende Spiralen immer wiederkehrender Gewalt.

Die Zivilgesellschaft gerät als Friedensakteur in den Blick

Auch angesichts dieser neuen Bedrohung für die Sicherheit von Zivilpersonen gerät das internationale Staatensystem mit seinen Instrumenten an seine Grenzen. Staatliche Akteure wie die UN, die EU und nationale Regierungen ermutigen deshalb zunehmend nichtstaatliche Organisationen, eine aktive Rolle in bestehenden kriegerischen Auseinandersetzungen zu übernehmen und sich bei Friedensverhandlungen einzumischen, während sie genau dies vorher oft aktiv zu verhindern suchten. Zivilgesellschaftliche Akteure sind damit in das Blickfeld und das Umfeld staatlicher Konzepte zur Krisenprävention geraten.

Dieser Perspektivwechsel hat zwei Effekte: Zum einen nehmen die staatlichen Institutionen wahr, dass lokale Akteure sowohl vor Ort, wie auf internationaler Ebene, schon seit langem mit der Transformation von Konflikten befasst waren. Zum anderen hat es die Organisationen darin bestärkt, ihre Erfahrungen systematisch zu reflektieren, um ihre Fähigkeiten, Instrumente und Ansätze zu verbessern.

Bereits seit Mitte der 1990er Jahre setzen sich insbesondere Entwicklungsorganisationen im Süden mit dem Zusammenhang von gewaltsa-

¹⁷ Mary Kaldor prägte den Begriff der "Neuen Kriege" im Jahr 1999; Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege, Frankfurt/Main 1999

¹⁸ Grävingholt, Jörn; Hofmann, Claudia; Klingebiel, Stephan: Entwicklungszusammenarbeit im Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren, DIE Studien 24, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn 2007

men Konflikten und den Chancen ihrer Entwicklungsarbeit auseinander. Wenn lokale Kriegsherren immer stärker in das globale System der Produktion und Verteilung von natürlichen Ressourcen integriert sind - etwa durch illegale Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen, die Rohstoffe wie Öl fördern oder den illegalen Handel mit Rohstoffen wie Coltan oder Diamanten - nimmt die zerstörerische Wirkung der Konflikte vor Ort unübersehbar Einfluss auf jeden Versuch von Armutsbekämpfung und den Einsatz für ein menschenwürdiges Leben. Allein der Blick auf die kriegerischen Auseinandersetzungen wird aber der Realität von Konflikten nicht gerecht, wie sie Organisationen in vielen Ländern der Welt als Hindernis für ihre entwicklungspolitische Arbeit erleben. Abseits des Medieninteresses und zumeist auch der Forschung bilden Konflikte unterhalb der Schwelle von Krieg und massiver organisierter Gewalt die Mehrzahl der gewaltsamen Konfliktsituationen. Laut Konfliktbarometer 2006 wird in 243 von 278 Konflikten nur gelegentlich Gewalt angewendet, beziehungsweise werden sie überwiegend gewaltlos ausgetragen.¹⁹

Es ist eine immer wiederkehrende Erfahrung der Förderarbeit des EED: Organisationen in den Konfliktgebieten sind in ihrem Einsatz für ein menschenwürdiges Leben täglich mit Gewalt und Repression konfrontiert sowie strukturellem Unrecht wie dem systematischen Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Teilhabe. Sie verstehen ihre Arbeit daher auch als Konfliktbearbeitung. Sie setzen sich dafür ein, dass kritische Phasen in der Entwicklung ihres Landes friedlich gemeistert werden, wenn sie beispielsweise Gewalt gegen Frauen bekämpfen, im Vorfeld von Wahlen staatsbürgerliche Bildungsarbeit machen oder Wahlbeobachtungen organisieren. Solche gewaltpräventive Arbeit - vom einzelnen Wahlkreis bis zur Mitarbeit in

staatlichen Kommissionen - bleibt oft von der Außenwelt unbeachtet und wird nicht als Konfliktbearbeitung honoriert. Die betroffenen Machteliten - und nicht nur sie - kritisieren diese Arbeit im Gegenteil oft als unzulässige Politisierung der Entwicklungszusammenarbeit und Einmischung.

Außenwahrnehmung und Innenwahrnehmung in Konfliktsituationen

Gerade diese Arbeit ist für einen dauerhaften Frieden aber von großer Bedeutung. Lokale Entwicklungsorganisationen, die sich für demokratische Strukturen einsetzen, Mitbestimmung einfordern und Wege für gewaltfreie Konfliktlösungen erarbeiten, verhindern auf lange Sicht das Aufbrechen schwelender Konflikte, die Eskalation der Gewalt. Ist die Situation bereits eskaliert, unterstützt das Engagement lokaler Organisationen die Chance auf den Erfolg von Friedensprozessen. Denn es zeigt sich deutlich: "Frieden muss von innen wachsen!" Das war 1999 der Titel und gleichzeitig das Leitthema eines Werkstattberichts von sechs kirchlichen Entwicklungswerken (AGKED)²⁰. Der Bericht beschrieb die Erfahrungen von Partnerorganisationen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die ihre Projektarbeit aufgrund innerstaatlicher Krisen und Gewalt nicht in der geplanten Form fortsetzen konnten. Dennoch gaben sie ihre Entwicklungsarbeit nicht auf. Sie gaben sich auch nicht damit zufrieden, die Not der Zivilbevölkerung zu mindern, die diese aufgrund der Krisen durchlitt. Sie mischten sich in die Konflikte ein. Bewusst griffen sie die politischen und sozialen Spannungen in ihrer Gesellschaft und deren gewaltsame Eskalation auf. Sie stellten ihren Arbeitsansatz um und trugen im Umfeld der Projekte zum Gewaltabbau bei. Und sie engagierten sich dafür, dass das Zusammenleben zwischen verfeindeten Gruppen wieder möglich wurde. Inzwischen haben die Partnerorganisationen des EED weiter Erfahrungen

¹⁹ Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK): Konfliktbarometer 2006, S. 1

²⁰ Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (Hg.): Frieden muss von innen wachsen - Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit; Werkstattbericht der kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt, Dienste in Übersee, Evangelisches Missionswerk, Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Kirchlicher Entwicklungsdienst und Misereor; Bonn/Stuttgart/Aachen 1999.71 S.; <http://www.eed.de/de.info.150/index.html>

²¹ Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Gewaltsame Konflikte und zivile Interventionen an Beispielen aus Afrika - Herausforderungen auch für kirchliches Handeln; Eine Studie der Kammer für Entwicklung und Umwelt (Hg.), EKD-Texte 72, Hannover 2002, S. 55

aus der Arbeit in und an gewaltsam ausgetragenen Konflikten gemacht. Sie haben sie aus-gewertet und ihre Ansätze und Methoden weiter entwickelt. Die Ergebnisse dieses Prozesses sind in der vorliegenden Broschüre zusammengefasst.

"Frieden [kann] durch externe Interventionen gefördert, aber nicht geschaffen [werden]"²¹. Der Vergleich der Erfahrungen aus unterschiedlichen Projekten und Ländern zeigt überraschende Parallelen. Erfolgreiche Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention findet häufig bei Problemen zwischen sozialen Gruppen statt, ohne dass ein ganzes Land von ausländischen Organisationen oder den Medien als krisenhaft angesehen wird, so die Erfahrung vieler Partnerorganisationen des EED aus ihrer Arbeit. Eine kontinuierliche, praktische, am Prozess orientierte Unterstützung vergrößert den Aktionsradius der lokalen Organisationen in Krisenländern unmittelbar und nachhaltig und ist deshalb unverzichtbar. Aber die Fragen nach "Gerechtigkeit und Frieden" können nicht allein aus nördlicher Perspektive beantwortet werden. Das stärkste Potenzial, um Friedensprozesse erfolgreich zu machen, ist in den Gesellschaften mit gewaltsamen politischen und sozialen Auseinandersetzungen selbst. Auf der deklamatorischen Ebene wird dies nicht bestritten. Auf der konzeptionellen Ebene, in Diskursen um Friedensförderung und -entwicklung in Europa und den Vereinigten Staaten und auf der Finanzierungsebene sieht das anders aus. Menschen aus dem globalen Norden denken sich Lösungen für Probleme aus, von denen vornehmlich Menschen im globalen Süden betroffen sind oder sein werden.²²

Der Ansatz kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit ist ein anderer. Er leitet sich ab aus der Erkenntnis, die aus der langjährigen entwicklungs-politischen Zusammenarbeit mit Partnern gewonnen worden ist: Maßnahmen, die gesell-

schaftliche Transformation, politische Reformen und wirtschaftliche Teilhabe bewirken wollen, können dann dauerhafte Wirksamkeit erreichen, wenn sie von der lokalen Bevölkerung gewollt und getragen sind, wenn lokales "ownership" gegeben ist. Ziel der Friedensförderung des EED ist daher, Analysen, Beschreibungen und Bewertungen von Menschen und Organisationen in Konfliktsituationen aufzugreifen, sie zu unterstützen, ihre eigenen Lösungsansätze und -strategien zu entwickeln und umzusetzen und die "Stimmen aus dem Süden" in die politischen, gesellschaftlichen und fachlichen Diskussionen im eigenen Land einzubringen.

Die internationale Dimension lokaler Konflikte

Das POLE-Institut in Goma / Kongo, eine Partnerorganisation des EED, hat im Jahr 2000 eine Studie zum Abbau des Erzes Coltan²³ verfasst und die Konsequenzen für die Konflikt-dynamik im Kongo bewertet. Der EED hat diesen Bericht im deutschen Sprachraum veröffentlicht. In der Studie kommen Betroffene zu Wort. "Das fügt", so die Autoren, "der internationalen Diskussion eine lokale Dimension hinzu, die ansonsten in der Debatte um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Kongo unberücksichtigt bleibt." Die Autoren von POLE wollen damit auch der eigenen Bevölkerung Mut machen, ihre Angelegenheiten selbst mitzugestalten. "Nur die selbst bestimmte Gestaltung des Kongo durch die Kongolesen kann das historische Muster beenden, wonach die Ressourcen des Landes bisher immer ohne Einbeziehung der Bevölkerung von Kräften inner- und außerhalb des Landes ausgebeutet wurden."²⁴ Ein solches historisches Muster, Konflikte in erster Linie von der Außenwahrnehmung her zu interpretieren, betrifft nicht nur den Kongo und die Ausbeutung von Rohstoffen dort. Es betrifft die meisten Länder und Regionen des Südens, wo Konflikte gewaltsam ausgetragen werden und damit weite Bereiche der Diskurse um Friedensförderung und Sicherheit.²⁵ Debatten über Formen des Interventionismus, über Sicherheit, Frieden und Friedensförderung, die im Norden die Intellekte bewegen und die Geldströme ordnen, schlagen im Süden als konkrete Handlungschancen oder -begrenzungen durch. Sie eröffnen Möglichkeiten oder bergen Risiken und wachsende Unsicherheit.

²² Auga, Michèle: Krisen und Kriege in einer entgrenzten Welt. Anforderungen an eine deutsche Friedenspolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007.

²³ Das Roherz Coltan ist die Abkürzung für Columbit-Tantalit. Aus Coltan wird vorrangig das seltene und teure Metall Tantal (Ta) gewonnen. Tantal wird im chemischen Anlagenbau, in der Raumfahrtindustrie und in der Computer- und Kommunikationstechnologie (z.B. in Mobiltelefonen) verarbeitet. Das amerikanische Verteidigungsministerium Pentagon hat Tantal als "strategische Ressource" eingestuft.

²⁴ EED: Coltanfieber. Wie ein seltenes Metall das Leben im kriegsgeschüttelten Osten der Demokratischen Republik Kongo verändert hat (Autoren: Johnson, Dominic; Kayser, Christiane, Tegera, Aloys), EED, Bonn 2002.

²⁵ Diese Erfahrung hat auch das Netzwerk katholischer Entwicklungsorganisationen (CIDSE) im Jahr 2005 gemacht: Study on Security and Development. A CIDSE Reflection Paper, Brussels, January 2006.

Parteilichkeit, Unparteilichkeit und Allparteilichkeit

Großen Raum in der Diskussion über die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure nimmt die Frage ein, welche Rolle unterschiedliche Akteure spielen. Lokale zivilgesellschaftliche Akteure hören oft, sie seien eher Teil des Problems als Teil der Lösung. Denn in vielen Konfliktsituationen haben auch zivilgesellschaftliche Organisationen dazu beigetragen, dass es zu einer gewaltsamen Konfliktaustragung gekommen ist. Für die Kirchen und kirchlichen Werke ist hier vor allem der Völkermord in Ruanda ein traumatisches Ereignis. Nicht nur haben die Organisatoren des Völkermords auch auf kirchliche Unterlagen zurückgegriffen, sie erhielten offene oder versteckte Unterstützung einzelner kirchlicher Mitarbeiter oder gar kirchlicher Institutionen.²⁶

Aber bedeutet das, dass lokale Akteure immer parteilich und damit eher Teil des Problems denn der Lösung sind? Oder dass von außen intervenierende Akteure eher eine unparteiliche Rolle spielen können? Lokale Akteure sind immer in vielfältige Loyalitäten eingebunden. Hierzu gehören verwandtschaftliche Beziehungen, die Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften, eine gemeinsame Geschichte etwa durch den Besuch der gleichen Schulen und Ausbildungseinrichtungen, nicht zuletzt auch politische und ideologische Überzeugungen. Zivilgesellschaftliche Akteure haben sich im Wissen um diese Einbettung in die Konfliktsituation in Netzwerken und Allianzen organisiert. Auffällig oft finden sich sehr unterschiedlich orientierte Organisationen und Akteure zusammen. "Die Zusammenarbeit in den Netzwerken zwingt uns, unsere eigenen Überzeugungen zur Diskussion zu stellen und uns mit anderen Sichtweisen auseinander zu setzen. So finden wir bessere Lösungen und Strategien und haben eine breite Unterstützung. Es schützt uns auch, denn nur gemeinsam können wir stark sein", erläutert ein Partner im Südsudan.

Von außen eingreifende Friedensakteure sind nicht von vornherein in der Lage, eine unparteiliche Rolle zu spielen. Wie das obige Beispiel illustriert, sind lokale Konflikte immer auch in nationale, regionale und internationale Interessen eingebunden. Diese Einbindung ist der von Gewalt betroffenen Bevölkerung bewusst, sie leidet täglich darunter. Externe Akteure sind darum darauf angewiesen, eine fundierte und breite Vertrauensgrundlage zu haben, wenn sie Gewalt deeskalierend und Frieden fördernd eingreifen wollen. Der EED hat die Erfahrung gemacht, dass die kirchliche Friedensarbeit dort einen wirksamen Beitrag leisten konnte, wo die entwicklungspolitische Zusammenarbeit auch unter äußerst schwierigen Umständen und trotz großer Probleme durchgehalten wurde.

Die "Deutungshoheit" liegt im Norden

In der zwischenstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit werden Listen der Länder erstellt, in denen das Risiko gewaltsamer Konfliktaustragung als hoch eingeschätzt wird. Wird auf diese Weise Präventionsbedarf festgestellt, soll die Entwicklungszusammenarbeit mit dem jeweiligen Land konfliktsensibel ausgerichtet werden.²⁷ Die Deutungen nördlicher Experten und Expertinnen entscheiden also darüber, ob und ab wann Konfliktbearbeitung zum Thema und Förderungsschwerpunkt der Entwicklungshilfe wird und vor allem in welchen Ländern. Die Beispiele in dieser Broschüre - etwa aus Indien oder Kenia - zeigen aber, wie wichtig die Arbeit auch in Gesellschaften ist, deren Konfliktpotenzial in Warnlisten als gering eingeschätzt wird. Die Zusammenarbeit kirchlicher Hilfswerke mit ihren Partnern gründet auf Langfristigkeit und eine kontinuierliche, gemeinsame Überprüfung der Arbeit und der Veränderungen in ihrem Umfeld. Sehr oft werden so Spannungen im sozialen Gefüge erkennbar und bearbeitbar, bevor sie eskalieren. So können Nichtregierungsorganisationen (NRO) über ihre Programme hinaus wichtige Beiträge bei Konfliktlagen leisten, die sich "von unten" her

²⁶ McCullum, Hugh: *The Angels Have Left Us: The Rwanda Tragedy and the Churches*. Herausgegeben vom Ökumenischen Rat der Kirchen (Neuaufgabe), Genf 2005

²⁷ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstellt eine derartige "Krisenfrühwarnung" (<http://www.bmz.de/de/themen/frieden/index.html>): Es beauftragt das "German Institute for Global and Area Studies" in Hamburg jährlich mit einer Messung von Krisenindikatoren und der Einstufung von Ländern bezüglich der Konfliktsituation (www.giga-hamburg.de).

abzeichnen, und so in ihrer Gesellschaft vorhandene strukturelle Probleme frühzeitig angehen. Damit reduzieren sie langfristig die Gefahren von Gewalt als Folge schwelender Konflikte. Sind die Probleme einmal eskaliert, haben sie häufig Ansatzpunkte oder Beziehungen in der Gesellschaft, die zum Abbau der Gewaltdynamik oder der sie auslösenden sozialen, wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Faktoren führen können. Auch wenn es unter diesem Blickwinkel betrachtet sinnvoll erscheint, lokale Organisationen in Friedensprozesse einzubeziehen, ist dieser Ansatz doch auch innerhalb westlicher Entwicklungs- und Friedensorganisationen umstritten.

Nichtregierungsorganisationen, über deren Arbeit in dieser Broschüre berichtet wird

Der EED arbeitet im Ausland mit nichtstaatlichen Organisationen zusammen, die in ihrem Land verankert und rechtlich registriert sind. Diese sind sehr unterschiedlich: in ihrem Mandat, ihrem Organisationstyp, ihrem gesellschaftlichen Hintergrund, ihrer Größe, ihren Aktivitäten, Ansätzen und Aktionsebenen. Einige der Organisationen sind Fachstellen innerhalb nationaler Kirchen, andere bringen unterschiedliche christliche Konfessionen in einem Verbund oder für ein soziales Feld (z.B. Gesundheit, Bildung oder Menschenrechte) zusammen. Sozial- und entwicklungspolitisch engagierte Nichtregierungsorganisationen sowie Frauengruppen gehören ebenso dazu wie Netzwerke, die eine Vielzahl von Akteuren für eine gemeinsame Aufgabe zusammenbringen. Allen gemeinsam ist, dass ihre ursprünglich entwicklungspolitische Arbeit immer mehr auch eine konfliktsensible, wenn nicht ausdrücklich friedensfördernde Ausrichtung bekommt.

Kirchliche Organisationen

Die Church of South India (CSI) wurde von mehreren protestantischen Kirchen der vier südindischen Bundesstaaten Andhra Pradesh, Karnataka, Kerala und Tamil Nadu im Jahr 1947 gegründet. Ihre Entwicklungsaktivitäten sind im "Board of Diaconical Ministries" gebündelt.

Im National Council of Churches of Kenya (NCCCK), haben sich 1913 26 Kirchen und 16 assoziierte Mitglieder - Freikirchen und

"African churches" - aus allen Regionen Kenias zusammengeschlossen.

Der Uganda Joint Christian Council (UJCC) ist ökumenisch ausgerichtet und bringt seit 1963 die katholische, anglikanische und orthodoxe Kirche in Uganda für gemeinsame Aktivitäten zusammen.

In der Demokratischen Republik Kongo ist das Réseau d'Innovation Organisationelle (RIO) das Entwicklungsbüro der Eglise du Christ au Congo (ECC) in der Provinz Südkivu.

Den Service Ecuménique pour la Paix (SeP) hat 1995 Reverend Luc Norbert Kenne mit Mitgliedern unterschiedlicher Kirchen in Kamerun als Nichtregierungsorganisation geschaffen, die sich friedens- und gesellschaftspolitischen Fragen widmet. Auf der Grundlage des christlichen Glaubens engagiert sich die Organisation für gewaltfreie soziale Veränderung hin zu einer Gesellschaft, in der Beteiligung auf der Grundlage von Frieden, Recht und Aussöhnung möglich ist.

Frauenorganisationen

Olakh, das Feminist Documentation, Resource and Counselling Center, ist Zufluchtsort, Dokumentations- und Beratungszentrum in einem. 1993 in einem Konflikt zur Ansprache und Unterstützung der Frauen ins Leben gerufen, war es das erste Frauenzentrum im indischen Bundesstaat Gujarat. Olakh heißt "Identität" und nimmt Bezug auf die Verschiedenheit der Menschen als Frauen und Männer und ihren anderen geschlechtlichen, religiösen und sozialen Identitäten.

Sahr Waru - Women's Action and Resource Unit (gegründet 1997, ebenfalls in Gujarat) ist der regionale Zweig der "National Alliance of Women", zu der Frauenorganisationen aus 12 indischen Bundesstaaten gehören.

Nichtregierungsorganisationen und Netzwerke

Das Informal Sector Service Centre (INSEC) ist eine Menschenrechtsorganisation in Nepal (gegründet 1988). In 75 Distrikten des Landes arbeitet INSEC mit Freiwilligen und lokalen

NRO zusammen, die die Menschenrechtssituation beobachten und in der Menschenrechtserziehung und Lobbyarbeit aktiv sind.

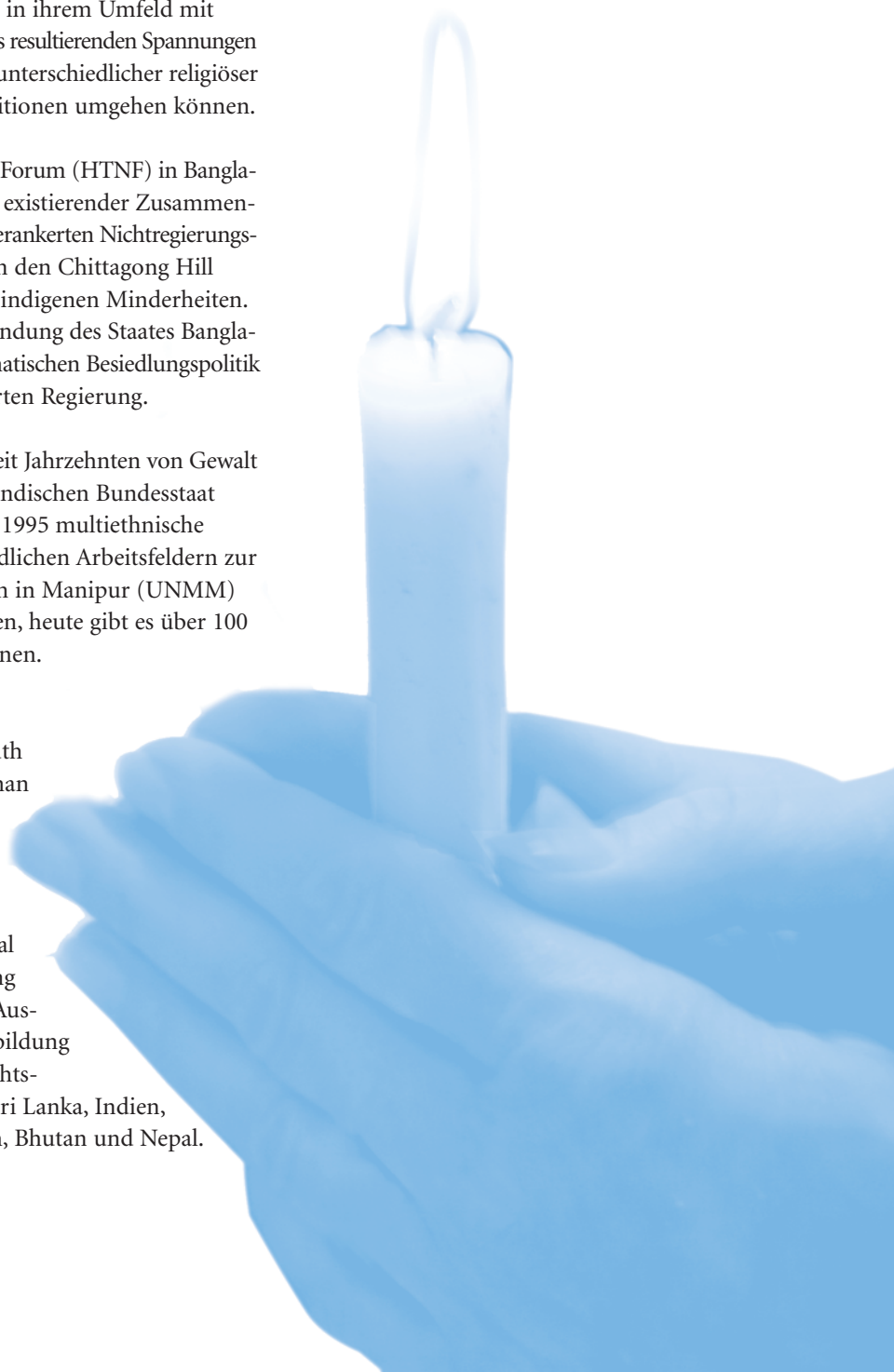
In der Sierra Leone Adult Education Association (SLADEA) (1978 gegründet) haben sich Organisationen, die in der Erwachsenenbildung tätig sind und aus allen Provinzen des Landes stammen, in einem Verband zusammengeschlossen.

Das Institute for Social Democracy (ISD) hat seinen Sitz in New Delhi / Indien. Seit 2004 berät es Basisgruppen und Entwicklungsorganisationen, wie sie in ihrem Umfeld mit Fanatismus und daraus resultierenden Spannungen zwischen Menschen unterschiedlicher religiöser und kultureller Traditionen umgehen können.

Das Hill Tracts NGO Forum (HTNF) in Bangladesh ist ein seit 1999 existierender Zusammenschluss von 63 lokal verankerten Nichtregierungsorganisationen der in den Chittagong Hill Tracts beheimateten indigenen Minderheiten. Diese leiden seit Gründung des Staates Bangladesh unter der systematischen Besiedlungspolitik der Bangla-dominierten Regierung.

Im entlegenen und seit Jahrzehnten von Gewalt betroffenen nordostindischen Bundesstaat Manipur haben sich 1995 multiethnische NRO mit unterschiedlichen Arbeitsfeldern zur United NGO Mission in Manipur (UNMM) zusammengeschlossen, heute gibt es über 100 Mitgliedsorganisationen.

Ein überregionales Netzwerk ist das South Asia Forum for Human Rights (SAFHR), (gegründet 1992). Dieses Menschenrechtsforum mit Sitz in Kathmandu / Nepal dient der Verabredung von Aktionen, dem Austausch und der Fortbildung von 35 Menschenrechtsorganisationen aus Sri Lanka, Indien, Pakistan, Bangladesh, Bhutan und Nepal.



Auf dem Weg zur Konfliktbearbeitung

Auf dem Weg zur Konfliktbearbeitung

Diese Organisationen und Netzwerke sind keine traditionellen Friedensorganisationen. Die meisten haben seit langer Zeit Entwicklungsarbeit geleistet und darin einen Beitrag gesehen, um Gerechtigkeit und Frieden in ihrer Gesellschaft zu fördern. Sich aktiv auf die Suche nach konstruktiven Lösungen in Konflikten zu begeben, erforderte einen bewussten Schritt von der mittelbaren zur unmittelbaren Friedensförderung. Auslöser dafür waren immer sich zuspitzende Konflikte im Umfeld der bisherigen Arbeit und das Risiko von Gewalt. Oder es war eine Bürgerkriegssituation, die eine unveränderte Fortsetzung bisheriger Entwicklungsaktivitäten unmöglich machte.

Der EED hat in seiner Partner-Förderung oft die Erfahrung gemacht, dass lokale Organisationen Konflikte und ihre Eskalationsgefahr, die sich auch aus ihrer Arbeit ergeben, nicht ignorieren können. Wenn zum Beispiel das Engagement die Selbstorganisation der Armen förderte und diese eine größere Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen forderten, kollidierte diese Wahrnehmung von Rechten schnell mit vorhandenen Machtstrukturen. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge erforderte Ansätze, mit denen Auseinandersetzungen geregelt oder politisch behandelt werden können, um die Gewaltschwelle nicht zu überschreiten. Hinter einem vordergründigen Konflikt verborgene strukturelle Faktoren waren genauso zu berücksichtigen wie die Bereitschaft, Spannungen friedlich zu bearbeiten oder gewaltlos auf die Macht anderer zu reagieren.

Als mächtiges Gegenüber bei ihrer Arbeit erfahren Friedensorganisationen den Staat, den sie in verschiedenen und widersprüchlichen Rollen wahrnehmen. Regierungen, Behörden und die gesellschaftlichen Eliten, die Staatsapparate steuern, werden oft als eine zentrale Quelle von Unsicherheit in der Gesellschaft erlebt. Gleichzeitig setzen sich immer wieder einzelne Institutionen oder Personen im

Staatsapparat engagiert für zivile Mechanismen zur Beilegung von Konflikten oder konstruktive Lösungen zur Reduktion von Gewalt ein. Die Partnerorganisationen versuchen den ständigen Spagat, mit staatlichen Stellen zu kooperieren und sie zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung für gute Regierungsführung und Rechenschaftslegung gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen zu drängen, ohne sich von ihnen vereinnahmen zu lassen. Dabei machen sie oft die Erfahrung, dass sie von staatlichen Gesprächspartnern misstrauisch beäugt und nicht als Partner bei der Suche nach Auswegen aus gesellschaftlichen Spannungen geschätzt werden.

Bewusste Entscheidungen für entwicklungspolitische Friedensarbeit trafen auch Organisationen, die, wie die Sierra Leone Adult Education Association (SLADEA), aus Ländern kommen, deren Konflikte den "neuen Kriegen" zuzurechnen sind. In lang andauernden, blutwütigen Auseinandersetzungen, bei denen sich politische, ökonomische und kriminelle Beweggründe vermischen, versuchen sie Voraussetzungen für eine verlässliche, gerechte und dauerhafte Friedensstruktur herzustellen. Und sie arbeiten an der Versöhnung zwischen Menschen, die Leid erfahren oder verübt haben. So unterschiedlich sich die Konflikte zeigten, ihre Ursachen waren in der Regel ähnlich: Es ging um die Kontrolle und Ausbeutung von Ressourcen, den Ausschluss der Bevölkerung von Rechten und Zugängen, um die Gewalt patriarchaler Macht oder um schlechte Regierungsführung.

Das folgende Kapitel stellt - in Interviews und Kurzberichten - die Arbeit der 13 Nichtregierungsorganisationen vor. Wer sie sind, wie sie arbeiten und welche Erfahrungen und Lernprozesse sie gemacht haben. Dabei wird deutlich, wie sich die Rolle lokaler Organisationen, ihre Handlungsstrategien und ihre Positionierung in ihren Gesellschaften verändert haben. Die Beispiele machen erkennbar, wie und warum sich die Reichweite des Handelns lokaler Organisationen bis auf die internatio-

nale Ebene erweitert hat. Die Vielfalt der Probleme und Herausforderungen zeigen die unterschiedlichen Konfliktkonstellationen in denen die Organisationen agieren. Sind sie auf lokaler Ebene, im ganzen Land, in offenen Kriegen, in Nachkriegssituationen oder in der Gewaltprävention tätig? Gibt es Gemeinsamkeiten - auch wenn die Organisationen in unterschiedlichen Konfliktlagen tätig sind, unterschiedliche religiöse Hintergründe haben und jeweils ganz eigene Profile? Die Beispiele münden in die Fragen: Wie lassen sich aus diesen Gemeinsamkeiten Lehren ziehen für internationales, friedenspolitisches Handeln? Und wo sind die Grenzen dessen, was zivilgesellschaftliche Akteure erreichen können und wo liegt die Verantwortung bei anderen Akteuren?

Wie Frieden von innen wächst - Erfahrungen von Organisationen in Konfliktregionen

Für viele zivilgesellschaftliche Organisationen ist das Eintreten für Frieden und das Bemühen um konstruktive Lösungen der neuen Konflikte eine häufig riskante und noch ungewohnte Herausforderung. Um in konfliktreichen Regionen langfristig Frieden zu sichern, müssen die Menschen vor Ort sich befähigen, neue Wege zu gehen, Strukturen für friedliche Konfliktlösung aufzubauen, politische Teilhabe einzufordern und übernehmen zu können. Sie müssen Wege in die Öffentlichkeit finden, um die politischen und wirtschaftlichen Interessen bekannt zu machen, die häufig die regionalen Konflikte am Leben erhalten. Dabei können und müssen die internationalen Staatenorganisationen sowie staatliche und nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen sie unterstützen. Dementsprechend profitieren die Projektpartner von einer Vielzahl verschiedener Aktivitäten, wie der Fortbildung in Strategieplanung, Öffentlichkeitsarbeit, in Methoden der Konfliktbearbeitung oder bei der Organisationsentwicklung. Viele Projekte wären ohne finanzielle Unterstützung aus dem Ausland gar nicht möglich. Trotzdem, so die Überzeugung des EED, müssen die Einschätzungen und Zielsetzungen der Zivilbevölkerung, die Expertise engagierter Aktivistinnen und Aktivisten aus der Konfliktregion den Kernpunkt jeder Friedens- und Entwicklungsarbeit bilden. Dabei sind sich

sowohl der EED wie auch die lokalen Organisationen selbst durchaus der Risiken bewusst.

Deshalb haben sich beispielsweise die acht südasiatischen Organisationen, die im vorangegangenen Kapitel vorgestellt wurden, schon seit 2004 intensiv mit der Frage auseinandergesetzt: In welcher Wechselbeziehung steht die Entwicklungsarbeit von Partnerorganisationen der Region mit Faktoren der Konfliktkontexte, in denen sie arbeiten? Die sich daraus ableitenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen hat der EED im September 2006 in der Fachpublikation "People Building Peace" veröffentlicht. Im Oktober 2005 flossen die Reflektionsergebnisse der asiatischen Organisationen auch in die Lernwerkstatt "Development in a Troubled World - Dealing with Conflict in Constructive Ways" ein. Hier luden die Arbeitsstelle Frieden und Konfliktbearbeitung, die Arbeitsstelle FriEnt des EED sowie die Referate für die Programmförderung in Afrika und Asien Teilnehmende aus Asien und Afrika zu einem gemeinsamen Lernprozess über konstruktive Konfliktlösungswege ein. Sie verbanden die Lernwerkstatt mit einem öffentlichen Fachgespräch in Bonn unter Teilnahme weiterer deutscher NRO und VertreterInnen aus Ministerien. Auf diese Weise bot die Veranstaltung sowohl die Möglichkeit zur kritischen Selbstreflektion als auch zu Lobbyarbeit in Deutschland. Die Erfahrungen, Reflektionen und Ergebnisse, die die Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Organisationen in Bonn miteinander ausgetauscht und erarbeitet haben, stellt diese Broschüre einem breiten Publikum vor. Der EED nimmt damit Stellung für Friedensförderung durch Unterstützung der Initiativen 'von unten', für ein Verständnis von Friedensförderung als Prozess und für verantwortliches Handeln auf internationaler Ebene. Das heißt, überall da, wo wirtschaftliche und politische Interessen, die weit über den lokalen Konflikt hinausgehen, einer stabilen Veränderung im Weg stehen.

Lokale Gemeinschaften wissen, was für sie Frieden bedeutet

Genauso, wie der EED dafür plädiert, die Kenntnisse, Kontakte und Erfahrungen lokaler Akteure für die Gestaltung von Friedensprozessen zu nutzen und bei der Planung eng mit ihnen zusammenzuarbeiten, machen auch die Partnerorganisationen des EED die Erfahrung, dass ihre Zielgruppen genaue Vorstellungen über die bestehenden Konflikte haben. Die Menschen vor Ort sind darüber im Bilde, worum es bei ihnen geht und wie der Konflikt sie berührt. Sie wissen, wer die Akteure sind, die Weichen gestellt haben oder stellen können. Sie verstehen deren Interessen und kennen die Kräfte, die Gewalt anheizen. Und mehr noch: Die lokalen Gemeinschaften wissen, was für sie Frieden bedeutet. Es mag ihnen an Mut mangeln, sich aktiv einzumischen, aus Angst vor Repressalien seitens der Kriegsparteien. Es mag ihnen an Möglichkeiten fehlen, eine echte Veränderung herbeizuführen. Aber dennoch wissen sie, was in ihrem Umfeld Frieden ausmacht und wie man ihn erreichen kann.

"Lokale Gemeinschaften wissen, wie und was!", betonen die verschiedenen Partner des EED wieder und wieder und fordern, die Handlungschancen für Aktivitäten 'von unten' zu verstärken. Für Friedensengagierte liegt deswegen eine Herausforderung darin, sorgsam zuzuhören und Ansätze für Friedensarbeit zu

Mediation in einem Flüchtlingslager

Uganda Joint Christian Council (UJCC), Uganda

Canon Grace Kaisso (Generalsekretär): "In einem Flüchtlingslager in Nord-Uganda kam es zu tödlichen Zusammenstößen zwischen verschiedenen sudanesischen Flüchtlingsgruppen sowie zwischen ihnen und den Camp-Verantwortlichen. Wir wurden zu Hilfe gerufen, um Racheaktionen zu stoppen und den Konflikt zu lösen. Als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UJCC berieten wir uns zunächst mit den Verantwortlichen jeder einzelnen Gemeinschaft. Wir wollten die Personen finden, die in der jeweiligen Gruppe mithelfen konnten, die Gewalt zu beenden. Mit ihnen zusammen organisierten wir anschließend eine Veranstaltung, bei der alle Beteiligten einen Ausweg aus den Auseinandersetzungen entwickeln sollten.

Männer, Frauen, Jugendliche, religiöse und kulturelle Meinungsführer - insgesamt etwa 60 Personen - kamen zu dem fünftägigen Treffen zusammen. In Konflikttransformation erfahrene Mediatorinnen und Mediatoren des UJCC leiteten die Klausur, die in einer Universität weit weg vom Flüchtlingslager stattfand. Spirituelle Reflektionen waren ebenso Teil des Treffens wie das Aussprechen und Teilen der Gefühle über den Vorfall und die Ursachen für Probleme des Zusammenlebens im Lager. Die Beteiligten identifizierten gemeinsam die Situation und überlegten Möglichkeiten zur Lösung. Sie entwickelten einen Plan zur Umsetzung und lernten von den UJCC-Mediatorinnen und Mediatoren einige Techniken der Vermittlung zwischen Gruppen und der friedlichen Konflikttransformation.

Das Treffen hatte mit einem wütenden Austausch zwischen den Gruppen begonnen. Doch nach und nach beruhigten sich die Teilnehmenden und fanden konstruktive Wege zueinander. Sie vereinbarten einen



Rahmen, der künftig gute Beziehungen zwischen den Stämmen ermöglichen soll. Dazu zählte ein "Beratungskomitee der Älteren", zu dem geistliche Führer, Inhaber traditioneller Stammespositionen und der Kommandant des Flüchtlingslagers gehörten. Bei Streitfragen war dieses Komitee einzuschalten. Daneben wurde ein "Beobachtungskomitee" aus dem Kommandanten, Vertreterinnen der Frauen und der Jugendlichen sowie Vertretern der religiösen Gruppen gebildet. Es sorgte dafür, sich abzeichnende Streitthemen frühzeitig zu erkennen und dem Beratungskomitee zu Gehör zu bringen.

Als weitere Schritte beschlossen die Beteiligten, die jeweiligen Stämme sofort über die Vereinbarungen der Klausur in Kenntnis zu setzen. Dann sollten sich die Verantwortlichen der Stämme treffen, um von den anderen Versöhnung zu erbitten. Gemeinsam sollten die 60 Hütten wieder aufgebaut werden, die während der Zusammenstöße abgebrannt worden waren. Vom UJCC aus übernahmen wir die Verantwortung dafür, die Stämme bei der Umsetzung der Vereinbarungen zu unterstützen. Wir halfen bei der Beschaffung und beim Transport des Materials für die Hütten. Nach dem erfolgreichen Wiederaufbau der Hütten feierten die Gemeinschaften ein großes Versöhnungsfest.

Was hat den Erfolg unseres Eingreifens in den Konflikt ausgemacht? Für uns als UJCC sind vier Punkte wichtig:

- die räumliche Distanz des Treffens vom Lager,
- die Bereitschaft des staatlichen Kommandeurs, sich an der Konfliktbeilegung zu beteiligen und neue Strukturen zu akzeptieren,
- unsere Fähigkeit als UJCC, auf die Anfrage rasch und vor einer weiteren Eskalation zu reagieren und
- unsere respektvolle Haltung gegenüber den Führerinnen und Führer in den Gemeinschaften, die möglichst alle in die Verantwortung für den Aushandlungsprozess und die Umsetzung seiner Ergebnisse einbezog.

Wichtig war auch, dass wir die Gruppen bei der Analyse und der Entwicklung eines praktikablen Plans unterstützt haben, der klare Regelungen für künftige Konfliktfälle und zur Frühwarnung aufgestellt hat. Von den Beteiligten wurden wir in unserer Rolle als Mediatorinnen und Mediatoren wahrgenommen und als fähig betrachtet, die Verhandlungen und den Umsetzungsprozess zu unterstützen. Wir haben nicht kurzfristig Harmonie hergestellt, sondern Weichen für ein zukünftig besseres Zusammenleben gestellt und die Flüchtlinge haben dieses Ziel mit ihrem Fest symbolisch bestätigt.²⁸

entwickeln, die auf diesem Wissen der Gemeinschaften aufbauen und ihnen Möglichkeiten eröffnen, selbst Verantwortung für Wege zum Frieden zu übernehmen. Die Erfahrung des Kirchenrates in Uganda ist hier beispielhaft.

Vor Ort wird definiert, was den konkreten Frieden ausmacht. Darin sind sich die verschiedenen Partner des EED einig. Externe Friedensarbeiterinnen und Friedensarbeiter sollten ihre eigenen Vorstellungen, was Frieden im jeweiligen Kontext heißt, beiseite lassen. Stattdessen ist ihre Feinfühligkeit gefordert, zu verstehen, was für die Betroffenen Frieden bedeutet. In den meisten Fällen heißt Friedensförderung auch, dass unmittelbare Überlebensfragen anzupacken sind. Frieden entsteht dort, wo auch soziale Gerechtigkeit wächst - oder, wie Peter Gunja vom NCKK einen lokalen Führer aus Kenia zitiert, mit dem er zusammengearbeitet hatte: "Frieden kann man nicht essen!"

Genau hingesehen werden muss auch, wie sich im Zeitverlauf die Prioritäten für die Betroffenen ändern. Das Frauennetzwerk Women's Action and Resource Unit (Sahr Waru) hat die Überlebenden des Genozids von Gujarat in Indien seit 2002 durch wechselnde Situationen begleitet.



²⁸ EED-Lernwerkstatt mit Partnern aus Südasien und Afrika: Development in a Troubled World - Dealing with Conflict and Violence in Constructive Ways; Workshop Documentation for Participants, compiled by Hagen Berndt; Bonn 2006.

Streiten für Gerechtigkeit

Sahr Waru - Women's Action and Resource Unit, Gujarat/Indien

Sheba George, Direktorin von Sahr Waru: "Ende Februar 2002 geriet in der Stadt Godhra im indischen Bundesstaat Gujarat ein Waggon des Sabarmati-Schnellzugs in Brand. 59 Menschen fanden den Tod. Danach verschlechterte sich die Situation in Gujarat schnell. Obwohl bis heute die Gründe für das Feuer ungeklärt sind, waren sich die Regierung von Gujarat und die ihr nahe stehende Presse sofort einig: Muslimische "Terroristen" seien für diese Provokation gegenüber der Hindu-Bevölkerung verantwortlich. In ganz Gujarat wurden an den folgenden Tagen Muslime systematisch angegriffen. Läden und Häuser wurden in Brand gesetzt, religiöse Stätten von Muslimen und von Hindus zerstört und zwischen 1.000 und 2.000 Menschen getötet. Auch Jahre danach steht die genaue Zahl der Getöteten nicht fest, da viele Familien keinen Totenschein für ihre gestorbenen Väter, Mütter, Brüder, Schwestern oder Kinder erhalten haben.

In vorher nicht erlebtem Ausmaß wurden Frauen zu Opfern in dieser Auseinandersetzung. Ein Zeitungsbericht hatte nach dem Zugunglück behauptet, dass Hindu-Frauen aus dem brennenden Zug heraus entführt, vergewaltigt, verstümmelt und umgebracht worden seien. Bei Sahr Waru war uns sofort klar, dass Männer sich verpflichtet fühlen würden, die Frauen ihrer Gemeinschaft zu verteidigen und zu rächen. Der Bericht legitimierte eine Welle von sexueller Gewalt und Morden an muslimischen Frauen. Frauen "gehören" ihren Männern - so die generelle Einstellung, die Frauen in Indien zu Objekten macht. Gewalt gegen Frauen der anderen Glaubensgemeinschaft auszuüben, war daher eine Machtdemonstration gegenüber den "anderen" Männern. Doch wurden auch Frauen in dem Konflikt zu Täterinnen; Hindu- und Dalit-Frauen beteiligten sich in Gujarat direkt an den Morden.

Einige Monate später begannen wir - als Organisation von Frauen aus unterschiedlichen Religionsgruppen - in der Stadt Ahmedabad zu arbeiten. Wir sammelten Aussagen von muslimischen Frauen über ihre Situation als Mitglieder einer religiösen Minderheit und als Frauen. Wir stellten die Ergebnisse in einem Hearing vor, auf dem die Opfer des Genozids erstmals öffentlich sprachen. Damit gewannen wir Vertrauen bei den lokalen Gruppen, die 2002 besonders stark unter Verfolgung gelitten hatten. Wir organisierten Nothilfe und engagierten uns in der Trauma- und Rechtsberatung für Opfer. Seitdem streitet Sahr Waru gemeinsam mit den Überlebenden für die Bewältigung der Vergangenheit. Der unmittelbare Kontakt zu Überlebenden des Genozids, die Hilfe nach der Vertreibung und die Zusammenarbeit in schweren Wochen - all das erhöhte unsere Glaubwürdigkeit in den Augen der Überlebenden. Sahr Waru ist so zu einem Sprachrohr ihrer Belange geworden. Während die Regierung in Gujarat inzwischen "Versöhnung" propagiert und das Geschehene vergessen will, halten wir daran fest, dass vor Versöhnung die öffentliche Anerkennung von Verantwortung für Gewalt und neue, gerechte soziale Beziehungen stehen müssen.

Als Frauenorganisation war uns auch wichtig, dass wir an einzelnen Stellen Männer und Jungen, die von Gewalt betroffen waren, in unsere Traumaberatung einbeziehen konnten. Es scheint wichtig, Männer in Strategien gegen Gewalt einzubeziehen, aber es brauchte eine lange Zeit, um das entsprechende Vertrauen zu erwerben."²⁹



²⁹ Mündlicher Bericht der Direktorin von Sahr Waru, Sheba George, während der EED-Lernwerkstatt, Bonn 2006

Kontexte und Ebenen der Friedensarbeit

Konflikte auf lokaler Ebene

Konflikte spielen sich manchmal innerhalb oder zwischen Dörfern oder verschiedenen Bevölkerungsgruppen ab. An manchen Orten helfen die Partnerorganisationen des EED den Gemeinschaften dabei, ihre Konflikte über den Zugang und die Nutzung von Ressourcen wie Wasser, Land, Weideland usw. zu bearbeiten. Der National Council of Churches of Kenya (NCCCK) setzt beispielsweise auf Gemeindeebene an und hilft Frauengruppen, Älteren und den Verantwortlichen vor Ort, mit Konflikten zwischen Acker- und Viehbauern oder zwischen Hirtenvölkern umzugehen. Anderswo führen Fragen der religiösen und kulturellen Identität zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. In Indien befähigt das Institute for Social

Democracy (ISD) Initiativen und Aktivisten, Menschen bewusster zu machen, dass ihre eigene Identität und die ihrer unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gemeinschaften von einem "gemeinsamen kulturellen Erbe" geprägt ist. Und dieses Erbe kann gemeinsam und mit Respekt für Vielfalt weiterentwickelt werden. In Kamerun hat der Service Ecuménique pour la Paix (SeP) die Fähigkeit lokaler Gemeinschaften zur konstruktiven Zusammenarbeit gestärkt, die über viele Jahre hinweg in gewaltsame Auseinandersetzungen über die Landnutzung verstrickt waren.



Von Konfrontation zur Kooperation

Service Ecuménique pour la Paix (SEP), Kamerun

Kuenzob Dupleix und Ndi Richard Tanto (Mitarbeiter von SEP): "Wir standen im Galim-Subdistrikt im Westen Kameruns vor einer schwierigen Ausgangslage. Seit mehr als 25 Jahren stritten sich fünf Dörfer über die Grenzen zwischen ihren Orten und immer wieder kam es zu Gewalt, vor allem wenn einzelne Politiker die Bewohner gegeneinander ausspielten. Als Angehörige von SEP fuhren wir in die Dörfer um zu klären, ob ein Interesse an einer friedlichen Konfliktbearbeitung bestand. Wir sprachen mit den religiösen Führern, den Vorsitzenden von Bauernorganisationen und Mitgliedern traditioneller Gruppen, wie diese den Konflikt sahen und welche Auswege sie sich vorstellen konnten.

Daraus resultierten zunächst getrennte Workshops mit Repräsentanten der Dörfer. In nach Geschlecht getrennten Gruppendiskussionen und mit den Jugendlichen erhoben wir zusätzliche Informationen und sammelten Ideen. Jedes Dorf besprach den Konflikt, seine Eskalationsrisiken und Möglichkeiten der Lösung. In einem gemeinsamen Workshop erstellten dann Vertreterinnen und Vertreter aller Dörfer und der öffentlichen Verwaltung eine gemeinsame Analyse. Friedenskomitees entstanden und begannen einen regelmäßigen Austausch zwischen den Orten zu organisieren.

Einen wichtigen Indikator für den Grad der Akzeptanz unserer Arbeit haben wir in der Beteiligung der Frauen der verschiedenen Dörfer gesehen. In einem der Orte fehlten die Frauen. Wir unternahmen daraufhin gezielte Aktivitäten mit Frauen der Kirchengemeinden, um die Gründe herauszufinden und sie und andere Frauen des Dorfes in den Friedensprozess einzubeziehen.

Seit Mitte des Jahres 2004 beobachten wir, dass kulturelle und sportliche Veranstaltungen gemeinsam stattfinden. Märkte, die vorher kaum von allen besucht wurden, gewinnen wieder an Bedeutung. Ein ortsübergreifender Bauernzusammenschluss hat sich gebildet. Land an den Ortsgrenzen wird wieder bebaut und Häuser, die dort in der Vergangenheit niedergebrannt worden waren, wieder aufgebaut.

Streitfragen wie der Grenzverlauf oder die Einrichtung von Schulen existierten weiter zwischen den Dörfern. Statt gewaltsam zu eskalieren, ist jetzt eher die Kompetenz der öffentlichen Verwaltung gefragt, sie endlich zu regeln. Als SEP haben wir die Entwicklung des Friedensprozesses dokumentiert und machen jetzt eine aktive Lobbyarbeit bei den Behörden, damit diese in ihrem Verantwortungsbereich endlich tätig werden."³⁰

Offener Krieg und Krieg niedriger Intensität

Der EED fördert auch Nichtregierungsorganisationen, die Friedensarbeit und Konflikttransformation inmitten von Kriegshandlungen in ihrer Gesellschaft betreiben. Ein Beispiel dafür ist Réseau d'Innovation Organisationelle (RIO), das regionale Entwicklungsbüro der Eglise du Christ au Congo (ECC) im Osten der Demokratischen Republik Kongo. RIO verknüpft direkte Anstrengungen zur Gewaltreduktion mit Aktivitäten, die langfristig Kompetenzen bei der Bevölkerung und der Verwaltung stärkt, damit diese Region ihre Entwicklung selbst bestimmen kann.

Ein langjähriger Krieg niedriger Intensität wird zwischen der Armee und verschiedenen bewaffneten Untergrundbewegungen in Nordostindien geführt. Hier, im Staat Manipur, befähigt das einheimische Netzwerk United NGO Mission in Manipur (UNMM) Menschen auf lokaler Ebene, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte des Konfliktes zu verstehen, der ihr Leben beeinträchtigt. Ziel ist, dass sie kreative, gewaltfreie Strategien entwickeln, um die Probleme zu lösen, die immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen führen. Der Weg dahin ist schwierig, denn er verlangt Vertrauen zueinander zu entwickeln, obwohl ethnische Vorurteile und über Jahrzehnte gewachsene Animositäten bestehen. Heute hat das Netzwerk etwa 200 Mitgliedsorganisationen in allen Distrikten Manipurs, darunter über 50 Frauenorganisationen. Es gilt in Südasiens als Beispiel für die Entwicklung von demokratischen Strukturen über ethnische, religiöse und Geschlechtergrenzen hinweg und ist als Akteur der Friedensförderung in der Region sowie international anerkannt.

Nachkriegssituationen

"Die Herausforderung ist, aus einem 'bürokratischen Frieden' einen 'Frieden der Menschen' zu machen", sagt Sheku Mansaray aus Sierra Leone. Die Organisationen, mit denen der EED zusammenarbeitet, sind oft in Ländern aktiv, in denen der offene Krieg erst vor kurzem ein Ende gefunden hat, zumeist nach Verhandlungen. Solange die Ergebnisse eines Friedensschlusses nicht allgemein anerkannt sind und die betroffenen Gemeinschaften sie sich nicht zu eigen machen, kann ein dauerhafter Frieden kaum wachsen. Eine der Partnerorganisationen in einem solchen Kontext ist die Sierra Leone Adult Education Association (SLADEA). Dieser Verband unterstützt den nationalen Friedens- und Versöhnungsprozess dadurch, dass er auf lokaler Ebene Opfer und Täter wieder zusammenbringt und die Vergangenheit aufarbeiten lässt. So entstehen neue Formen des sozialen Zusammenlebens.

Der Eskalation vorbeugen

Wirtschaftlicher, sozialer und politischer Wandel bringt Widersprüche und Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen zu Tage. Die meisten Gesellschaften sind in der Lage, diese Konflikte gewaltlos und konstruktiv auszutragen. Doch solche Prozesse münden auch in prekären und unsicheren Situationen. Deshalb bemühen sich in vielen Ländern zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen darum, das Abrutschen in gewalttätige Auseinandersetzungen zu verhindern. Dafür ist die Arbeit des Nationalen Kirchenrates in Kenia ein gutes Beispiel.

³⁰ Tanto, Ndi Richard: Monographic study of Galim Sub Division: A conflict perspective, Bamenda, April 2004; Tanto, Ndi Richard: From Conflict to Post Conflict Peacebuilding: A Narration of the Processes and Strategies used by Ecumenical Service for Peace to Establish the Basis for the Formation of the Balikumbat Sub Divisional Integrated Farmers Federation, April 2000-May 2004, Bamenda, June 2004



Mit langem Atem zum friedlichen Wandel

Nationaler Kirchenrat von Kenia / National Council of Churches of Kenya (NCKK), Kenia: Staatsbürgerliche Bildung und Wahlbeobachtung

"In den 1980er Jahren konzentrierte in Kenia das Einparteiensystem die Macht in wenigen Händen. Das verstärkte die Auseinandersetzungen um die Zuteilung öffentlicher Ressourcen zwischen Regionen und Ethnien. Als NCKK gehörten wir zu den ersten, die eine neue Verfassung forderten, um einer weiteren Zuspitzung der Konflikte und der Destabilisierung des Staates entgegen zu steuern. Als auch internationale Geldgeber von der kenianischen Regierung ein Mehrparteiensystem verlangten, begannen sich Veränderungen abzuzeichnen. Das Risiko war aber mit Händen greifbar, dass der Übergangsprozess aufgrund politischer Konfrontation oder der wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche in Gewalt münden könnte.

Zusammen mit anderen nationalen Religionsgemeinschaften starteten wir ein langfristig angelegtes Programm. Politiker, die herrschende Partei und eine Vielzahl von Akteuren der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen der Gesellschaft wurden aktiv, um den Wandel zu einer Mehrparteien-Demokratie friedlich zu gestalten. Als NCKK übernahmen wir Vermittlungsfunktionen zwischen politischen Gruppen, organisierten Veranstaltungen zur staatsbürgerlichen Bildung und sorgten in dem stark religiös geprägten Land dafür, dass die Kirchen den Prozess pastoral unterstützten und Konfrontationen entlang ethnisch-religiöser Polarisierungen abbauten. Wir nehmen unsere Verantwortung als Stimme des friedlichen Wandels weiter ernst. Bei den Wahlen im Jahr 2002 haben fast 30.000 Beobachter und Beobachterinnen den Urnengang überwacht. Organisiert wurde dies vom Kenya Domestic Observation Programme, an dem neben dem NCKK und der Kommission Gerechtigkeit und Frieden der katholischen Kirche auch zwei Nichtregierungsorganisationen, der Hindu Council und der Supreme Council of Kenya Muslims beteiligt waren."

Lokale Friedensarbeit - Community Peace Building and Development Project (CPBD)

Als Reaktion auf gewaltsame Zusammenstöße zwischen unterschiedlichen Ethnien in Westkenia initiierte der NCKK 1992 das Community Peace Building and Development Project, zunächst aus dem Stegreif als Hilfe für die Opfer gewaltsamer Vertreibungen.

Es wurde zum Ausgangspunkt des Rural Women Peace Link, eines Netzwerks von Frauenorganisationen, das sich aktiv für Friedensarbeit und Versöhnung einsetzt. Das Projekt war auch ein entscheidender Durchbruch, um die Interaktion zwischen den Ethnien zu beleben. Es verankerte auf lokaler Ebene das Verständnis über die Konflikte und stärkte die lokalen Fähigkeiten zur Konfliktkontrolle.

Nationale Friedensagenda und Friedensprogramm

Der NCKK dehnte die Friedensförderung auf ganz Kenia aus und etablierte im Jahr 2000 die nationale Agenda für Frieden. Sie sollte die Ursachen für Konflikte im ganzen Land identifizieren und ansprechen. Im Jahre 2003 wurde das NCKK Peace Program (NPP) geschaffen, das die lokale und die gesamtstaatliche Ebene integriert. Es sucht in ganz Kenia die Gemeinschaften dafür zu gewinnen, für Frieden, Wiederaufbau, Versöhnung und Stabilität aktiv zu werden."³¹

³¹ zusammengefasst nach Mutava, Musyimi: Multi Party Politics and Civic Education, Nairobi 2006; Vortrag von Gunja, Peter, beim EED-Fachgespräch. "Frieden muss von innen wachsen", Bonn, 25. Oktober 2005; siehe auch: Kisaka, Oliver: Zivilgesellschaft ist zentral für den Wandel. in: Reformpartnerschaft mit Afrika. Dokumentation zur Internationalen Konferenz der GKKE vor dem G8-Gipfel 2007; Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, Berlin/ Bonn 2007, S. 18

Wandel in den Organisationen

Der EED stellt bei seiner Arbeit mit den lokalen NRO immer wieder fest, dass auch sie sich durch die Arbeit an den Konflikten ihrer Gesellschaften als Organisationen verändern. Sie haben einen zum Teil tiefgreifenden Wandel erlebt, auch in ihrer internen Struktur und Aufstellung. Die Organisationen sind "politischer" geworden und werden auch so wahrgenommen. Je mehr sie in die Rolle von Vermittlern kommen, desto wichtiger wird es, dass Mandat und Mission mit den praktischen Tätigkeiten übereinstimmen. Während sich eine Organisation zum Beispiel noch als landwirtschaftliche Entwicklungsorganisation definierte, waren Mitarbeitende bereits dazu übergegangen, als Konfliktmediatoren und -innen zu arbeiten und mit staatlichen Stellen über Landrechtsfragen zu verhandeln. Verlangen Konflikt dynamiken dies, könnten also Anpassungen des Mandats notwendig werden. Wenn Organisationen Themen wie Menschenrechte, Friedensförderung und Gerechtigkeit aufgreifen, erhöht sich das Risiko für die Mitarbeitenden. Fragen von persönlicher Sicherheit werden Thema und auch, motiviertes Personal zu bekommen. Vernetzung wird wichtig, einmal im engeren gesellschaftlichen Umfeld mit gleich gerichteten Organisationen, aber auch international. Die Organisationen analysieren politische Rahmenbedingungen genauer und mit größerer Regelmäßigkeit. Das Verhältnis zur Regierung bedarf aufmerksamer Beobachtung: sowohl, wenn es dauerhaft konstruktiv bleibt, als auch bei konfrontativen Beziehungen. "Inklusivität", also das Einbeziehen aller Akteure und Akteurinnen, auch derer mit anderen Positionen, ist in den Vordergrund von Aktivitäten getreten. Pragmatisch wird ausgelotet, welche politischen Einwirkungsmöglichkeiten auf die Konflikt dynamiken es gibt, die es gleichzeitig erlauben, der Vision von "Entwicklung, Gerechtigkeit und Frieden" glaubwürdig treu zu bleiben.

Wie der Evangelische Entwicklungsdienst die Friedensarbeit des kenianischen Kirchenrates unterstützt

Als der NCKK seine Friedensarbeit in Kenia begann, förderte die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V. (seit 1999 Teil des Evangelischen Entwicklungsdienstes) den Kirchenrat finanziell. Schnell zeigte sich, dass die internationalen Geberstaaten eine andere Vorstellung von Demokratisierung hatten als die kenianischen Kirchen und zivilgesellschaftlichen Akteure. Um die Vorstellungen des Kirchenrates deutschen Entscheidungsträgern bekannt zu machen, organisierte die damalige Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) eine mehrtägige Fachveranstaltung in Bonn. Dort trugen Vertreterinnen und Vertreter der kenianischen Partner ihre Vorstellung von Demokratisierung vor und diskutierten mit Vertretern deutscher Ministerien und Bundestagsabgeordneten ihre Erwartungen an die Geberstaaten.

Seit 1992 vermittelte der EED auf Wunsch der kenianischen Kirchen zu den Wahlen jeweils eine Gruppe deutscher Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter die gemeinsam mit den Beobachtern der kenianischen Kirchen die Wählerregistrierung, die Wahlveranstaltungen und dann den Wahltag und die Auszählung der Stimmen begleiteten. Internationale Beobachter sollten durch ihre Präsenz die lokalen Beobachter schützen und zugleich ihre Beobachtungen und Erkenntnisse nach ihrer Rückkehr in Gesprächen mit Abgeordneten und Vertretern der verschiedenen Ministerien vortragen.

Mitarbeitende des EED begleiteten immer wieder Vertreterinnen und Vertreter der kenianischen Kirchen und deutsche kirchenleitende Persönlichkeiten bei Interventionen gegenüber der Bundesregierung oder der Europäischen Union, weil es im Zusammenhang mit Wahlen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Übergriffen der kenianischen Sicherheitsorgane gegen die Bevölkerung oder die Kandidaten der Oppositionsparteien gekommen war.



Allianzen und Netzwerke

Entwicklungsorganisationen, die sich auch der Konfliktbearbeitung widmen, betonen dem EED gegenüber regelmäßig die Bedeutung von Allianzen und Netzwerken bei der Arbeit für Frieden. Ihre eigene Rolle sehen sie vornehmlich darin, Gemeinschaften und Menschen zu stärken, im Sinne von ‚Empowerment‘ ihre eigenen Interessen wahrzunehmen und diese Prozesse zu moderieren. Beides erfordert gute

Beziehungen zu Akteuren aus den Konfliktparteien vor Ort, die im weiteren Verlauf des Geschehens eine aktive Rolle spielen. Genau so hat der Uganda Joint Christian Council (UJCC) seine Rolle im Flüchtlingslager verstanden: Als Hilfestellung, damit die Gemeinschaften mit ihren eigenen Problemen vernünftig umgehen konnten. Die erste wichtige Allianz dafür war die mit den Personen im Lager, die ein Interesse am Ende der Gewalt hatten.

Empowerment

Von ‚to empower‘: ermächtigen, befähigen, der Grundstamm des Wortes power - bedeutet Macht. Empowerment ist ein Oberbegriff für Interventionen und Veränderungsprozesse, die Menschen dazu verhelfen sollen, mehr Kontrolle über ihr Leben zu gewinnen. Ist seit der 3. Weltfrauenkonferenz 1986 in Nairobi ein Schlüsselkonzept der internationalen feministischen Bewegung, findet aber im gesamten Kontext der Entwicklungszusammenarbeit, sozialer Arbeit, in der Psychologie, der Pädagogik bis hin zur Managementtheorie Verwendung. Das Süd-Frauen Netzwerk DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era) stellte Empowerment auf der Konferenz 1985 als "frauenpolitische Strategie von unten" vor. Diese Strategie basiert auf dem Verständnis sozialer Beziehungen, insbesondere Geschlechterbeziehungen, als Machtverhältnisse. Für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Chicago hatte Saul Alinsky ähnliche Ansätze schon 1946 in seiner "Anleitung zum Mächtigsein" formuliert.

In der Entwicklungszusammenarbeit beschreibt Empowerment einen Denk- und Arbeitsansatz, der darauf abzielt, benachteiligten Gruppen, insbesondere Frauen, die aktive Mitgestaltung politischer Prozesse zu ermöglichen. Empowerment ist die "Befähigung zur politischen Teilhabe", die die Selbstorganisation von Gruppen unterstützt und sie damit befähigt, ihre Interessen zu vertreten - beispielsweise Kontrolle von und Zugang zu Ressourcen zu sichern, sich kollektiv gegen Gewalt zu engagieren oder eine aktive Rolle in Konfliktbearbeitungsprozessen einzunehmen.

Die UN-Resolution 1325

wurde am 31. Oktober 2000 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) einstimmig verabschiedet. Mit der Resolution 1325 fordert der UN-Sicherheitsrat die VN-Mitgliedsstaaten auf, für eine stärkere Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der institutionellen Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten Sorge zu tragen (Art. 1). Zudem betont die Resolution 1325 die Verantwortung der Nationalstaaten für das Ende der Straffreiheit bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, insbesondere bei sexueller Gewalt gegen Frauen (Art. 11). Artikel 8 der Resolution fordert die Staaten auf, die Geschlechterperspektive bei drei zentralen Aspekten von Friedensprozessen gezielt einzubeziehen. Das sind:

- Rückführung, Neuansiedlung und Wiederaufbaumaßnahmen nach Konflikten
- Einbeziehung von Frauenorganisationen in friedensbildende Prozesse
- Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen in den Verfassungen, beim Wahlsystem, der Polizeigewalt und der Rechtsprechung.

Die UN-Resolution 1325 ist ein wichtiger Meilenstein für die feministische Friedenspolitik. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen hat der UN-Sicherheitsrat einen völkerrechtlich bindenden Beschluss gefasst, der Frauen an Entscheidungen über Krieg und Frieden beteiligt und die Geschlechterperspektive berücksichtigt.

(http://www.glow-boell.de/de/rubrik_2/5_740.htm#Rund)

Resolutionstext: <http://www.frauensicherheitsrat.de/1325.html>

Ähnlich verstehen die Mitglieder der United NGO Mission in Manipur (UNMM) ihre Rolle. Sie wollen die Fähigkeit in der Zivilgesellschaft vergrößern, sowohl mit den Kriegsparteien als auch mit den Konfliktursachen umzugehen. Daher besteht die UNMM aus einer Vielfalt von Organisationen der Zivilgesellschaft unterschiedlicher ethnischer und religiöser Herkunft und schließt Frauenorganisationen mit ein. Die vielfältigen Identitäten innerhalb des Netzwerks ermöglicht der UNMM den

Zugang zu vielen Gruppen und Institutionen außerhalb, selbst zu ethnischen Hardlinern, wenn sie aus derselben Gruppe stammen. Über die ethnische und religiöse Zugehörigkeit können auch Mitarbeitende in der Verwaltung und Parlamentarier erreicht werden. "Wir müssen die Menschen zum gewaltlosen Protest befähigen", benennt Nobokishore Singh, Generalsekretär von UNMM die Herausforderung der Arbeit. Eine Aufgabe, der sich allerdings die Gesellschaft als Ganzes stellen muss.

Wie der Evangelische Entwicklungsdienst die Friedensarbeit in Manipur unterstützt

Der EED hat das multi-ethnische Netzwerk von NRO in Manipur UNMM kontinuierlich dabei unterstützt, Kapazitäten für ein konkretes und direktes Friedensengagement des Netzwerks aufzubauen. Zu diesem Zweck ermöglichte der EED in den letzten 12 Jahren systematisch die methodische Weiterbildung der UNMM Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in konfliktensensibler Entwicklungsarbeit und in Ansätzen der Konflikttransformation. Der EED vergab dazu Stipendien und organisierte vor Ort Multiplikatorinnenfortbildungen mit qualifizierten Beraterinnen.

Um die internationale Lobbyarbeit des Netzwerkes zu verstärken, vermittelte der EED den Kontakt zu einem weltweit tätigen EED-Partner, der Tebtebba Foundation. Diese internationale Organisation indigener Völker bildet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von UNMM aus, hilft ihnen, die Mechanismen und Strukturen des UN-Systems zu verstehen und zu nutzen, hilft beim Verfassen von Menschenrechtsberichten. So konnte UNMM im März 2007 einen Bericht über die Auswirkungen der indischen Notstandsgesetzgebung AFSPA (Armed Forces Special Powers Act) dem Komitee zur Ausmerzung rassistischer Diskriminierung der UN (Committee for the Elimination of Racial Discrimination, CERD) in Genf vorlegen. Dieser Bericht hatte zur Folge, dass das UN Komitee die indische Regierung aufforderte, Stellung zu beziehen. Die Antwort Indiens steht aus.

2008 wird sich das UN-Komitee wieder an die indische Regierung wenden und - falls eine Reaktion der Regierung ausbleibt - weitere Maßnahmen einleiten. UNMM führt sein Engagement gegenüber dem Komitee CERD weiter. Im Jahr 2008 ist UNMM außerdem an weitere UN-Gremien herangetreten: an den UNO-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und - im Rahmen des neuen Verfahrens Universal Periodic Review - an den Menschenrechtsrat der UN.



Die Standfestigkeit betont der National Council of Churches of Kenya (NCCCK) bei der Bildung von Allianzen. Es gelte, Strukturen zu bilden, die auf ihren eigenen Füßen stehen können und in denen Menschen Verantwortung übernehmen, betont Peter Gunja, (Leiter des Friedensprogramms des NCCCK). Darüber hinaus vermehrt die Zusammenarbeit in Netzwerken die Ressourcen. Netzwerke legen ‚schützende Ringe‘ - ‚protective rings‘, wie sie der NCCCK nennt - um die einzelnen Organisationen. Personen und Gruppen, die der Gewalt widerstehen oder bei der gewaltsamen Eskalation nicht mitmachen wollen, werden von den Konfliktparteien oft unter Druck gesetzt oder sehen sich offenen Drohungen gegenüber. Auch Nepal hat eine eigene Geschichte von Drohungen und Angriffen gegen Friedensaktivisten. Um die Sichtbarkeit von Friedensarbeit zu erhöhen, haben sich deshalb dort zivilgesellschaftliche Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene in Allianzen und Netzwerken wie dem Interreligious Council, dem Civil Solidarity for Peace und dem International Nepal Solidarity Network engagiert. Die internationale Unterstützung gibt den Friedensinitiativen zumindest ein gewisses Maß an Schutz.

Die Medien bieten auch Schutz, denn sie können wirksam national und - ganz wichtig - internationale Aufmerksamkeit mobilisieren. Beim Überspringen von Kommunikationsbarrieren können sie eine konstruktive Rolle spielen; sie machen auch vor Grenzbäumen nicht Halt. In der Demokratischen Republik Kongo hat eine europäische Regierung die Rolle übernommen, internationale Medien zu mobilisieren, um deren Aufmerksamkeit auf die Friedensinitiative des Réseau d'Innovation Organisationelle (RIO) zu lenken. Dies wiederum ermutigte die Gemeinschaften in Ostkongo, die Initiative ebenfalls zu unterstützen und massenhaft für den Frieden zu mobilisieren. Medienmacht kann aber auch konfliktverstärkend und -verhärtend wirken wie im Konflikt in Gujarat 2001. Dort waren einflussreiche Medien staatsnah und die herrschende Partei Hauptanstifter und Verursacher der Gewalt.

"Friedensarbeit heißt, langfristig zu intervenieren", resümiert Peter Gunja vom NCCCK. Sie erfordert Ansätze, die niemanden ausschließen. "Frieden zu fördern bedeutet auch, dass wir immer wieder Werte, Wahrnehmungen und das Verhalten von Menschen zueinander hinterfragen müssen. Und das beginnt mit mir und Dir!"³² Frieden wird nicht woanders entwickelt oder gefördert, sondern im eigenen Umfeld erstritten und errungen. Dazu gehört es, die verschiedenen Konfliktparteien mit großer Beharrlichkeit einzubeziehen und klare eigene Standpunkte zu formulieren. Wenn die Regierung selbst Konfliktpartei ist, gehört dazu die Bereitschaft zu dem großen Spagat, gleichzeitig mit der Regierung und mit betroffenen Gemeinschaften vor Ort zusammenzuarbeiten.

Um den umfassend inklusiven Ansatz der Einbindung aller Akteure und Akteurinnen zu verwirklichen, fördert der NCCCK von der Basis an aufwärts Zusammenschlüsse wie beispielsweise Frauengruppen und Jugendclubs. In eigenen Workshops und Bildungsprogrammen spricht er die relevanten Friedensakteure an: Gemeindeälteste, Politiker, Sicherheitsbedienstete, religiöse Meinungsführer, Lehrer, Frauen, Jugendliche - und auch die Konfliktakteure. Der NCCCK sucht die Vernetzung mit weiteren Akteuren, um tragfähige Partnerschaften und regionale Bündnisse zu entwickeln, wie mit dem Zusammenschluss der katholischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen in Uganda. Dies gibt dem NCCCK die Stärke, sich sowohl in die Überprüfung der Verfassung einzumischen und an der Neuformulierung von Politikkonzepten mitzuarbeiten, als auch an praktischen Fragen wie dem Umgang mit Schusswaffen und der gewaltlosen Konfliktbearbeitung.

In der Demokratischen Republik Kongo hat RIO, das regionale Entwicklungsbüro der Eglise du Christ au Congo (ECC) ein weit gespanntes Netz zu ‚freundlichen‘ Akteuren aufgebaut. "Man muss nicht in allem übereinstimmen. So lange, wie man sich über die Gewaltfreiheit seiner Mittel einig ist, hat man eine Basis für Zusammenarbeit", sagt Odile Bulabula von RIO. Dies war die Grundlage der

³² Peter Gunja, Vortrag beim EED-Fachgespräch. "Frieden muss von innen wachsen", Bonn, 25. Oktober 2005, Dokumentation von Hagen Berndt, Bonn 2005, S. 9; eigene Übersetzung.

Kooperation. Selbst entfernte Kriegsparteien wurden von der Botschaft erreicht und konnten davon überzeugt werden, sich auf Dialog einzulassen.

Dialog mit Kriegsparteien

Réseau d'Innovation Organisationelle (RIO) der Eglise du Christ au Congo (ECC), Sud Kivu/Kongo

In den beiden Kivu-Provinzen im Ost-Kongo werden seit Jahren bewaffnete Auseinandersetzungen mit hoher Intensität geführt. Auch nach den Friedensvereinbarungen für den Kongo von 2003 terrorisieren dort lokale Milizen die Bevölkerung und kämpfen mit Unterstützung ruandischer und burundischer Rebellengruppen gegen die Armeen der Nachbarstaaten. Ein Ende der Konflikte ist schwer abzusehen, da öffentliche Einrichtungen zusammenbrechen, die Feindschaften zwischen ethnischen Gruppen fortbestehen und Rohstoffe (Diamanten, Coltan, Gold) die Fortführung des Gewaltkonflikts begünstigen.

Odile Bulabula von RIO berichtet: "Im Jahr 2001 hielten die Eglise du Christ au Congo, Sud Kivu, die Erzdiözese Bukavu und die ländlichen Koordinatoren zivilgesellschaftlicher Organisationen ein internationales Symposium zum Frieden ab. Damit wollten wir international Aufmerksamkeit wecken und auf die drängenden Probleme von Krieg und Frieden in der Demokratischen Republik Kongo lenken. Die Vorbereitungen in Bukavu liefen auf Hochtouren, als die Regierung in Südkivu das Treffen verbot. Daraufhin berief die Eglise du Christ au Congo, Nordkivu, die Erzdiözese in Butembo und die in Nordkivu ansässigen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Sitzungen nach Butembo in Nordkivu ein. Und so machten sich die Vortragenden auf den Weg nach Nordkivu: Traditionelle Häuptlinge (die „Muami“), Vertreter aller Konfessionen, Abgesandte von NRO und Universitäten und Fürsprecher für Frauenfragen. Rund 3.000 Menschen kamen dort zusammen, darunter eine starke Delegation von 300 Personen aus Ländern der Europäischen Union. Dies rückte tatsächlich die Friedensfragen im Kongo in die öffentliche Wahrnehmung.

Die Veranstaltung endete mit der Gründung eines Komitees, in dem Delegierte aus Süd- und Nordkivu, der östlichen Provinz, Katanga und Maniema zusammen kamen. Wir erstellten eine Liste mit Forderungen die die Bevölkerung im Osten des Landes bei den interkongolesischen Verhandlungen, dem „Inter-Congolese Dialogue“, vorgebracht wissen wollte. Wichtig war, dass Jean Pierre Bemba, der damalige Vizepräsident der Demokratischen Republik Kongo und frühere Rebellenchef der MLC (Movement for the Liberation of Congo)-Bewegung am Symposium teilnahm und sich beim kongolesischen Volk für dessen Leiden entschuldigte.

Seit Beginn der interkongolesischen Verhandlungen gab es keine Anzeichen mehr für eine Rebellion des Ostens gegen den Westen. Durch den interkongolesischen Dialog wurden eine Übergangsregierung und Institutionen für die Unterstützung der Demokratie etabliert sowie eine Übergangsverfassung erarbeitet."³³



³³ Odile Bulabula, RIO, Bericht beim EED-Fachgespräch "Frieden muss von innen wachsen", Bonn, 25.10.2005

Die Partner stärken und multikulturelle Netzwerke fördern: Das Konzept der Friedensarbeit des EED in der DR Kongo.

Frieden kann nur von innen wachsen. Daher betreibt der EED zu den unterschiedlichsten friedensfördernden Themen Netzwerkbildung und stärkung zwischen Partnerorganisationen auf nationaler, regionaler und überregionaler Ebene. Das Programm des Zivilen Friedensdienstes verbindet mittlerweile Partnerorganisationen aus West- und Ostkongo, die vor Ort in Friedenserziehung, Detraumatisierung, lokale Regierungsführung und Lobbyarbeit eingebunden sind. Das vom EED geförderte und mittlerweile international anerkannte Pole Institut mit Sitz in Goma forscht und publiziert seit Jahren zu brennenden Themen, unter anderem den Bezug zwischen Ressourcenplünderung und Konflikt (Coltan, Kassiterit, Gold, usw.).

Über entwicklungsbezogene Bildungsarbeit in Deutschland und Europa wurde ein Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen Kriegen in Afrika und den wirtschaftlichen Nutzungsinteressen europäischer und deutscher Unternehmen an kritischen Rohstoffen geschaffen. Zugleich wird durch die Vernetzung staatlicher und unternehmerischer Initiativen nach neuen Weg zu fairerem und friedensförderndem regionalem Handel gesucht.

Der rote Faden der vom EED geförderten Friedensarbeit in der DR Kongo besteht im Abbau von Vorurteilen zwischen verschiedenen ethnischen, regionalen und religiösen Gruppen. Marginalisierung und Fragmentierung der kongolesischen Gesellschaft sind die stärksten Hindernisse für dauerhaften Frieden.

am Beispiel des Genozids in Gujarat 2002 das komplexe Zusammenspiel von internationalem Klima, der Mobilisierung von Menschen aufgrund ihrer religiösen Identität und der Förderung von Gewaltexzessen durch staatliches Nicht-Handeln. "Die Gewalt in Gujarat hatte mit anderen Ereignissen auf internationaler Ebene zu tun. Die terroristischen Angriffe auf das World Trade Center am 11. September 2001, die Angriffe auf das Parlament von Jammu und Kaschmir, der Bombenangriff auf das indische Parlament und Grenzstreitigkeiten mit Pakistan - all das gab den Hindu-Fundamentalisten Nahrung, um zu Gewalt und Morden anzu-stiften." Dabei wiesen die Gewaltexzesse in Gujarat einige besondere Merkmale auf, von denen Khurshid Anwar auf einer Veranstaltung berichtet: "Ein Parlamentsmitglied der Oppositionspartei wurde umzingelt und am selben Tag brutal umgebracht, obwohl er hohe Politiker im Parlament von der Bedrohung in Kenntnis setzte. Die Polizei unternahm nichts, um den Angegriffenen zu schützen. Frauen beteiligten sich aktiv am Töten. Sogar die weltliche Kongresspartei brauchte vier Tage, bevor sie das Morden verurteilte, weil sie inzwischen Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen hatte." ³⁴

"Es war wichtig zu sehen, wie die politische Situation sich geändert hatte", zieht die stellvertretende Koordinatorin Mamta Baxi vom Feminist Documentation, Resource and Counselling Center (Olakh) in Gujarat den Schluss, "und dass der Staat die Gewalt vorbereitet hatte. Es war nicht spontan."

Distanz und Misstrauen - "Staat" und Zivilgesellschaft

In vielen Ländern, in denen Friedens- und Entwicklungsorganisationen in einem Umfeld gewaltsamer Konflikte arbeiten, ist "der Staat" selbst eine der Konfliktparteien. Aus der Perspektive der Organisationen vor Ort ist es allerdings irreführend und vereinfachend von 'dem Staat' zu sprechen. Die Konflikte sind komplexer und erfordern eine tiefgehende Analyse, um die Akteure, ihre Interessen und die verschiedenen Agenden zu verstehen. Khurshid Anwar vom Institute for Social Democracy (ISD) beschreibt

Wo politische, polizeiliche und oft auch militärische Macht eine solch unheilige Allianz eingehen, ist es um die Rechtssicherheit schlecht bestellt. Olakh hatte sich zum Ziel gesetzt, Gerechtigkeit für die Opfer zu erreichen und musste erkennen, dass selbst die juristische Aufarbeitung der Gewalt durch die staatlichen Institutionen nicht vorankommt. "Gerechtigkeit ist immer noch nicht hergestellt", sagt Nimisha Desai, Koordinatorin von Olakh. "Gerichtliche Schritte sind eingeleitet, und ein Fall ist vor den Obersten Gerichtshof gegangen. Wie unter solchen Umständen eine Arbeit für Versöhnung beginnen

³⁴ Khurshid Anwar, mdl. Beitrag, APRODEV- Fachtagung "Whose Security? Human security seen from a gender and Southern perspective," Brüssel, 27.10.2005

soll, ist schwer zu sagen." Mit dem Staat umzugehen, war eine große Herausforderung für die Frauenorganisation, meint Nimisha Desai: "Wir brauchen internationale Unterstützung dabei, Gerechtigkeit einzufordern und auf den Staat Druck auszuüben." Olakh erhielt Mittel aus dem Ausland, die Finanzierung wurde aber zunehmend vom Staat kontrolliert. "Als Aktivisten fühlen wir uns in Gujarat entfremdet und erleben zu wenig Unterstützung. Wir müssen lernen, wie Menschen in anderen Ländern mit so etwas umgehen."³⁵

In den Chittagong Hill Tracts in Bangladesh ist für Angehörige indigener Völker der Zugang zu Siedlungs- und Ackerland das Kernproblem. Es wird dadurch verschärft, dass eine staatlich gesteuerte Siedlungspolitik die Ureinwohner systematisch vertrieben hat. Seit den 70er Jahren wurden muslimische Siedler mit Unterstützung der nationalen Regierung in der Region angeworben, um die Region zu "befrieden". Sie wurden vom Militär strategisch genutzt, um die indigene Bevölkerung von ihrem Land zu vertreiben. Auch heute, 10 Jahre nach dem Friedensabkommen und nach Rückkehr der Flüchtlinge aus dem benachbarten Indien, werden die alten wie auch neu hinzukommende Siedler von den Militäreinheiten geschützt und zur 'Selbstverteidigung' bewaffnet. Eine Rehabilitation der Flüchtlinge ist bisher nicht erfolgt. Übergriffe durch muslimische Siedler auf die indigene Bevölkerung werden häufig nicht geahndet, durch das Militär geduldet oder sogar unterstützt. Die örtlichen Verwaltungen werden von Interessensgruppen dominiert, die Siedler und Militär repräsentieren. Nur der im Zuge des Friedensabkommens eingerichtete Regionalrat der indigenen Völker setzt sich für deren Interessen ein, hat aber wenig politische Durchsetzungskraft, betonen einheimische Organisationen.

Eine ähnliche Erfahrung hat die United NGO Mission (UNMM) in Manipur gemacht. Militäreinheiten, die dem Staat unterstehen, nutzen oft das Ausnahmerecht aus, das militärischen Einheiten Straffreiheit zusagt, und zetteln Gewalt an durch willkürliche Verhaftungen, Folter und Mord von Verdächtigen. Einzelne Mitglieder

Wie der Evangelische Entwicklungsdienst die Friedensarbeit in Bangladesh unterstützt

Wegen der schleppenden Umsetzung des Friedensvertrages in den Chittagong Hill Tracts in Bangladesh, der dortigen Menschenrechtssituation und drohenden Gefahr eines neuen Bürgerkriegs begann der EED einen fortlaufenden politischen Dialog mit staatlichen Stellen in Deutschland und auf europäischer Ebene. Im Jahr 2006 und 2008 veranstaltete das Bangladesh-Forum, in dem der EED Mitglied ist, politische Tagungen zur Menschenrechtssituation sowie zur Situation der extrem Armen und der Minderheiten in Bangladesh. Auf Einladung des EED nahmen an diesen Tagungen in Berlin und Brüssel unter anderen Vertreterinnen und Vertreter des Hill Tracts NRO Forums teil.



in Regierungsinstitutionen unterstützen hingegen den Einsatz für das Ende der Gewalt, wenn ihnen Wege dazu aufgezeigt werden.

Zugang zu den staatlichen Akteuren

Lokale Initiativen und Organisationen haben Fähigkeiten und Mittel entwickelt, um die Interessen und Anliegen der verschiedenen Akteure auf Regierungsebene zu verstehen. Sie verfügen über Vorgehensweisen und Ansätze, um diejenigen Gruppen und Einzelpersonen auf der Regierungsseite anzusprechen, die an dauerhaften friedlichen Beziehungen in der Gesellschaft interessiert sind. In allen beschriebenen Fällen hatten die Partnerorganisationen des EED Zugang zu solchen gewichtigen Akteuren innerhalb des Staatsapparates.

³⁵ Gespräche mit Nimisha Desai, EED-Lernwerkstatt: "Development in a Troubled World. Dealing with Conflict and Violence in Constructive Ways". Bonn, 19.- 22. 10.2005

Aber: Regierungen trauen den Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft oft nicht über den Weg, so die Erfahrung lokaler Aktivistinnen und Aktivisten. Sie sehen die Organisationen nicht in einer unabhängigen und konstruktiven Rolle bei der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, begegnen ihnen oftmals von oben herab oder sehen sie als bloße Umsetzungsgehilfen. In vielen Ländern folgen Regierungen Strategien des "Teile und Herrsche!" und der Einschüchterung, sobald zivilgesellschaftliche Akteure als nicht nützlich für die herrschende Gruppe angesehen werden. Distanz und gegenseitiges Misstrauen kennzeichnen, so die allgemeine Einschätzung, die Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Regierung.

"1998 wurde der NCK für subversiv erklärt", beschreibt Peter Gunja. "Was ihn in der Zeit aufrecht erhielt, war die Unterstützung innerhalb der Gemeinschaft und ein fester Glaube an unsere Grundsätze wie das Bibelwort: 'Die Wahrheit wird dich befreien'. Zu einigen Beamten in der Regierung gab es Beziehungen, die wir aktivieren konnten. Wir kamen mit ihnen in Verbindung und gaben ihnen Informationen. Wir hörten ihnen zu. Aber wir spürten den Druck. Später kamen wir mit der Regierung zu einer Art Zusammenarbeit." Auch aus dem Ausland bekam der NCK Unterstützung für seine Friedensaktivitäten und konnte zum Beispiel Personal ausbilden. Die Unterstützung war so nicht an Bedingungen geknüpft. "Manchmal ist das schwierig, weil Geldgeber einer versteckten eigenen Agenda folgen und, wenn es schwierig wird, die Hilfe verweigern oder Programme stoppen."³⁶

Die Unterschiede zwischen Süden und Norden

Im Norden sind die Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen anders gewachsen und zeichnen sich eher durch eine Bereitschaft zu Dialog und Kooperation aus. In den meisten westeuropäischen Ländern haben in den letzten fünf bis zehn Jahren intensive Diskussionen stattgefunden, wie die Zusammenarbeit noch enger gestaltet werden kann. Die Alltagserfahrungen der Bürgerinnen und Bürger in den meisten

Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind indessen völlig andere. Seit Generationen haben die meisten Menschen in diesen Ländern den Staat nicht als Ordnungsrahmen für soziale Integration und Sicherheit erlebt. Im Gegenteil: Regierungen und herrschende Eliten waren - und sind oft immer noch - die Hauptquelle von Unsicherheit und "Selbstversorgung" mit öffentlichen Leistungen durch Korruption. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind auch im Osten in der Mehrzahl ihrer Nachfolgestaaten ähnlich korrupte Staatssysteme entstanden, gepaart mit einem stark ausgeprägten Nationalismus. Die dort lebenden Menschen haben innerhalb der vergangenen zwei Jahrzehnte den rapiden Wandel der Staatsordnungen erlebt. Eine Zivilgesellschaft als solche war bis zum Ende der Sowjetunion nicht existent. Noch heute sind die zivilgesellschaftlichen Akteure auf der Suche nach ihrer Rolle gegenüber dem Staat. Der Staat wird häufig als Gewaltakteur erlebt. In vielen Ländern ist sexualisierte Gewalt gegen Frauen übliche Praxis der Streitkräfte. Diese Distanz in den Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Akteuren im Süden ist das Resultat der Erfahrung von Generationen. Das zu verändern, wird Zeit brauchen.

Im westlich geprägten Norden wird zwar gesehen, dass Konflikteskalationen von Vertretern der Staatsmacht ausgehen können. Dies wird dann als Problem zerfallender Staatlichkeit definiert. Aus Sicht der lokalen NRO greift diese Sicht zu kurz. Ihnen bereitet nicht nur ein zerfallender Staat Probleme, sondern auch ein funktionierender, wenn dieser die Rechte bestimmter Bevölkerungsgruppen verletzt. Sie kritisieren auch die zunehmende weltweite Militarisierung, die mit einem patriarchalen und hegemonial männlichen Verständnis eines mächtigen Nationalstaats einhergeht. Der militarisierte Sicherheitsdiskurs fördert strukturelle Gewalt, indem er die Rolle des Wohlfahrtsstaates mit dem Recht auf Nahrung, Gesundheit und sozialer Sicherheit schwächt.

Ein weiterer Aspekt von Staatlichkeit sind die Rechte, die mit der Staatsbürgerschaft verbunden sind. In der historischen Erfahrung der

³⁶ Peter Gunja, EED-Fachgespräch "Frieden muss von innen wachsen", Bonn, 25.10.2005

europäischen Nationen verbindet sich mit diesem Prozess der erfolgreiche Kampf für Rechte und Ansprüche. In anderen Weltregionen stellt sich das völlig anders dar. Das Modell des Nationalstaates (als ethnische oder als politische Nation wie in Frankreich oder den USA) wurde zum Vorbild bei der Dekolonialisierung. Heute wird die Idee des Nationalstaates von Regierungen dazu genutzt, Rechte zu verweigern. Dazu Tapan Bose vom Länder übergreifenden südasiatischen Menschenrechtsnetzwerk South Asia Forum for Human Rights (SAFHR): "Wenn Du kein Bürger bist, dann hast Du keinen Rechtsanspruch! Die Konstruktion einer Politik, die auf dem Ausschluss beruht, ist das Kernproblem. Das manifestiert sich in sehr gewaltsamen Formen des Ausschlusses. In Indien leugnet die Regierung die Existenz indigener Völker und behandelt sie demzufolge wie interne Kolonien. Der Staat garantiert nicht die Menschenrechte. Menschenrechte sind universal und dürfen nicht von Grenzen, Religion oder Gemeinschaften begrenzt werden. (...) Heute haben wir keine andere Institution als den Staat. Der allgemeine Begriff ist der Nationalstaat. Das ist im Süden problematisch. In Europa sind Rechte ein juristisches Konzept, das vom Staat her abgeleitet wird, weil der Staat der Garant der Rechte ist. Im Süden ist der Staat aber einer der Verletzer von Rechten. Die Vorstellung, auf etwas ein Anrecht zu haben, ist im Süden nicht angekommen. Und deswegen besteht eine Lücke zwischen den Rechten und wie der Staat die Rechte verwaltet."³⁷

Anwälte einer legitimen Staatlichkeit

Zivilgesellschaftliche Organisationen akzeptieren den "Staat" als Rahmen gesellschaftlicher Organisation, obwohl sie teilweise über Generationen schlechte Erfahrungen mit dem "Staat" haben. Ihre Grundfrage ist eher, wie eine legitimierte Regierungsführung hergestellt und gesichert werden kann. Dabei gehen Entwicklungsorganisationen im Süden ihren Regierungen kritisch, aber durchaus hilfreich zur Hand. In Kenia hat sich der NCKK beispielsweise sehr für ein demo-

kratisches, politisches Mehrparteiensystem eingesetzt. Die Kirche in Kenia versteht den Staat als etwas, das den Bürgerinnen und Bürgern von Kenia gehört. Deshalb müssen sie auch die Verantwortung für den Übergang zur Demokratie übernehmen. Die Kirchen haben sich deshalb sowohl mit dem Staatsaufbau beschäftigt (z.B. in der Verfassungsreformkommission) als auch mit den Parteien. Vor den ersten Mehrparteien-Wahlen im Jahr 1992 organisierten sie öffentliche Diskurse über Demokratie und Wandel und politische Aktivitäten an der Basis. Allein schon die Debatte zwischen Regierungsvertretern und Kirchenführern über die Definition von Politik stärkte die nationale Diskussion über Demokratie. Aus demselben Demokratieverständnis heraus beteiligte sich der NCKK an der Wahlbeobachtung im Jahr 1997:

"Unsere Sorge war ganz einfach und ehrlich: Wir wollten dazu beitragen, dass freie und faire Wahlen stattfinden konnten. Wir wollten ... auch der Wählerschaft Sicherheit und Vertrauen geben".³⁸

In verschiedenen Ländern haben Akteure der Zivilgesellschaft Visionen für ihre Gesellschaften erarbeitet. Sie haben Kriterien für eine gute Regierungsführung und Rechenschaftslegung aufgestellt, wie z.B. in Kenia, Indien oder Nepal. Doch auch die Strategien zu guter Regierungsführung in Ländern des Südens werden fast ausschließlich in Ländern des Nordens entwickelt. Das geht an wesentlichen Ressourcen sowie Kompetenzen vorbei. Schließlich sind es gerade die Organisationen der Zivilgesellschaft im Süden, die in der Zukunft innerhalb solch eines Staatsaufbaus nach nördlichem Muster arbeiten müssen. Und sie sind es, die aus der Erfahrung heraus wissen, welche Strukturen bisher demokratische Auseinandersetzungen am meisten behindert haben.

Wie können pluralistische, demokratische Werte innerhalb einer oft tief zersplitterten Gesellschaft gefestigt werden? Und wie kann dadurch eine demokratische, säkulare Identitätsbildung ge-

³⁷ Tapan Bose, Vortrag EED-Fachgespräch "Frieden muss von innen wachsen", Bonn, 25.10.2005

³⁸ Institute for Education in Democracy, IED, Catholic Justice and Peace Commission, National Council of Churches of Kenya: Report on the 1997 General Elections in Kenya 29-30 December, Nairobi 1998, http://www.iedafrica.org/documents/1997_report.pdf

fördert werden? Eine Identität, die Menschen immun macht gegen Versuche, sie aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Identität gegeneinander auszuspielen. Hier setzt das Institute for Social Democracy (ISD) mit seiner Arbeit zur Stärkung des gemeinsamen Erbes (composite heritage) in Südasien an.

In lokalen Gemeinschaften Südasiens existieren - oft auf engstem Raum nebeneinander - verschiedene kollektive Identitäten: religiöse, sprachliche, ethnische und andere. Deren Gemeinsamkeiten sollen gestärkt werden und einen Platz bekommen. Das sind zum Beispiel gemeinsame Musik und Liedtraditionen, Formen von Spiritualität oder auch Schreine, die verschiedene Religionsgemeinschaften gemeinsam besuchen. Auf diese Weise erfahren die gemeinsamen kulturellen Wurzeln Anerkennung und Wertschätzung anstatt Abwertung und Ausgrenzung, wie sie im Zuge fortschreitender Globalisierung zunehmend erfahren werden. In ganz Südasien sind, nicht erst seit dem Anschlag muslimischer

Extremisten am 11. September in New York, Organisationen auf dem Vormarsch, die insbesondere die religiöse Identität der Bevölkerungsgruppen nutzen, um diese politisch zu mobilisieren. Viele dieser extremistisch orientierten Organisationen fordern einen religiösen muslimischen oder hinduistischen Staat und schrecken nicht vor Gewalttaten gegen Angehörige anderer Gemeinschaften oder gegen liberale, pluralistisch eingestellte Angehörige ihrer eigenen Religionsgemeinschaften zurück. Diese selbsternannten "Hüter der Tradition" versuchen, die Gemeinschaften auf das sie Trennende festzulegen, sie in verschiedene, nicht zu vereinbarende Identitäten aufzuspalten, um sie politisch nutzen zu können. Vordergründig spontane Gewaltakte entladen sich dann vor allem in den Städten, gegen vermeintlich "Schuldige" an der Misere. Dabei inszenieren diejenigen sorgfältig die Gewalt, die sich einen Zuwachs an Macht erhoffen. Und diejenigen üben Gewalt aus, die glauben, für die eigenen Interessen zu kämpfen.



Das gemeinsame Erbe stärken

Institute for Social Democracy (ISD), Indien

Khurshid Anwar vom ISD berichtet: "Wir setzen das Konzept des ‚gemeinsamen Erbes‘ mit drei Vorgehensweisen um. Gruppen und Organisationen, die sich der Demokratie und der Trennung von Staatlichkeit und Religion verpflichtet fühlen, entdecken und erkunden in einer Reihe von Treffen ihr ‚gemeinsames Erbe‘ und verpflichten sich, es zu wahren und zu bereichern. Durch Training, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit werden die kulturellen Quellen in Literatur, Geschichten, Musik und Theater nach kulturellen Gemeinsamkeiten durchforstet, die man aufdecken und verteidigen kann. So werden die säkularen, pluralistischen und demokratischen Werte sichtbar, die in gemeinsamen Traditionen liegen. Die Ergebnisse der Workshops und Studien werden in einfache und leicht zugängliche Materialien für die Bildungsarbeit und für öffentliche Mobilisierung übersetzt, wobei der Schwerpunkt der Zielgruppen auf ländlichen Gemeinschaften liegt."³⁹

Anwältinnen der Betroffenen und Vermittler zwischen den Fronten

Lokale Nichtregierungsorganisationen haben die Möglichkeit, in verschiedene Richtungen zu verhandeln. Sie haben zum einen ihre Wurzeln in der lokalen Bevölkerung und kennen ihre Anliegen. Sie können zum anderen aufgrund ihrer Institutionalisierung das Gespräch mit

Gewaltakteuren suchen. Insbesondere Frauenorganisationen werden häufig von Gewaltakteuren als Anwältinnen der Basisbevölkerung akzeptiert, weil Gewaltakteure sie als "weniger bedrohlich" wahrnehmen. Sie können bei Vermittlungen zwischen verschiedenen Parteien eine wichtige Rolle spielen, insbesondere zu Beginn von Verhandlungsprozessen, wenn es

³⁹ Berndt, Hagen: People Building Peace, EED, Bonn 2007, S. 80-82

darum geht, Kommunikation herzustellen und Vertrauen aufzubauen. Frauenorganisationen können dabei ihre traditionelle Rolle als Mütter und Ehefrauen nutzen: "Als die indische Armee anrückte, waren es die Frauen, die zwischen die Soldaten und die Dorfbevölkerung traten. Nur Frauen können intervenieren", berichtet eine Dorfbewohnerin aus Jotsoma in Nagaland. "Wir haben pausenlos mit dem Militär das Gespräch gesucht. Als Mütter sind wir zu allen Kriegsparteien gegangen, sind zu ihren Camps gewandert und haben sie gebeten, sich nicht

gegenseitig zu töten und die Dorfbevölkerung nicht zu belästigen. Als Frauen können wir nicht schweigen."⁴⁰

Einerseits kennt die lokale Bevölkerung, mit der Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten, die Gewaltakteure intensiv und oft persönlich. Andererseits gibt es Kontakte aus der Mitarbeiterschaft von Nichtregierungsorganisationen zu den Gewaltakteuren: Beides ermöglicht Zugänge, die für Deeskalation oder sogar Konflikttransformation nutzbar sind.

Die dritte Kraft

Informal Sector Service Center (INSEC), Nepal

Subodh Pyakurel, Vorstandsvorsitzender von INSEC, berichtet: "INSEC begann seine Arbeit mit Bewusstseinsbildung, Alphabetisierung und Empowerment, das heißt der Stärkung der Verhandlungsmacht und des Einflusses der Karrenzieher im Kathmandu-Tal, die aus entlegenen Dörfern stammten. Seitdem hat INSEC sich als Menschenrechtsorganisation einen Namen gemacht und ist in weiten Teilen von Öffentlichkeit und Politik anerkannt. Menschenrechtsbeobachtung und -erziehung, Kampagnen für Benachteiligte, Konflikttransformation und Friedensarbeit durch das Empowerment von Menschen sowie das Eintreten für ihre Interessen und Anliegen (Advocacy) beim Schutz und der Förderung von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit im Land, das sind die Bereiche, in denen INSEC aktiv wird. Mit einem Jahrbuch über den Stand der Menschenrechte sind wir regelmäßig in der Öffentlichkeit präsent. Dieses Jahrbuch ist Hauptquelle für öffentliche Debatten über dieses Thema in Nepal.

Vor dem Ausbruch des gewaltsamen maoistischen Aufstands appellierte INSEC bereits an die Regierung, diesen Konflikt friedlich durch Dialog beizulegen. Wir halfen ebenfalls, über die Freilassung verschleppter Personen zu verhandeln. Wir überwachten regelmäßig die Menschenrechtslage während der Bürgerkriegssituation und organisierten Friedenskundgebungen und Seminare. Dabei prangerte INSEC unmenschliche Aktionen von Regierung und Rebellen gleichermaßen an und forderte die Konfliktparteien in Petitionen auf, humanitäre Regeln einzuhalten.

Aus persönlichen Verbindungen auf hohen Ebenen der Politik und der praktischen Arbeit resultieren die Beziehungen, die INSEC zu beiden Konfliktparteien hat. Wir können deshalb in von Rebellen kontrollierten Gebieten arbeiten, ohne uns offiziell bei der 'Volksregierung' registrieren zu müssen, was gewöhnlich mit der Zahlung von Steuern an die Maoisten verbunden ist. Unser Beispiel, das System nicht zu akzeptieren, hat Schule gemacht und andere NRO ermutigt, ihre Entwicklungsaktivitäten in diesen Gebieten wieder aufzunehmen.

Von 2002 an hat INSEC in verschiedenen Distrikten ein Modellprojekt zur Friedensarbeit betrieben und dabei Dorfentwicklungskomitees auf lokaler Ebene ins Leben gerufen. In diesen Komitees kamen die von der Gewalt am meisten Betroffenen zusammen:



⁴⁰ Zitat einer Bewohnerin des Dorfs Jotsoma in Nagaland, Indien, zitiert nach Rita Manchanda: We Do More Because We Can - Naga Women in the Peace Process, South Asia Forum for Human Rights, Kathmandu, 2004, eigene Übersetzung

Frauen, Kinder, Alte und traditionelle Führer. In Trainings erhielten sie die nötige Rück-
 enstärkung, um von beiden Konfliktparteien die Einhaltung der Menschenrechte und
 des humanitären Völkerrechts einzufordern. Von einigen Komitees gingen ferner Gemein-
 deaktivitäten wie Friedenskundgebungen aus, in denen sie für die Wiederherstellung
 ihrer Rechte eintraten. An anderen Orten wurden lokale Foren einberufen, um mit allen
 Interessenten die Prioritäten bei der Entwicklungsarbeit zu diskutieren. Auf Gemeinde-
 ebene wurden Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt, für Trinkwasser, moderne Toiletten,
 Bewässerung, Transport, Schulunterstützung usw. INSEC half dabei, zu Programmen
 von Regierungsinstitutionen und Entwicklungshilfeorganisationen Zugang zu erhalten.

Pragmatische Lösungen waren in den Gegenden gefragt, die zwischen den Konflikt-
 parteien umkämpft waren. In manchen Gebieten unterließen es die Maoisten nach
 unserer Intervention, die Infrastruktur und den Wiederaufbau zu zerstören, selbst
 wenn diese mit Hilfe von staatlichen Agenturen errichtet worden waren. Auf diese
 Weise konnten Schulen wieder aufgebaut und Trinkwassereinrichtungen hergestellt
 werden, eine Gesundheitsversorgung wurde eingerichtet und nahm ihre Arbeit wieder
 auf. Um solche Verhandlungsziele zu erreichen, verfolgte INSEC die ‚Ja-aber‘-Strategie.
 Niemals sollte eine der Kriegsparteien mit einem ‚Nein‘ konfrontiert werden und damit
 die Gelegenheit bekommen, im Widerspruch zu verharren. INSEC zeigte vielmehr Ver-
 ständnis für deren Sichtweise, ohne ihr zuzustimmen. Im späteren Verlauf der Ver-
 handlung haben wir bei INSEC die Interessen der Gemeinschaft auf den Tisch gelegt
 und versucht, Kompromisse zu finden. Dieser pragmatische Ansatz, der die Grundbe-
 dürfnisse der Opfer zum Ausgangspunkt machte, zeigte Erfolge. INSEC konnte beide
 Konfliktparteien dazu bewegen, entweder selbst an Aktivitäten teilzunehmen, die die
 Lebensbedingungen für die Menschen erleichterten - oder diese zumindest nicht zu
 verhindern oder zu sabotieren.

In dieser hoch polarisierten Situation konnte sich INSEC deshalb als ‚dritte Partei‘ posi-
 tionieren, weil es zu Fragen der Menschenrechte klar Stellung bezog, aber unpartei-
 lich blieb in Bezug auf die aktuelle Konfrontation. Lokale Akteure beider Seiten wur-
 den von uns dazu ermahnt, sich an ihre selbst proklamierten Ziele und Prinzipien zu
 halten und internationale Standards zu respektieren. Das Vertrauen, das INSEC bei bei-
 den Konfliktparteien gewann, nutzten wir für Verhandlungen, beispielsweise für die
 Freilassung von Gefangenen. Für solche Fälle war INSEC eine glaubwürdige Adresse
 und bot seine ‚guten Dienste‘ an.“⁴¹

Gender: Chancen und Herausforderungen

Die Gesellschaften Asiens, Afrikas und Europas sind patriarchal geprägt. Sie bestätigen asym-
 metrische Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen. Diese Asymmetrien zeigen sich
 auf persönlicher, struktureller und normativer Ebene. Darum erleben Frauen Geschlechterver-
 hältnisse als einschränkend und unterdrückend. Das Geschlecht ist ein wesentlicher Identitäts-
 faktor in jedem sozialen System. Die Dimension der Geschlechterverhältnisse besitzt eine wich-
 tige Bedeutung, um Dynamiken zu verstehen, die gewaltsame Formen annehmen.

Der Verlauf von Konflikten wird oft in Phasen
 beschrieben: Auf eine Eskalationsphase, in der
 die Konfliktparteien ihre Positionen formulieren
 und für ihre Interessen mobilisieren, folgt oft
 eine offene gewaltsam ausgetragene Auseinander-
 setzung. Der folgt eine Deeskalationsphase.
 Die Erfahrungen von Frauen sprechen gegen
 eine solche Aufteilung in unterscheidbare Phasen.
 Olakh und Sahr Waru, die Frauenorganisationen
 aus Gujarat in Indien beschreiben das Erleben
 von Frauen so: Gewalt stellt sich als Kontinuum
 dar, das sowohl sogenannte Friedenszeiten als
 auch Phasen gewaltförmiger Konflikte durch-

⁴¹ Zitat einer Bewohnerin des Dorfs Jotsoma in Nagaland, Indien, zitiert nach Rita Manchanda: *We Do More Because We Can - Naga Women in the Peace Process*, South Asia Forum for Human Rights, Kathmandu, 2004, eigene Übersetzung

zieht. In den Augen der Frauenorganisationen sind patriarchale Gesellschaftsstrukturen an sich gewaltförmig. Sie zeigen sich in häuslicher sexueller Gewalt gegen Frauen, aber auch in struktureller Gewalt als häufigster Ausdrucksform, also der strukturellen Benachteiligung von Frauen im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben. Konflikte bearbeiten muss demnach heißen, die Ebene alltäglicher Gewalt einzubeziehen.

Frauenorganisationen ist es wichtig, Räume zu schaffen, in denen Frauen ihre Erfahrungen austauschen und reflektieren können. Frauen können dort eigene Ansätze der Konflikttransformation entwickeln bzw. bestehende Ansätze kritisch prüfen. Sie können eigene Diskurse entwickeln, die Friedensprozessen direkt zugute kommen. Frauenräume bieten die Möglichkeit für spezifische Analyse und Strategieentwicklung. Sie bieten darüber hinaus Refugien der emotionalen Unterstützung und Stärkung in extrem belastenden Kontexten. Aktivitäten in solchen geschützten Frauenräumen müssen aber in strategischen Koalitionen mit Männern verknüpft sein, die den Dialog über diese Räume hinaus in die Gesellschaft hinein tragen und gemeinsam mit Frauen in den gesellschaftlichen Kontext einbringen.

Die Genderperspektive ermöglicht es, Akteurinnen und Akteure in einem Konfliktkontext differenziert wahrzunehmen. Die Partnerorganisationen berichten dem EED immer wieder, dass Frauen an formalen Friedensprozessen häufig nicht beteiligt sind. Bei Friedensverhandlungen, wie zum Beispiel in Bangladesh bezüglich der Chittagong Hill Tracts 1997, sind die Hauptakteure diejenigen, die Waffen tragen. Repräsentanten der Milizen und der Regierung, häufig des Militärs entscheiden über die Zukunft der Menschen. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, in welchem großen Maße sich Frauenorganisationen und -gruppen in Friedensprozessen engagieren. Bereits die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 hat dies dokumentiert. Es ist an der Zeit, diese Resolution als wichtige Initiative zu verstehen, um den Einfluss von Frauen in offiziellen Friedensprozessen zu erhöhen.

Die UN-Resolution 1325

wurde am 31. Oktober 2000 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) einstimmig verabschiedet. Mit der Resolution 1325 fordert der UN-Sicherheitsrat die VN-Mitgliedstaaten auf, für eine stärkere Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der institutionellen Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten Sorge zu tragen (Art. 1). Zudem betont die Resolution 1325 die Verantwortung der Nationalstaaten für das Ende der Straffreiheit bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, insbesondere bei sexueller Gewalt gegen Frauen (Art. 11). Artikel 8 der Resolution fordert die Staaten auf, die Geschlechterperspektive bei drei zentralen Aspekten von Friedensprozessen gezielt einzubeziehen. Das sind:

- Rückführung, Neuansiedlung und Wiederaufbaumaßnahmen nach Konflikten
- Einbeziehung von Frauenorganisationen in friedensbildende Prozesse
- Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen in den Verfassungen, beim Wahlsystem, der Polizeigewalt und der Rechtssprechung.

Die UN-Resolution 1325 ist ein wichtiger Meilenstein für die feministische Friedenspolitik. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen hat der UN-Sicherheitsrat einen völkerrechtlich bindenden Beschluss gefasst, der Frauen an Entscheidungen über Krieg und Frieden beteiligt und die Geschlechterperspektive berücksichtigt.

http://www.glow-boell.de/de/rubrik_2/5_740.htm#Rund

Resolutionstext: <http://www.frauensicherheitsrat.de/1325.html>

1325

Frauenorganisationen engagieren sich in traditionellen Rollen als Mütter und Fürsorgende, wenn sie z.B. in Nordostindien mit Milizen oder dem Militär im Rahmen von sogenannten "Küchengesprächen" verhandeln, wie in Nagaland praktiziert: Sie kochen für die Milizen und bringen ihre Friedensanliegen beim gemeinsamen Essen ein.⁴² Sie haben, da sie nicht als Waffenträgerinnen wahrgenommen werden, dabei leichter Zugang als Männer, wie das South Asia Forum for Human Rights dokumentiert.⁴³

In Gujarat hat Sahr Waru Traumaberatung organisiert. Dabei gelang es ihr, auch Männer, die Opfer von sexueller Gewalt geworden waren, zu erreichen und damit eine gesellschaftlich tabuisierte Dimension der Gewalt in Gujarat aufzudecken. In Manipur gab es eine legendäre Protestaktion älterer Frauen, die nackt vor Militäreinheiten demonstrierten, um die Vergewaltigungen von Frauen durch Sicherheitskräfte anzuprangern. Frauen brechen bewusst mit traditionellen Rollen, um etwas zu verändern. So verließen ebenfalls in Manipur Frauen den Schutz des ummauerten Hofes und organisierten Nachtwachen in der Öffentlichkeit auf Stadtteilebene. Gerade angesichts der starken aktiven Präsenz in Friedensbewegungen vor Ort ist nicht nachvollziehbar, warum Frauenorganisationen von formalen Friedensprozessen weiterhin größtenteils ausgeschlossen werden.

Selbst in den NRO-Netzwerken, die in dieser Broschüre beschrieben sind, war es ein langer Prozess, bis auch Frauenorganisationen ihren Gestaltungsraum in der Friedensarbeit gewonnen hatten. Bei UNMM in Manipur argumentierten die Frauen fünf Jahre lang, bis sie die Mitglieder davon überzeugen konnten, dass sich die Frauenorganisationen unter den Mitgliedern eine eigene Struktur von Frauenkomitees innerhalb von UNMM aufbauen konnten, bis sie Vertreterinnen in die Gremien des Forums entsenden und über einen eigenen Haushalt mit Programmmitteln verfügen konnten. Erst seit Einrichtung dieser Struktur und der Ausstattung

mit Ressourcen wird die Politik des Forums von Frauen aktiv mitgestaltet.

Negative Erfahrungen können verbinden und neue Perspektiven ermöglichen. Das erkannte ISD, als es Bildungsmaterial zur Stärkung des gemeinsamen kulturellen Erbes in Südasien erarbeitete. Es stellte sich heraus, dass aus Gendersicht alle Kulturen Südasiens ein gemeinsames kulturelles Erbe in der gemeinsamen Erfahrung von Unterdrückung und Marginalisierung haben. Die nämlich erlebten Frauen in südasiatischen Gesellschaften unabhängig von ihrer Religion. Ihre religiöse Identität unterschied die Frauen in Hindus, Musliminnen, Sikhs, Christinnen und Buddhistinnen, die Erfahrung von Unterdrückung verband sie.

Frauen als Seismographen für Gewalt

Häufig erfahren Frauenorganisationen frühzeitig, wenn die Gewalt im Land zunimmt - Gewalt gegen Frauen wird zum Frühwarnsystem. Die Frauenorganisationen im Hill Tracts NGO Forum (HTNF) in Bangladesh berichten von einer starken Zunahme sexueller Gewalt gegen Frauen aus der indigenen Zivilbevölkerung durch das Militär in Bangladesh. Sie kategorisierten die derzeitige Situation deshalb nicht mehr als Deeskalation nach einem Friedensschluss, sondern als eskalierenden Konflikt. Diese Erfahrungen der Frauenorganisationen wurden in die formale Konfliktanalyse des Forums übernommen. Sie beeinflussten maßgeblich das Konfliktverständnis und damit auch die Strategie- und Maßnahmenentwicklung. Für den National Council of Churches of Kenya (NCCCK) hatte der Aufbau des Landfrauen-Netzwerks (Rural Women Peace Link) zur Konsequenz, dass nicht nur Räume entstanden, in denen Frauen sich artikulieren konnten, sondern dass sich auch Machtbeziehungen zwischen Frauen und Männern veränderten. Es wurde immer deutlicher, dass und welche spezifischen Optionen Frauen in Konflikten haben, die Männern vorenthalten sind.

⁴² Rita Manchanda: We Do More Because We Can - Naga Women in the Peace Process, South Asia Forum for Human Rights, Kathmandu 2004

⁴³ Rita Manchanda, Bandita Sijapati, Rebecca Gang: Women Making Peace, Strengthening Women's Role in Peace Processes, South Asia Forum of Human Rights, Kathmandu 2001

Die Spielräume ausweiten

Rural Women Peace Link, Kenia

Der Rural Women Peace Link entstand im Jahr 1999. Gewaltsame Zusammenstöße im westkenianischen Rift Valley hatten in den 90er Jahren Frauen vor besondere Probleme gestellt. Es gab blutige Kämpfe zwischen Ackerbauern und Hirtenstämmen, zwischen unterschiedlichen Gruppen von Nomaden oder bei politischen Veranstaltungen. Die Folge waren Dutzende von Toten und Tausende vertriebener Familien. Viele Frauen und Kinder litten unerträglich. Der Bericht von einer Frau, die nach einem Überfall auf ihr Dorf ihre fünf Kinder tötete und sich dann selber umzubringen versuchte, gab den Anstoß zum Handeln. Der Peace Link wollte Frauen ein Forum bieten, um sich über ihr Leid und das Geschehen in ihren Dorfgemeinschaften auszutauschen. Doch bald schon steckten die Frauen ihre Ziele höher: Sie wollten sichtbar und hörbar werden. Ein Verbund von 14 regionalen Frauen-Netzwerken entstand. Die Frauen engagierten sich für Frieden in ihren Gemeinschaften. Sie wollten Frauen und Mädchen vor häuslicher Gewalt, erzwungenen Heiraten und Genitalverstümmelungen schützen. Mädchen und Frauen aller Altersklassen und Stämme bildeten sich fort, um ihre traditionellen Rollen beim Friedenstiften zu nutzen und zu erweitern.

Einige Hürden waren zu überwinden. Frauen brauchten die Erlaubnis der Männer, sich in einem eigenen Forum zu treffen. Selline Korir, die Initiatorin vom NCKK, wandte sich mit diesem Anliegen an die "Ältesten", die traditionellen Autoritäten. Mit den Frauen, die kommen durften, startete sie Einkommen schaffende Projekte und lud die Ältesten zum Mitmachen ein. Der allmähliche Erfolg des Projekts wurde zur besten Werbung.

Da die Machteliten davon profitierten, dass Gewalt und Misstrauen das Klima beherrschten, versuchte die Regierung, die Treffen von Frauen zu verhindern, sofern sie lokale Grenzen überschritten. Selline Korir verhandelte direkt mit der Regierung, erklärte ihr Programm und schuf eine Vertrauensbasis. Die Behörde lockerte die Regeln, die Frauen durften sogar die Distriktgrenzen überschreitend aktiv werden. Sie weiteten ihr Engagement auf Jugendliche und Ältere aus. Denn es sind Jugendliche, die auf Geheiß der Älteren auf Raubzug oder zu Angriffen ausziehen. Als die Jugendlichen in Friedenskomitees einbezogen werden konnten, ließ die Gewalt nach. Mehr Frauen konnten gewonnen werden, in die Friedensarbeit einzusteigen. Auch ihre Männer wurden eingeladen. So stiegen Zahl und Umfang der Gruppen, die Männer und Frauen umfassten.

Traditionell ist es die Aufgabe von Frauen, den Dialog zu beginnen. Interethnische Frauengruppen besprechen oft alltägliche Themen, bevor sie sich kontroversen Angelegenheiten zuwenden. Bedürfnisse von Frauen sind dabei nach wie vor von hoher Dringlichkeit. Die Gruppen bilden beispielsweise Hebammen aus, die in abgelegenen ländlichen Gebieten fernab von medizinischer Versorgung dringend nötig sind. Da sie außerdem allen ethnischen Gruppen gleichermaßen helfen, sind sie gleichzeitig Botschafterinnen des Friedens. Die Frauen stellen fest, dass sie sogar mit Viehdieben verhandeln können. Sie gehen auf junge, gewaltbereite Männer zu und sprechen mit ihnen. Das können sie besser als Männer, weil sie auf den traditionellen Respekt setzen, der Frauen entgegen gebracht wird.

Die Frauen des Rural Women Peace Link wollen die Spielräume ausweiten, die Frauen von der Kultur her gesetzt sind. Wo Frauen noch kein Land besitzen dürfen, werden

Mittel mobilisiert, um Land für gemeinsame Einkommen schaffende Projekte zu kaufen. Während Frauen früher gar nicht ausgebildet wurden, werden sie nun zu juristischen Hilfskräften geschult, zu "Frauen, die das Recht kennen". Der Rural Women Peace Link ist nicht auf die Arbeit am Ort beschränkt, sondern hält regelmäßig Konferenzen in der Region ab, um die Situation zu reflektieren. Im Jahr 2002 ging es um Themen der Regierungsführung. 2005 lautete das Thema: "Frauen - Frieden - Sicherheit". Man sprach über die Umsetzung der UN-Resolution 1325 an der Basis. 70 Frauen und Männer kamen zusammen. Hochschulen waren vertreten, politische Entscheidungsträger, Vertreterinnen von Basisgruppen, Verwaltungsinstitutionen, Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Programmplaner aus Westkenia sowie Vertreter des Präsidialbüros. Hier zeigt sich ein Erfolg des Netzwerks: Es ist in der Lage, die Expertise von Frauen über die Konflikte in ihrer Region zu nutzen, sie "ganz oben" zu Gehör zu bringen und sogar die Regierung in die Pflicht zu nehmen. Das zeigen die stehenden Ovationen, die eine Konferenzteilnehmerin für ihren Redebeitrag erhielt: "Wir sind hier nicht zum ersten Mal bei einem Friedenstreffen. Bei uns gibt es Jugendliche, die immer noch in Gewalt verstrickt sind. Auf einem Friedenstreffen haben wir mit ihnen gesprochen. Jetzt ändern sie sich. Wenn man ihnen aber sagt, dass sie die Gewehre abliefern sollen, ihnen aber nichts zu tun anbieten kann, dann fragen sie uns Frauen: Was sollen wir mit unserer ganzen Zeit machen? Und jetzt fragen wir Frauen die Regierung: Was sollen wir den Jugendlichen denn anbieten? Sollen wir sie zurück lassen, damit sie wieder ihren gewohnten Lebensstil aufnehmen?"⁴⁴

Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit

Geschlecht ist eine soziale Kategorie. Es schreibt individuellen Frauen und Männern Rollen zu. Diese Rollen werden durch individuelles und kollektives Handeln verstärkt und immer wieder bestätigt. Sie erzeugen oft polarisierte Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit. In gewaltförmigen Konflikten haben viele Organisationen erlebt, dass die Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit sehr eng und stereotyp definiert

werden: Männlich wird damit verbunden, Täter zu sein. Das Stereotyp beschreibt Männer als "Beschützer" oder "Angreifer" in aktiver Position, sie handeln gewaltsam und tragen Waffen. Weiblichkeit steht für die passive Position, Frauen sind Opfer, unbewaffnet und wehrlos. Männer und Frauen orientieren sich an diesen Bildern, ihre realen Identitäten stehen diesen Bildern aber oft völlig entgegen.



⁴⁴ zusammengefasst nach Beghtol, DeEtte, Wald: Powerful Rural Women in Turkana, Kenya, in: University for Peace; peace and conflict monitor, special report, 2004, http://www.monitor.upeace.org/archive.cfm?id_article=216 ; Rural Women's Peace Link, RWPL: Reflective Conference 2005, S. 2,4; <http://www.peacewomen.org/resources/1325/PDF/RWPLconference.pdf>

Auch Männer werden zu Opfern von Gewalt

Sahr Waru berichtet, dass die Organisation lange Zeit nur mit Frauen als Opfer von Traumatisierungen gearbeitet habe. Diese Frauen berichteten aber von männlichen Verwandten, die ihrerseits traumatisiert waren und nach dem akuten Konflikt sexuelle Gewalt ausübten. Dadurch erst wurde die Organisation darauf aufmerksam, wie viele männliche Gewaltopfer die Pogrome in Gujarat produziert hatten. Die Bandbreite der Gewaltformen ist dabei sehr weit. Selbst sexuelle Gewalt gegen Männer wird nicht selten eingesetzt, mit dem Ziel, ihr männliche Identität zu zerstören. Für viele Männer, die solche Gewalt erfahren haben, ist es unmöglich, sich selbst als Opfer anzunehmen und Traumabehandlung zu suchen. Denn das würde bedeuten, aus dem idealisierten Männlichkeitsbild herauszufallen. Dies gilt in verstärktem Maß für Männer, die Täter geworden sind, diese Erfahrungen aber nicht verarbeiten können und deren Trauma durch die eigenen Gewalttaten genährt wird. Viele ziehen sich in autoaggressive Verhaltensweisen zurück oder werden selbst gewalttätig als Soldaten, Milizen oder gegenüber ihren Familienangehörigen. So ist es zu erklären, dass in vielen bewaffneten Konflikten die häusliche Gewalt gerade während sogenannter "Post-Konfliktphasen" erheblich ansteigt. Die wenigen Männer, die das hegemoniale Verständnis von Männlichkeit überwunden haben, sich als Opfer und Hilfsbedürftigen annehmen und Beratung suchen, müssen feststellen, dass es für sie kaum Angebote gibt. Die Institutionen und Initiativen im Bereich der Traumabehandlung sind dominiert von den klassischen Geschlechterstereotypen und bieten vor allem Programme für Frauen an. Für Sahr Waru war dies der Anlass, gezielt mit traumatisierten Männern zu arbeiten.

Überlebende tragen aktiv zum Frieden bei

Einen weiteren Schlüssel zur Überwindung der stereotypen Zuordnung von "Männlichkeit = Täterschaft" und "Weiblichkeit = Opfer" bietet eine Erkenntnis der Frauenbewegung: In gewaltförmigen Konfliktsituationen ist es auch Opfern von Gewalterfahrungen möglich, zu Akteurinnen und Akteuren zu werden, und nicht in der passiven Haltung des Opfers zu

verharren. Das gilt für Frauen wie Männer. Tamilische Flüchtlinge aus Sri Lanka, die dort Opfer von brutaler Gewalt geworden waren, waren unter den ersten, die den traumatisierten Opfern des Tsunamis Ende 2005 in Südindien zur Seite standen. Aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit Kriegstraumatisierung konnten sie die Überlebenden verstehen und unterstützen. Basierend auf dieser Erfahrung entwickeln sie Engagement für den Frieden. Damit mobilisieren sie andere aktive Rollen als die Täterrolle. Sie heben die polarisierte Wahrnehmung auf, in der es nur Täter und Opfer gibt und Friedenspotentiale mit der passiven Opferrolle gleichgesetzt werden.

Genderanalyse

Die Diskussion um Gender hat deutlich gemacht, dass Gesellschaften nicht monolithisch sind. Sie sind geprägt von sozialen Machtstrukturen, die es wahrzunehmen und zu analysieren gilt. Lokale, interne Akteure werden so nicht idealisiert, sondern können in ihrer Komplexität wahrgenommen werden.



Macht steht im Zentrum der Genderanalyse, Macht ist der bedeutendste Faktor in der Konfliktanalyse. Es liegt also nahe, die Erkenntnisse beider Ansätze zu nutzen. Wir erleben Menschen mit multiplen Identitäten, die neben ihrer Geschlechteridentität von weiteren Identitäten geprägt sind, zum Beispiel ihrer Klassenzugehörigkeit, ihrer Religion, ihrer Ethnie, dem

Bildungsstand und so weiter. Diese gestalten nicht nur die persönliche Identität, sondern sind jeweils mit unterschiedlich viel Macht verbunden. Wenn die Genderanalyse nicht bei Männlichkeit und Weiblichkeit stehen bleibt, sondern den Blick öffnet auf verschiedene Dynamiken von Machtverteilung in lokalen Gesellschaften, lässt sich die Konfliktanalyse in differenzierter Form betreiben. Die zwei folgenden Beispiele illustrieren ihren Umgang mit Machtdynamiken.

In der Arbeit der Church of South India in Südindien sind das Kastenwesen und die Marginalisierung der Dalits⁴⁵ zentraler Bezugspunkt. In vielen Diözesen arbeiten kirchliche Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen sowie Pastoren daran, die strikte Trennung der Gemeinschaften auf Dorfebene aufzuweichen, die mit massiven Diskriminierungen von Dalits einhergeht. Normative Codices wie das Reinheitsgebot werden in Frage gestellt, etwa wenn Jugendliche aus verschiedenen Kasten gemeinsam mit Dalits kochen, essen oder den Brunnen nutzen.

Für das Netzwerk UNMM in Manipur ist der Zusammenhalt seiner Mitglieder eine dauernde Herausforderung, denn es besteht aus Organisationen aus verschiedenen ethnischen Gruppen. Zu vielen Aspekten des Konfliktes und der Frage, wie er gelöst werden könne, gibt es noch keinen gemeinsamen Standpunkt. Jede Mitgliedsorganisation bezieht sich in ihrer Position auf die jeweilige vorherrschende Wahrnehmung und die Interessen ihrer ethnischen Gruppe. Nachdem die Mitglieder des Netzwerkes über mehrere Jahre Erfahrungen mit dem "Do No Harm" Ansatz in ihren Projekten sammeln konnten, möchten sie nicht mehr nur Entwicklungsarbeit im konfliktiven Kontext durchführen, sondern auch direkte Beiträge zur Konflikttransformation leisten. Damit steht das Netzwerk vor zwei Herausforderungen: Die internen gender-bezogenen Machtasymmetrien ebenso wie die ethnischen

Identitätskonflikte zu bearbeiten. Dabei soll die Pluralität des Netzwerks erhalten bleiben. Derzeit entwickelt das Netzwerk einen Schwerpunkt zu dem gemeinsamen Anliegen, die Straflosigkeit der Streitkräfte in ihrer Region zu beenden. Die Straflosigkeit begründet sich mit der seit 1958 in der Region geltenden Notstandsgesetzgebung (Armed Forces Special Powers Act). Das Netzwerk setzt sich für die Abschaffung dieser Gesetzgebung ein, verbunden mit der Aufforderung an die Regierung, allen ethnisch organisierten Untergrundgruppen Friedensgespräche anzubieten. Zugleich nutzen sie ihre Möglichkeiten, die bewaffneten Bewegungen davon zu überzeugen, dass der Konflikt militärisch nicht zu gewinnen ist und sie größere Aussichten in einem Verhandlungsprozess haben. Dieses Vorhaben eines konflikttransformativen Prozesses basiert auf einem sorgfältig entwickelten Konsens im Netzwerk. Langfristig soll dieser Konsensbereich ausgeweitet werden. Das erfordert, bestehende Machtinteressen und Machtbeziehungen immer wieder zu analysieren und sich auf eine gemeinsame strategische Vorgehensweise zu verständigen.



⁴⁵ Als Dalits (wörtlich "niedergetreten", "gebrochen") bezeichnen sich jene Nachfahren der indischen Ureinwohner, die als "Unberührbare" bis heute aus dem indischen Kastenwesen ausgeschlossen sind.

Schlussfolgerung

Theorien des Friedens" leiten die Praxis der "am Konflikt" arbeitenden Akteure.

Erfahrungen aus der Arbeit direkt "am Konflikt", sind ebenfalls mit dem "Reflecting on Peace Practice Project" systematisch empirisch untersucht worden.⁴⁶ Alle Arbeit "am Konflikt" wird von Theorien geleitet, wie Frieden entsteht und erhalten werden kann, war eine Erkenntnis aus dieser Untersuchung. Es gibt eine Vielzahl der Theorien. Diese lassen sich in vier Gruppen einteilen. Es gibt zwei Ausgangsfragen, und auf jede Frage zwei mögliche Antworten.

Frage eins lautet: Wer muss sich ändern, damit Frieden entstehen kann?

Antwort A: Möglichst viele Menschen

Antwort B: Die (wenigen) entscheiden Schlüsselpersonen

Frage zwei lautet: Was muss geändert werden, damit Frieden entstehen kann?

Antwort C: Einstellungen, Werte, Normen von Menschen und ihre Handlungen

Antwort D: Sozio-politische Strukturen in der Gesellschaft

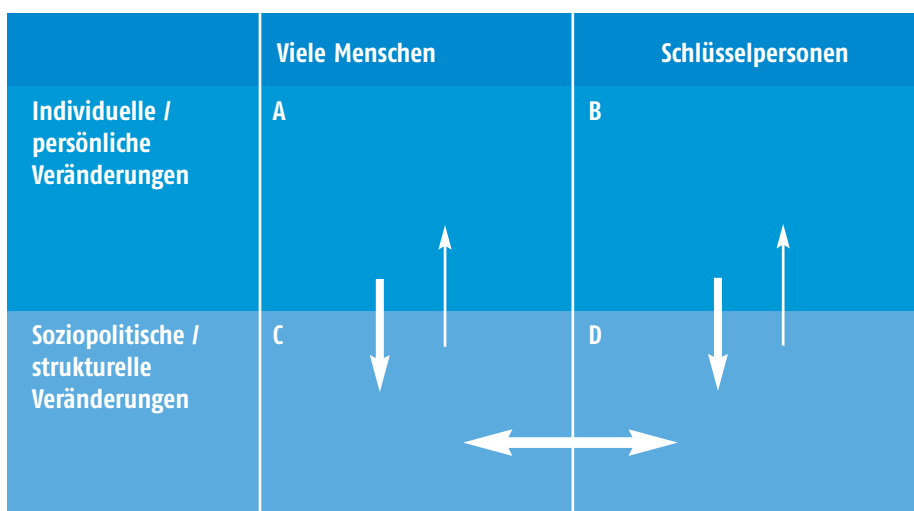
Initiativen im Feld A setzen darauf, möglichst viele Menschen dazu zu bewegen, sich in ihren Haltungen und Verhaltensweisen zu ändern. Ihre Mittel sind zum Beispiel Friedenserziehung, Mobilisierung für öffentliche Proteste, Manifestationen für Frieden.

Akteure im Feld B gehen davon aus, dass Schlüsselpersonen dazu gebracht werden müssen, ihren gewaltsamen Kurs zu verlassen. Sie setzen auf Einsicht und innere Umkehr durch Dialoge, Begegnungen, vertrauensbildende Maßnahmen oder durch internationalen Druck, Strafan-drohung und Sanktionen.

Andere Initiativen, die in Feld C verortet werden können, gehen von der Annahme aus, dass durch die Mobilisierung und Organisation

von vielen Menschen Veränderungen in den sozio-politischen Strukturen und Institutionen einer Gesellschaft durchgesetzt werden müssen. Über Wahlbeobachtung und die Aufklärung von Wählerinnen und Wählern, den Aufbau von Jugend- oder Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, die Bildung von Netzwerken versuchen sie, Institutionen und Strukturen zu schaffen, über die Konflikte konstruktiv ausgetragen werden können.

Im Feld D schließlich finden sich Aktivitäten, die darauf zielen, über Schlüsselpersonen sozio-politische Veränderungen herbeizuführen. Beispiele sind Wahrheitskommissionen, Reformen der öffentlichen Verwaltung und des Sicherheitsapparates.



Systematisierung der Theorien, wie Frieden entsteht und erhalten werden kann⁴⁷

Der "Reflecting on Peace Practice"-Prozess machte deutlich, dass Maßnahmen in den einzelnen Feldern dann eine effektive Wirkung auf die Konfliktdynamik insgesamt hatten, wenn sie mit Maßnahmen in anderen Feldern in Beziehung standen. Dies bedeutet nicht, dass Akteure sich in allen Feldern engagieren müssen. Vielmehr sollten einzelne Akteure ihre Expertise in ihren Handlungsfeldern einsetzen. Sie sollten dabei aber versuchen, sich mit anderen Akteuren in anderen Feldern strategisch in Beziehung zu setzen.

⁴⁶ Anderson, Mary B. und Lara Olson: Confronting War. Critical Lessons For Peace Practitioners. Collaborative for Development Action, Cambridge, MA; 2003; www.cdainc.com

⁴⁷ nach: Anderson, Mary B. und Lara Olson: Confronting War: Critical Lessons for Peace Practitioners. Cambridge, MA, 2003

Strategische Verknüpfung

Diese strategische Verknüpfung unterschiedlicher Aktivitäten in der Friedensarbeit trägt dazu bei, die Reichweite einzelner Aktivitäten zu vergrößern. Denn Frieden addiert sich nicht automatisch als Summe aus den einzelnen Projekten auf - und irgendwie nützt schon alles. Im Gegenteil. Es gibt Beispiele, wie sich unterschiedliche Friedensaktivitäten gegenseitig blockierten. In Norduganda etwa bemühten sich lokale und internationale Friedensinitiativen lange Jahre um Verhandlungen zwischen der Regierung und der Lords Resistance Army, die vor allem einen Terrorkrieg gegen die Bevölkerung führte. Gleichzeitig drängten andere Akteure darauf, die Verbrechen im Zuge der Kriegsführung gerichtlich zu verfolgen. Zusammenfassend hat Mary B. Anderson die Herausforderung für Friedensaktivitäten so

formuliert: "... eine Organisation, die einen der Ansätze zum Frieden verfolgt und es versäumt, ihre Tätigkeit mit Arbeit in anderen Feldern zu verknüpfen, wird das Ziel von Friedensarbeit verfehlen. Friedensorganisationen, die Wirkung entfalten wollen, können nicht isoliert arbeiten".⁴⁸

Friedensarbeit geschieht in Prozessen

Die Partnerorganisationen betonen aufgrund ihrer Erfahrungen die Kontinuität bei der Friedensarbeit, weil Konflikte anderen Zeitspannen als Projektzyklen unterliegen. Ein langfristiger Ansatz und ein behutsames Vorgehen sind für sie unabdingbar, wenn es gelingen soll, alle wichtigen Konfliktparteien in einen inklusiven Friedensprozess einzubinden. Man muss also nicht nur fragen, ob der Wandel schnell genug geschieht, sondern auch, ob der Friedensprozess langsam genug geht, damit er wirklich Inklusivität erreichen kann. Auch dies ist eine Herausforderung für eine Friedensarbeit, die fest steckt. Es kann eben sein, dass die vorher definierten Zeitspannen nicht ausreichen, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen.

Auch hinsichtlich der Tiefe der Analyse gibt es Anfragen. Eine sehr sorgfältige Analyse ist zwar notwendig, da es überlebenswichtig sein kann, die versteckten Agenden der Konfliktparteien zu verstehen. Das Ziel eines möglichst umfassenden Verständnisses der Situation ist sicher anzustreben. Aber Organisationen, die sich in ihren Ländern konkret in Friedensprojekten engagieren, äußerten Zweifel, ob ein vollständiges Bild vom Konflikt je zu erlangen ist.



⁴⁸ Anderson, Mary B.: Experiences with Impact Assessment: Can we know what Good we do?, eigene Übersetzung aus Berghof: Handbook for Conflict Transformation, Berlin 2005, S. 12; <http://www.berghof-handbook.net>.

Friedensarbeit des EED – Grundorientierung und neue Herausforderungen

Frieden und Gerechtigkeit suchen

Im biblischen Zeugnis sind Gerechtigkeit und Frieden nicht voneinander zu trennen: "Die Frucht der Gerechtigkeit wird Frieden sein und der Ertrag der Gerechtigkeit Ruhe und Sicherheit auf immer" verheißt der Prophet Jesaja (Jesaja 32,17). Die Destabilität von Gesellschaften und die sich in ihnen gewaltsam entladenden Konflikte haben immer damit zu tun, dass Gottes Wille, allen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, missachtet wird. Die alttestamentlichen Propheten haben zu ihrer Zeit ihren Zeitgenossen eingeschärft, dass das Unrecht, das den Armen und Wehrlosen zugefügt wird, das Verderben des ganzen Volkes nach sich zieht: "Höret doch ihr Häupter im Hause Jakob und ihr Herren im Haus Israel!... Ihr schindet die Haut meines Volkes ab und das Fleisch von ihren Knochen und fresset das Fleisch meines Volkes... Ihr bautet Zion mit Blut und Jerusalem mit Unrecht... Darum wird Zion um euretwillen wie ein Acker gepflügt werden, und Jerusalem wird zu Steinhäufen werden..." (Micha 3,1-12 in Auszügen). Das biblische Zeugnis hält eine Vision von einer Welt bereit, die erst dann an ihr Ziel gekommen ist, "wenn Gerechtigkeit und Friede sich küssen" (Psalm 85,11) - eine Gabe Gottes, aber Ansporn für die Gesellschaftsordnungen, sich danach auszurichten. Deshalb führt die Evangelische Kirche in Deutschland ihre Überlegungen zur Friedensethik der Christen entlang der Denklinie "Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen"⁴⁹. Wer den Frieden will, muss vom gerechten Frieden her denken.

Deshalb setzt sich die entwicklungspolitische Arbeit der Kirchen dafür ein, weltweit soziale und ökonomische Ungleichheit abzubauen. Diese Arbeit will Menschen ermöglichen, ihre Rechte ohne Furcht vor Repressalien wahrzu-

nehmen und ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Kirchliche Entwicklungsarbeit richtet sich aus auf die "Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen"⁵⁰ - in der heutigen Terminologie "Armutsbekämpfung". Sie zielt darauf, einen "angemessenen Lebensstandard ... einschließlich des Rechts auf angemessene Ernährung, Bekleidung und Wohnung" zu gewährleisten.⁵¹ Außerdem strebt sie an, den jeweils "höchsten erreichbaren Standard der körperlichen und geistigen Gesundheit"⁵² zu erreichen und das Recht eines jeden auf Bildung durchzusetzen. Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit hat erwiesen, dass die Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte Hand in Hand mit dem Einsatz für politische und bürgerliche Rechte geschehen muss.

Die Frucht der Gerechtigkeit wird Frieden sein

Die Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft in Genf hat im Jahre 1966 festgestellt, dass Gerechtigkeit und Frieden nicht nur "Aufgaben für die jeweiligen nationalen Gesellschaften [sind], sondern auch für das Verhältnis zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern".⁵³ Damit ist ein Bereich gemeinsamer Verantwortung beschrieben, der weit über die eng geführten Debatten um Intervention hinaus weist: Interdependenz, also gegenseitige Abhängigkeit, ist das Schlüsselwort. "Gerechtigkeit und Frieden in einer interdependenten Welt" wurde seit der Weltkirchenkonferenz 1968 zum Leitthema kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit: "Da wir heute die Lage der Menschen in der ganzen Welt kennen und auch über die Mittel verfügen, gibt es keine Entschuldigung mehr. Es ist eine Welt, und die ungeheuren Ungleichheiten zwischen den Menschen verschiedener Nationen⁵⁴ und ver-

⁴⁹ EKD: Friedensdenkschrift des Rates der EKD, Gütersloh 2007

⁵⁰ Synode der EKD "Die Zukunft der Kirche und die Zukunft der Welt", München 1968

⁵¹ Art. 11.1 UN-Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16.12.1966

⁵² Art. 12.1 UN-Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16.12.1966

⁵³ EKD: Der Entwicklungsdienst der Kirche - ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. Eine Denkschrift der Kammer der Evangelischen Kirche für Kirchlichen Entwicklungsdienst (Hg.), Gütersloh 1973, S.16

schiedener Kontinente sind so unentschuldigbar wie die großen Unterschiede innerhalb von Nationen." Dabei wurde der Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit konkret ausformuliert: "Dieser Einsatz für Gerechtigkeit in der ganzen Welt ist zugleich ein wirkungsvoller Beitrag zum Frieden. Denn im umfassenden Sinn der biblischen Verkündigung wie auch der politischen Wirklichkeit bedeutet Friede mehr als das Ruhen der Waffen oder auch das ständig bedrohte Gleichgewicht hoch gerüsteter Mächte. Ungerechte Verhältnisse im innenpolitischen wie im weltpolitischen Bereich stellen eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Die Friedensbemühungen der Menschen müssen daher die Suche nach mehr Gerechtigkeit und den Ausgleich der sozialen Spannungen durch weltweite Entwicklungsprogramme mit einschließen. Entwicklungsverantwortung, Eintreten für Gerechtigkeit und dauerhaften Frieden sind infolgedessen unmittelbar miteinander verknüpft."⁵⁵

Gerechtigkeit in diesem Verständnis ist eng mit Verteilungsgerechtigkeit und mit Zugangschancen verbunden, Aspekte, die bei Friedensprozessen oft zu kurz kommen.

Ungerechte Verhältnisse bedrohen den Frieden

Gleichwohl ließ die globale Konfliktkonstellation des Ost-West-Konfliktes bis zum Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts keinen allzu großen Spielraum, dieses Leitthema umzusetzen. Zu sehr blockierte das Patt zwischen den Supermächten eigenständige und an Gerechtigkeit orientierte Entwicklungsprozesse und die mit ihnen verbundenen Konflikte. Dennoch hat die Bekämpfung von "Armut, Hunger und Not in der Welt und ihrer Ursachen", so der Wortlaut des Beschlusses der Synode der EKD von 1968, in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit immer wieder Präzisierungen und Weiterentwicklungen ihrer Ansätze und Schwerpunkte erfahren. Die Schwerpunkte wurden von anfänglich akuter Nothilfe zu Hilfe zur Selbsthilfe verändert, die Menschenrechte wurden in den Blick genommen. Kirchlicher Entwicklungsdienst wandte sich denjenigen

zu, die "an den Rand gedrängt werden und denen niemand hilft". So hat die Synode der EKD 1973 betont: "Da der Entwicklungsbegriff Befreiung von rassistischer und sozialer Diskriminierung einschließt, ...[werden die Christen] ... aufgerufen, angesichts der Entwicklungs- und Rassenprobleme der heutigen Welt aktiv zur Ausweitung und Konkretisierung der Menschenrechte beizutragen".⁵⁶

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes rückten marktwirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum in das Zentrum des vorherrschenden Entwicklungsdiskurses. Die Annahme, dass strikt marktwirtschaftliche Konzepte zu gerechter Entwicklung und Armutsreduzierung beitragen würden, wurde in weiten Teilen enttäuscht. Im Gegensatz, es brachen neue und tiefgreifende Ungerechtigkeiten im nationalen wie internationalen Rahmen auf. Das durch die Wahrnehmung der Auswirkungen des Klimawandels entstandene öffentliche Bewusstsein über globale Zusammenhänge und zuletzt die Erfahrungen aus der Finanzkrise 2008 haben ein neues, problembewusstes Nachdenken über globale Verantwortung, Ungerechtigkeiten und die dadurch ausgelösten Konflikt dynamiken angestoßen. Darin liegt eine Chance, zu einem neuen Verständnis und einer wirklichen Praxis von gerechtigkeitsorientierter Zusammenarbeit im globalen Rahmen zu kommen. Es stecken aber auch Risiken darin: werden diese globalen Entwicklungen vorwiegend unter dem Aspekt der Bedrohung wahrgenommen, die es abzuwehren gilt, kann dies in einer konfrontativen, schlimmstenfalls hochgradig militarisierten Haltung münden, wie es bereits ansatzweise z.B. bei der Abschottung Europas gegen die Armutsflüchtlinge aus Afrika im Mittelmeerraum zu beobachten ist.

⁵⁴ ebenda, S. 17

⁵⁵ ebenda, S. 18

⁵⁶ ebenda, S. 30

Frieden und Konfliktfähigkeit

Bereits frühzeitig wies die evangelische Kirche darauf hin, dass Entwicklungsprozesse scheitern können, "weil (...) kleine privilegierte Gruppen alle entscheidenden Machtpositionen in ihren Händen haben und zur Ausbeutung der Masse der Bevölkerung nutzen. Dazu können auch multinationale Konzerne gehören, deren Macht die eines einzelnen Landes übertreffen kann. Schließlich verursacht das gegenwärtige System der Weltwirtschaft eine Fortdauer der durch den politischen und wirtschaftlichen Kolonialismus begründeten Abhängigkeit."⁵⁷ Mit diesen Konfliktlinien sind lokale Friedens- und Entwicklungsorganisationen konfrontiert. Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit hat sich an ihrer Seite positioniert. Sie bejaht ausdrücklich die Konflikte, die sich aus dieser Position ergeben. "In der Gestalt gesellschaftlicher Diakonie begibt sich die Nächstenliebe in politische Auseinandersetzung. Das gilt für den nationalen in gleicher Weise wie für den internationalen Bereich. Dabei entstehen Spannungen und Konflikte, die ausgetragen werden müssen. Nicht selten sind Konflikte zu verstärken, ehe eine sozial gerechtere und menschenwürdigere Form des Zusammenlebens erreicht werden kann."⁵⁸ Dieser rundum positive Blick auf Konflikte hat sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und mit der Entwicklung der "neuen Kriege" seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts differenziert. Die Brutalität der "neuen Kriege", in denen "alte" Kriegsregeln immer weniger gelten, und die Erkenntnis der negativen Eigendynamik von Konfliktverläufen hat manche frühere Gewissheit in Frage gestellt. Dafür sind neue Rollen und als neuer Akzent die Fähigkeit zur Konfliktbearbeitung ins Blickfeld gerückt.

Gewaltlosigkeit ist die Grundlage erfolgreicher Konfliktbearbeitung

Der Werkstattbericht von 1999 nimmt die beschriebene Selbstsicht der Kirchen an der Seite ihrer Partner im Süden auf. Er stellt nun die kritische Frage: "Wird kirchliche Entwicklungszusammenarbeit damit zum Mitkämpfer, zum 'Kombattanten'? Verliert sie damit die christliche

Tugend, Frieden zu stiften?" Der Bericht fragt weiter: "Wer bringt die verfeindeten Parteien zum Gespräch, wer schlichtet Konflikte, wer versöhnt Opfer und Täter?"⁵⁹ Ins Zentrum rückt die Art und Weise der Konfliktaustragung, die massive Gewalt und Zerstörung, das Leiden der Menschen. Nicht der Konflikt ist das Problem, sondern die Art seiner Austragung. Es geht nicht darum, den Konflikt um Gerechtigkeit zu scheuen: "Grundsätzlich geht es in der staatlichen wie in der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit darum, der massiven Gewalt vorzubeugen, mit der Konflikte ausgetragen werden. Und insbesondere die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit 'kämpft' dann nicht nur auf der Seite der Armen, sondern gleichermaßen für Gewaltlosigkeit. Diese Gewaltlosigkeit beginnt lange vor dem Ausbruch von Konflikten, sie gibt der Analyse von Konflikten in der Planung von Entwicklungsprojekten und -prozessen Vorrang, sie wird schon in den konfliktverschärfenden Entwicklungsprojekten verankert, wenn nötig besser als bisher, und sie führt während und nach dem Konflikt zu besonderen Maßnahmen der Konfliktbearbeitung".⁶⁰



⁵⁷ ebenda, S. 23

⁵⁸ ebenda, S. 55f

⁵⁹ Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (Hg.), 1999, S. 66

⁶⁰ ebenda, S. 67

Frieden fördern als Handlungsfeld des EED

Was sollte dies für den Evangelischen Entwicklungsdienst konkret heißen? Welche Bedeutung sollte künftig zivile Konfliktbearbeitung haben? Der Werkstattbericht von 1999 setzte die Diskussion dieser Fragen in den Gremien des EED in Gang. Im Jahr 2003 verabschiedete der EED dann eine "Grundorientierung". Sie formulierte die Zielsetzung für die internationale Zusammenarbeit des EED, aber auch für Aktivitäten in Deutschland, für Bildungs- Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Ausdrücklich nennt der EED in seiner Grundorientierung die Förderung von Frieden und die Überwindung von Gewalt als Ziele seiner Entwicklungsarbeit.

Diese Ziele sind verknüpft mit vier weiteren Dimensionen: der Minderung von Armut, Hunger und Not und ihrer Ursachen; dem Aufbau gerechter Gesellschaften; dem bewahren des Umgang mit der Schöpfung und der Überwindung von Folgen der Globalisierung, die Unrecht und Ungleichheit aufrecht erhalten.⁶¹ Mit dieser Verknüpfung hat der EED den Wert der Friedensförderung deutlich unterstrichen. Sie zeigt darüber hinaus an, dass Engagement für gerechte Entwicklung ein Engagement für gesellschaftlichen Wandel bedeutet. Und das erfordert bewussten Umgang mit Konflikten. Andererseits weist sie auf die Notwendigkeit hin, auch dort gezielt Wege zu finden, wo brutale Gewalt herrscht, Ressourcen und Macht ungerecht verteilt sind und die Menschenwürde missachtet wird.

Das Postulat, dass Frieden nur von innen wachsen kann, bekommt in diesem Zusammenhang eine mehrfache Relevanz. Menschen müssen innerlich bereit werden, sich für die friedliche Bearbeitung von Konflikten aktiv einzusetzen, und nicht abwarten oder weg gucken, wenn gesellschaftliche Spannungen eskalieren. Frieden muss von innen kommen: aus der Gesellschaft nämlich, die von politischen und sozialen Auseinandersetzungen gezeichnet ist. Was ist das stärkste Potenzial, um Gewalt einzudämmen und Friedensprozesse erfolgreich zu machen? Es sind das Engagement und die Beharrlichkeit der Menschen, die in ihrem Lebensumfeld

nicht länger mit rechtloser Gewalt konfrontiert sein wollen. Frieden ist nicht bloß das Schweigen von Waffen oder das Resultat gelungenen Krisenmanagements. Er ist ein Prozess der Einbeziehung aller Akteure, in dessen Verlauf eine Gewaltdynamik verringert, die Ursachen eines Konfliktes beseitigt und eine tragfähige Basis sozialen Zusammenlebens geschaffen wird. Das ist ein Weg, der sich aus oft mühsamen, kleinen Schritten und vielen Pfaden ergibt und sich so von innen her verbreitert. Frieden entsteht dort, wo ein demokratischer, leistungsfähiger Staat genauso wächst wie soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und eine gesellschaftliche Kultur, die einen konstruktiven Umgang mit Konflikten möglich macht und also auf Willkür verzichtet.

Dieses Postulat ist ausgesprochen folgenreich für die Arbeit des EED. Es bedeutet nämlich, dass sich Friedensförderung von dem Projektdenken verabschieden muss. Projekte sind an einen vorab definierten Zeitrahmen gebunden, sie erfordern eine klare Zieldefinition und eine systematische Abfolge von Maßnahmen, um das definierte Ziel zu erreichen. Diese Arbeitsweise wird der Vielschichtigkeit und Prozesshaftigkeit von Friedensentwicklung aber nicht gerecht. In Konfliktsituationen ist es wichtig, mit vielen kleinen Schritten vorzugehen und dabei offen für die Konfliktodynamik und für die aktuellen Entwicklungen zu bleiben. Ein Schritt nach dem anderen bedeutet hier tatsächlich, dass die Situation bei jedem neuen Schritt genau analysiert werden muss, dann den nächsten Schritt zu tun, die Ergebnisse sofort auszuwerten und zu evaluieren und erst dann weitere Schritte zu planen. Nur so bleibt die notwendige Flexibilität erhalten, bestehende Konfliktsituationen individuell zu bearbeiten und Mechanismen für friedliche Konfliktbearbeitung nachhaltig in der Gesellschaft zu verankern.

Um Konflikte konstruktiv zu bearbeiten und Gewalt vorzubeugen, braucht es eine entsprechende gesellschaftliche Kultur sowie politische Strukturen, Institutionen und Verfahren. Diese Erkenntnis hat zur Folge, dass das Augenmerk

⁶¹ Grundorientierung des EED, Bonn 2003

des EED nicht auf den "hot spots" liegt, die die Agenden der Medien oder der Außenpolitik bestimmen. Die Friedensarbeit des EED entwickelt sich aus vertrauensvoller partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Organisationen vor Ort, sie ist geprägt vom Alltag in Entwicklungsprojekten. Oft geht es um Konflikte um Land, um den Zugang zu Wasser, um die Kontrolle über Ressourcen, die eine sichere Existenz ermöglichen. In anderen Fällen geht es um politische innergesellschaftliche oder zwischenstaatliche Konflikte, die sich lokal auf das Leben der Menschen auswirken und für deren konstruktive Bearbeitung sich zivilgesellschaftliche Akteure einsetzen. Oder es geht um Konflikte, die entstehen, wenn Traditionen und überkommene Rollen hinterfragt werden.

Friedensarbeit gelingt in intensiven, langfristigen Partnerschaften

Der EED will dabei ein Partner und Förderer sein, der nicht bevormundet. Im intensiven Dialog mit Partnern und Langzeitpartnerschaften entsteht Vertrauen. Vertrauen erlaubt, gemeinsame Prozesse auf nationaler und auf internationaler Ebene zu gestalten und abzustimmen auf die jeweilige Situation. Das kann im einen Fall bedeuten, Vernetzung zu fördern. Im anderen Fall kann es heißen, Kapazitäten aufzubauen. Es kann heißen, den Aufbau von handlungsfähigen Organisationen zu fördern, seien es Frauen- oder Menschenrechtsorganisationen, Organisationen von Betroffenen wie Indigenen, Überlebenden von Gewalterfahrungen oder Dalits. Es können auch internationale Lobbyorganisationen sein. Entscheidend ist, ob das Vorgehen in der gemeinsamen Einschätzung der lokalen Organisationen und des EED geeignet ist, die Lage vor Ort zu verbessern. Entscheidend ist weiterhin, Flexibilität aufrecht zu erhalten, um auf sich verändernde Situationen angemessen reagieren zu können.

Friedensförderung umfasst für den EED zweierlei: Einerseits fördert der EED Programme oder Projekte der Partner finanziell, personell oder durch Qualifizierungsmaßnahmen. Zum zweiten arbeitet er mit Partnern daran, die Rahmenbedingungen für friedliche Entwicklung zu verbessern.

Das Spektrum von Ansätzen der direkten Zusammenarbeit ist bewusst breit. Es trägt der Erfahrung Rechnung, dass es kein Rezept dafür gibt, wie Frieden gefördert werden kann. So fördert der EED Organisationen, die aktiv Prävention betreiben. Auf diesem Feld sind z.B. Frauenorganisationen von großer Bedeutung.

Zur Überwindung von Faktoren, die in einer Region oder auf nationaler Ebene Gewalt ausgelöst haben, kann es wichtig sein, zur "De-Eskalation" beizutragen und sich wieder zivil bzw. politisch mit einem Konflikt auseinander zu setzen. In einer Nachkriegssituation sind oft Programme nötig, die Recht, Wahrheit und Versöhnung (wieder) herstellen und so verhindern, dass Konflikte nach kurzer Zeit wieder aufflammen. Zugleich haben in Nachkriegssituationen Entwicklungsprogramme wie funktionierende soziale Dienste und Bildungseinrichtungen, Einkommen schaffende Maßnahmen, Ernährungssicherung eine große friedensfördernde Bedeutung. Aus diesem Grunde ist es wichtig, sie "konfliktsensibel" zu gestalten, das heißt, dem "Do No Harm" -Ansatz zu folgen.

Jeder Konflikt ist anders. Ihn konstruktiv lösen, kann bedeuten, dass Menschen oder Gruppen ihre Einstellungen zu einem Problem oder zu anderen Mitgliedern der Gesellschaft ändern müssen, dass verfeindete Gruppen neue Formen des sozialen oder politischen Umgangs miteinander finden müssen oder sie neue Verhaltensmuster erproben und das Gewaltpotenzial begrenzen müssen.

Wenn größere innerstaatliche Spannungen bearbeitet werden sollen, muss die Dimension der strukturellen Gewalt ebenfalls berücksichtigt werden. Sie resultiert aus ungerechten Machtbeziehungen in Politik, Wirtschaft oder auch zwischen den Geschlechtern. Was ein EED-Partner für notwendig und machbar hält, wird von seiner Kompetenz und seinem gesellschaftspolitischen Selbstverständnis bestimmt. Es ist darüber hinaus abhängig von dem Grad der Freiheit, den die Zivilgesellschaft jeweils vorfindet. In Gesellschaften, in denen sich die Bevölkerung an politischen Entscheidungen beteiligen kann und Menschenrechte

respektiert werden, ist es einfacher, Konflikte zu bearbeiten und "Frieden von innen" wachsen zu lassen. Wo dies weniger der Fall ist, sind die Chancen zivilgesellschaftlicher Akteure begrenzt. Ihre Handlungsspielräume liegen dann eher auf lokaler Ebene. Konkret können sie zum Beispiel Auswirkungen von Gewalt auf die Bevölkerung mindern, Kompetenzen zur gewaltfreien Konfliktaustragung aufbauen und strukturelle Faktoren abbauen, die zu Spannungen oder Gewalt führen. Die Unterstützung des EED von außen weitet die Chancen der lokalen Organisationen aus, in ihrer Gesellschaft Entwicklungs- und Friedensprozesse selbst bestimmt und aktiv mitzugestalten.

Der EED stärkt lokale Friedenskräfte

Die Unterstützung, die der EED Partnern bietet, nimmt unterschiedliche Formen an. Der EED nutzt kirchliche und öffentliche Mittel, um Programme von Partnern finanziell zu unterstützen und damit vorhandene Initiativen zu stärken oder auszuweiten. Er vermittelt Friedensfachkräfte an Partner in Afrika, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa. Die Fachkräfte bilden dort einheimisches Personal fort, begleiten Friedensprozesse oder geben neue Erkenntnisse, Verfahren und Methoden in Organisationen weiter. Der EED fördert Maßnahmen, die es Partnern ermöglicht, sich national, regional und international zu vernetzen und ihre Arbeit gemeinsam zu reflektieren. In diesem Erfahrungsaustausch der Partner entsteht neues Konzept- und Handlungswissen. Der EED fördert die Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitenden in Partnerorganisationen und er unterstützt Partner bei ihrer internationalen Lobby- und Advocacyarbeit.

Der Zivile Friedensdienst (ZFD)

Gerechtigkeit und Friedensförderung sind seit jeher zentrale Themen und Arbeitsbereiche christlicher Entwicklungszusammenarbeit. Aus vereinzelt Vermittlungen hat sich in den 90er Jahren der Programmbereich Friedensfachdienst entwickelt, der den Grundstein legte für die Beteiligung des EED am Programm Ziviler Friedensdienst.

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) wurde 1999 von der Bundesregierung und den Friedens-

und Entwicklungsdiensten als eine Form der personellen Zusammenarbeit eingerichtet. Neben der Personalvermittlung stellt der ZFD auch finanzielle Mittel zur Förderung der Partnerorganisationen zur Verfügung. Die inhaltlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen des Zivilen Friedensdienstes wurden unter Beteiligung der Träger festgelegt (BMZ spezial 006/August 1999).

Die Bundesregierung fördert den Zivilen Friedensdienst als Teil ihres Schwerpunktes im Bereich Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung (BMZ Spezial 017/2000). Mit seiner Beteiligung am Zivilen Friedensdienst baute der EED ein zusätzliches Instrument der personellen Förderung auf. Dabei ist es das Ziel, lokale Trägerorganisationen in Krisenregionen zu unterstützen, die den Ausbruch gewaltsamer Konflikte zu verhindern suchen (Krisenprävention), die zu einer Stärkung der Fähigkeit zu friedlicher Konfliktbearbeitung beitragen (Gewaltminderung), und die durch den Aufbau friedensfördernder Strukturen eine langfristige Friedenssicherung unterstützen (Konfliktnachsorge). Wichtige Anliegen des EED sind hierbei lokale Friedenspotenziale zu stärken, sie zu unterstützen, Beiträge zur Versöhnung und zum Wiederaufbau zu leisten, die Menschenrechts- und Demokratiesituation zu verbessern, Vertrauen schaffende Maßnahmen zwischen Angehörigen von Konfliktparteien durchführen zu können oder zwischen Konfliktparteien, Interessengruppen, Ethnien oder Religionen vermitteln zu können.

Bei der Anwendung des Instruments "ziviler Friedensdienst" liegt für den EED der Fokus auf der einzelnen Personalvermittlungsmaßnahme, die als Leuchtturmprojekt für sich stehen kann und häufig gemeinsam mit anderen entwicklungspolitischen Maßnahmen des Partners synergetisch wirkt. Es geht nicht darum, hier in Deutschland eine Strategie zu entwickeln und umzusetzen. Dem EED geht es darum, die lokalen Organisationen zu befähigen, sich strategisch zu positionieren und zu handeln. Strategieentwicklung ist Teil und oft Ergebnis der Förderung und ist nicht deren Voraussetzung weil - wie oben ausgeführt - Friedensprozesse behutsames Schritt-für-Schritt Vorgehen erfordern.

Lobby- und Advocacyarbeit

In vielen Konfliktzonen tragen ausländische Akteure Mitverantwortung für die Ursachen und den Verlauf von Auseinandersetzungen. Der EED vertritt deshalb auch auf internationaler Ebene die Interessen seiner Partnerorganisationen. Derzeit widmet er dem Austausch zwischen Nord- und Süd-Akteuren verstärkt Aufmerksamkeit. Er beteiligt sich z.B. am Ökumenischen Friedensdienst für Palästina/Israel, an der Unterstützung des Friedensprozesses im Sudan oder an einem christlich-muslimischen, deutsch-ägyptischen Dialog zur Rolle von Religionen in Staat und Gesellschaft. Der EED begleitet Prozesse des gesellschaftlichen Wandels auf internationaler Ebene. Er will damit Gewalt reduzierende Ansätze bestärken und einwirken auf Faktoren, die Konflikte verschärfen.

Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung sind auch Schwerpunkte der Bildungs- und Lobbyarbeit des EED im Inland. Das Spektrum der Aktivitäten reicht dabei von der Förderung der Informationsarbeit in Kirchengemeinden bis zur Beteiligung des EED an der Debatte über die Gestaltung der deutschen Entwicklungs- und Friedenspolitik.

Nördliche Deutungshoheit abbauen

Die Förderungspraxis des EED ist geleitet vom Gedanken der "Ownership"⁶² interner Akteure. Kirchlicher Entwicklungsdienst zielt seit seiner Gründung darauf, die Würde des Menschen als Subjekt seiner eigenen Entwicklung und Befreiung zu respektieren und zu fördern. Darum ist die Zusammenarbeit mit Organisationen im Süden konstitutives Merkmal kirchlicher Entwicklungsarbeit: Sie bringt nicht vermeintliche Lösungen von außen, sondern unterstützt die Entwicklungsansätze der lokalen Organisationen. Deshalb fördert der EED lokale Organisationen und ihre Projekte und begreift sich in der Zusammenarbeit als Partner, der die Entwicklungs- und Friedensarbeit bestehender Organisationen finanziell oder durch Fachwissen unterstützt.

Diese Zusammenarbeit stößt zugleich bei den Kirchen und Werken in Deutschland Lernprozesse an, durch die sich das Verständnis von Frieden hier verändert. Der intensive Dialog mit den lokalen Organisationen ermöglicht Lernprozesse für beide Seiten. Nur so konnte eine Diskussion um die Frage entstehen: Wie kann kirchliche Entwicklungsarbeit in Krisen- und Konfliktgebieten aussehen, damit sie nicht unbeabsichtigt Gewalt schürt, sondern vielmehr die Fähigkeit einer Gesellschaft zur konstruktiven Konfliktaustragung stärkt? Der EED ist Partner von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kirchen, NRO, Basisgruppen, Frauenorganisationen, Netzwerken und Verbänden in über 80 Ländern der Welt. Er hat damit die Möglichkeit, über Länder- und Kontinentgrenzen hinweg Lernprozesse zu initiieren. Das große Potenzial solcher Prozesse für die Entwicklung neuer praxisrelevanter Konzepte und Methoden haben der Local Capacities for Peace- Prozess (LCP) und das Reflecting on Peace Practice- Projekt (RPP) deutlich gemacht.

Der entwicklungspolitische Diskurs und in der Folge auch die Förderpraxis in Deutschland, Europa und den Vereinigten Staaten unterliegen aber weiterhin der nördlichen Deutungshoheit. Die Mehrzahl der Publikationen, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen, wird in Europa und den USA produziert. Einschätzungen und Analysen staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtungen aus Europa und den USA bestimmen die internationalen Diskussionen. Noch dominanter ist die nördliche Deutungshoheit bei der Analyse und Bewertung von Konflikten. Seit September 2001 prägt die Sicht des Nordens die Diskussion über den Zusammenhang von Sicherheit und Entwicklung. Dies lenkt den Blick auf die eskalierenden Konflikte und lässt Friedenspolitik immer mehr zur Krisenpolitik werden. Prävention, die langfristige Arbeit an Konflikten, der Aufbau konfliktfähiger Kulturen, von politischen Strukturen, Institutionen und Verfahren wird dabei vernachlässigt.

⁶² Der Begriff "Ownership" (deutsch: Eigentümerschaft) meint hier die Eigenverantwortung der Menschen und ihre Identifikation mit einer Aktion oder einem Prozess.

Den lokalen Friedensorganisationen eine Stimme geben

Deshalb fördert der Evangelische Entwicklungsdienst seit einigen Jahren gezielt die Lobby- und Advocacy Arbeit seiner Partnerorganisationen. Dies geschieht beispielsweise im Rahmen des Programmes Peace in South Asia (PISA), für den der EED auch in besonderem Maße Ressourcen bereitgestellt hat. Seit 2003 legt das Südasienteam des Referats Asien/Pazifik im EED mit PISA einen Schwerpunkt auf die Qualifizierung der Arbeit von Partnerorganisationen zur zivilen Konflikttransformation, mit Handlungsfeldern in Südasien und im Norden.

Daneben unterstützt der EED aber auch gezielt die internationale Vernetzung der Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten. Zu diesem Zweck veranstaltet er beispielsweise Fachtagungen und Expertengespräche und fördert so den direkten fachlichen Austausch mit deutschen und europäischen Expertinnen über die Erfahrungen und Erwartungen lokaler Friedensinitiativen an die internationale Entwicklungs- und Friedenspolitik. Direkte Kontakte entstehen auch bei Gesprächen mit Abgeordneten und Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien.

So führte der EED beispielsweise im Oktober 2005 zusammen mit APRODEV eine Fachtagung in Brüssel mit Ansprache der EU-Ebene zu Fragen im Bereich Gender und Konflikt durch. Dort stellten Partner Fallbeispiele aus dem Sudan und aus Gujarat/Indien (OLAKH) vor. Aus dieser Veranstaltung ging eine Erklärung zum Thema Gender und Konflikt hervor, die Entscheidungsträgern in der Europäischen Kommission und in europäischen Nichtregierungsorganisationen als nötiges Handwerkszeug dient.

Im Juni 2008 konnten MenschenrechtlerInnen und FriedensaktivistInnen aus Pakistan, Indien, Nepal und China auf Einladung des EED Gespräche in Berlin, Bonn und Genf führen. Im Rahmen der einwöchigen Informationsreise stellten sie ihre Anliegen auf einem Expertengespräch Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft dar, unterrichteten den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe über ihre Anliegen und führten in

Genf Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen.

Neben der Förderung direkter Kontakte zwischen europäischen Entscheidungsträgern und den lokalen Friedensorganisationen trägt der EED auch durch die Veröffentlichung der Ergebnisse von Lernwerkstätten und Fallstudien zum Perspektivwechsel in Deutschland und Europa bei.

Das Interesse für diese Form der Information ist groß: 2006 veröffentlichte der EED die englischsprachige Fachpublikation "People Building Peace". Die acht Fallstudien behandeln die Wechselbeziehungen der Entwicklungsarbeit von Partnerorganisationen mit Faktoren der Konfliktkontexte, in denen sie arbeiten und leiten daraus Schlussfolgerungen und Empfehlungen ab. Die Nachfrage in Südasien und Deutschland war so stark, dass inzwischen eine zweite Auflage vorliegt. Auch die vorliegende Broschüre will in diesem Sinne ihren Beitrag für einen Perspektivwechsel leisten. Deshalb fasst sie die Ergebnisse der vom EED 2005 organisierten Lernwerkstatt "Development in a Troubled World - Dealing with Conflict in Constructive Ways", und des anschließenden öffentlichen Fachgesprächs mit weiteren deutschen NRO und Vertreterinnen und Vertreter aus Ministerien zusammen.

Nicht zuletzt können auch Informationsreisen von Politikerinnen und Politikern das Verständnis erweitern und die Perspektive verändern. Deshalb nutzt der EED immer wieder die Gelegenheit, Reisen von Abgeordneten des Deutschen Bundestages oder Angehörigen der Regierung mit zu gestalten und teilweise zu begleiten, etwa im März/April 2008 nach Bangladesh und Nepal. Informationsreisen werden auch zukünftig ein wichtiger Baustein der Lobby- und Advocacyarbeit des EED sein.

Gender-Dimensionen einbeziehen

Frauenorganisationen weltweit haben ihre Kompetenz zur Transformation von gewaltförmigen Konflikten bewiesen. Ungezählte Beiträge zur Frühwarnung und zu informellen Friedensprozessen gehen auf die Initiative von Frauen zurück. Diese Rolle von Frauenorganisationen

innerhalb der Zivilgesellschaft und gegenüber staatlichen Stellen gilt es auch in der kirchlichen Entwicklungs- und Friedensarbeit anzuerkennen, zu stärken und zu formalisieren, wie in der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen festgeschrieben.

Gewaltförmige Konfliktsituationen haben bedeutende Auswirkungen auf Geschlechterrollen und auf die Wahrnehmung von Männlichkeit und Weiblichkeit. In Kriegssituationen wird von Frauen selbstverständlich erwartet, dass sie die sonst als männlich beschriebene Rolle des Haushaltsvorstands oder die Rolle als Arbeitskraft einnimmt. Gleichzeitig und im Widerspruch zu dieser Realität setzt eine Stereotypisierung von gesellschaftlichen Normen bezüglich des "wahren" Mannes oder der "typischen" Frau ein, die kaum noch Abweichungen zulässt: Die männliche Norm ist der Soldat / der Täter, dem die weibliche Norm der Soldatenmutter/ des Opfers gegenübergestellt wird.

Es gilt, in der zivilgesellschaftlichen Arbeit die veränderten Geschlechterrollen wahrzunehmen und den daraus entstehenden Bedürfnissen und Herausforderungen zu begegnen. Gleichzeitig ist eine große Herausforderung an die Friedensarbeit, die verengten stereotypen Geschlechternormen aktiv in Frage zu stellen. Sie dürfen nicht als "Rahmenbedingung" für Friedensmaßnahmen in Kauf genommen werden. Es gilt für den kirchlichen Entwicklungsdienst, diese in Frage zu stellen und den Blick auf die Menschen zu leiten, die unter den Stereotypen leiden. Insbesondere Männer dürfen nicht nur als Gewaltakteure, sondern müssen auch als Opfer und als Friedensakteure wahrgenommen werden. Genauso gilt es, Frauen nicht als passive Opfer, sondern aktive Akteurinnen zu verstehen und dabei auch die Augen vor Frauen als Gewaltakteurinnen nicht zu verschließen.

Friedensarbeit stellt Geschlechternormen in Frage

Wenn in der Gesellschaft ein stereotypes Männlichkeitsbild des aggressiven, potenziell gewalttätigen "Helden" dominiert, entwickelt sich ein normativer Kontext, in dem Politik mit patriarchal-militaristischen Lösungsstrategien betrieben wird. Diese Strategien tragen jedoch

häufig zur Verschärfung von Gewaltsituationen bei. Aufbauend auf eine Genderanalyse sollte deshalb nach Möglichkeiten gesucht werden, den politischen und wirtschaftlichen Kontext dahingehend zu beeinflussen, dass die patriarchal-hierarchische Logik geschwächt wird und zivile, nicht autoritäre Lösungsansätze entwickelt werden können.

Darüber hinaus bereichert die Genderanalyse die Methodik der Konfliktanalyse, in dem sie Machtasymmetrien auf allen Ebenen, auch innerhalb der Zivilgesellschaft, offen legt. Zivilgesellschaft darf nicht als monolithische Kategorie idealisiert werden. Die unterschiedlichen Interessen und daraus entstehende Konflikte innerhalb der Zivilgesellschaft, die nicht nur zwischen Geschlechtergruppen zu beobachten sind, können durch Genderanalyse identifiziert und konstruktiv genutzt werden. Je bewusster und selbstkritischer eine Gesellschaft mit Gerechtigkeitsfragen zwischen den Geschlechtern umgeht, desto besser ist sie befähigt, in der Konflikttransformation nachhaltig Frieden zu fördern.

Möglichkeiten und Grenzen der Zivilgesellschaft erkennen

In den letzten Jahren ist das Schlagwort "Stärkung der Zivilgesellschaft" zum Allheilmittel für Probleme aller Art avanciert. Und damit auch zu einem Schwerpunkt der Förderpolitik von nördlichen Gebern. Erfahrungen von Partnern, aber auch die nördlicher Staaten, legen nahe, diese Praxis zu überdenken. Vor allem dort, wo der Staatsaufbau nicht vorankommt, kann Zivilgesellschaft Defizite nicht kompensieren. Das muss zu Frustration und zur Diskreditierung von Zivilgesellschaft führen.

Die Vorstellung, dass gesellschaftliche Akteure staatliche Funktionen kompensierend übernehmen könnten, entspringt einer Politikerfäbrung, die Zivilgesellschaft und demokratischen Staat als "hochgradig komplementär, sogar voneinander abhängig" erlebt. Das kann man so sehen. Und zwar dort, wo der Staat Rechtssicherheit garantiert und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht. Wie die Erfahrungen von Partnern aus dem Süden jedoch zeigen, ist das nicht der Staat, den sie real als Gegenüber

haben. Seit vielen Generationen haben Menschen im Süden den Staat eher als Gefahr für persönliche Freiheit und Sicherheit erlebt, denn als deren Garant. Sie ringen darum, dass der Staat seine Grundfunktionen erfüllt und staatliche Organe sich so verhalten, dass der Staat als legitim anerkannt werden kann.

Staaten müssen in die Pflicht genommen werden

Wenn es um Stärkung der Zivilgesellschaft geht, dann in dem Sinne, dass sie als kritisches Gegenüber zu staatlichen Instanzen agiert und diese zu Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung anhalten kann. Keinesfalls aber darf die internationale Gemeinschaft regierende Eliten aus ihren Pflichten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern entlassen. Der im Dezember 2001 veröffentlichte Bericht "The Responsibility To Protect"⁶³ beschreibt diese Pflichten staatlicher Organe eindrücklich. In den Kontexten der Partnerorganisationen sind und bleiben die dominanten Akteure Behörden des Staates, zusammen mit zwischenstaatlichen oder multilateralen Organisationen und wirtschaftlichen Unternehmen. Hier müssen inter-

ationale Akteure in die Pflicht genommen werden. Dort, wo Konflikte gewaltförmig eskalieren aufgrund von externer Einmischung staatlicher oder privater Akteure muß die internationale Gemeinschaft in die Pflicht genommen werden, rechtlose Gewalt zu verhindern und Leben zu schützen.

In vielen Ländern des Südens sehen staatliche Akteure Nichtregierungsorganisationen lediglich als Mittel, derer sie sich bedienen, um ihre eigene Agenda zu legitimieren. Zivilgesellschaft an sich aber hat das Potenzial zu konstruktiven, aber auch zu destruktiven Prozessen. Die Herausforderung besteht daher darin, "authentische Träger des Wandels" zu identifizieren und sie darin zu stärken, eine eigenständige, konstruktiv gestaltende Rolle in ihrer Gesellschaft zu spielen, mit einem verantwortlichen Staat als Gegenüber. Diese Menschen sollen, wie die Denkschrift der EKD von 1973 es bereits formulierte: "eine strukturelle Neuordnung zugunsten der benachteiligten Massen wollen und sich als authentische Sprecher ihrer Länder und Menschen ausweisen können."⁶⁴

⁶³ The Responsibility to Protect. Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty. December 2001; <http://www.iciss.ca/report2-en.asp>

⁶⁴ EKD, 1973, S. 25

Literaturhinweise

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.: "Gewaltfrei streiten für einen gerechten Frieden." Oberursel, 2008

Anderson, Mary B.: "Do No Harm. How Aid Can Support Peace– Or War"; Lynne Rienner Publishers, London 1999

Anderson, Mary B.; Olson, Lara: "Confronting War: Critical Lessons For Peace Practitioners"; CDA; Cambridge MA, 2003

Anwar, Khurshid: "Composite Heritage for Peace, Harmony and Democracy – Training Handbook for Trainers and Activists", Institute for Social Democracy, New Delhi 2007, www.sach.org.in

Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED): "Frieden muss von innen wachsen. Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit" – Werkstattbericht der kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt, Dienste in Übersee, Evangelisches Missionswerk, Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Kirchlicher Entwicklungsdienst und Misereor; Bonn/Stuttgart/Aachen 1999. (Das Heft ist vergriffen und nur noch als download erhältlich unter <http://www.eed.de/de.info.150/index.html>)

Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe (APRODEV), Brüssel: "Wessen Sicherheit? Zusammenführung und Eigenständigkeit der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union" (Autor: Clive Robinson) Deutsche Fassung herausgegeben von Brot für die Welt und EED; Stuttgart/Bonn 2005

Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe (APRODEV), Brüssel: "Gender and Violent Conflict". Gender Orientation on Development (GOOD) Conference Report; Frankfurt 2002

Butalia, Urvashi: "Friedensinseln. Gewaltprävention praktisch: Erfahrungen von Dorfgemeinschaften in Nordost-Indien." Bonn, 2008

Chenoy, Anuradha M.: "Women, War and Peace – Security Council Resolution 1325." Peace Women Across the Globe, Bern 2008 www.100peacewomen.org

Der Überblick – Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit (herausgegeben im Auftrag des Evangelischen Entwicklungsdienstes und Brot für die Welt): "Gerechtigkeit nach Konflikten". Heft 1+2/2007; Hamburg 2007

Djateng, Flaubert, Christiane Kayser and Marie José Mavinga: "Building the Peace. International Cooperation in crisis zones: Multiple identities and shared commitment." CPS–Great Lakes / EED. Kinshasa, Bafoussam, Berlin 2008

Djateng, Flaubert, Christiane Kayser and Marie José Mavinga: "Constructing Peace. Demystifying Impact: Our Work for Change." CPS–Great Lakes / EED. Kinshasa, Bafoussam, Berlin 2007

Evangelische Akademie Bad Boll und Evangelischer Entwicklungsdienst (EED): "Helden – Mütter – Opfer. Leben im Konflikt. Alltagssituationen von Frauen und Männern in Palästina und Bosnien–Herzegowina". Dokumentation einer Tagung; Bad Boll 2002

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): "Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt". Eine Denkschrift der Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst; Gütersloh 1973

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): "Schritte auf dem Weg des Friedens – Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik". EKD– Texte 48; Hannover 1994

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): "Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Gewaltsame Konflikte und zivile Intervention an Beispielen aus Afrika – Herausforderungen auch für kirchliches Handeln". Eine Studie der Kammer für Entwicklung und Umwelt, EKD–Texte 72; Hannover 2002

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): "Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen". Eine Denkschrift des Rates der EKD; Gütersloh 2007

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED): "Coltanfieber. Wie ein seltenes Metall das Leben im kriegsgeschüttelten Osten der Demokratischen Republik Kongo verändert hat" (Autoren: Dominic Johnson, Christiane Kayser, Aloys Tegera); Bonn 2002 (Das Heft ist vergriffen und nur noch als download erhältlich unter <http://www.eed.de/de.de.eed/de.eed.pub/de.eed.pub.all/de.pub.de.33/>)

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED): "People Building Peace – Transforming Violent Conflict in South Asia" (Autor: Hagen Berndt). Bonn 2006 (2. Auflage 2007)

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED): "Was der Krieg uns lehrte. Überlebensstrategien von Handwerk und Gewerbe in der Krisenregion Ostkongo" (Autorin: Maria Baier d'Orazio). Bonn 2005

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED): "Wenn die Welt zerbricht. Mit traumatischen Erlebnissen umgehen". EED-Scriptum 3; Bonn 2005

Evangelischer Entwicklungsdienst: "Netze des Friedens knüpfen. Ziviler Friedensdienst." Bonn, 2008

Evangelischer Entwicklungsdienst: "Lebensperspektiven entwickeln! Gerechtigkeit suchen, Frieden fördern." Bonn, o.J.

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE): "Reformpartnerschaft mit Afrika". Dokumentation zur Internationalen Konferenz der GKKE vor dem G8-Gipfel 2007, GKKE-Schriftenreihe 43; Berlin / Bonn 2007

Goswami, Roshmi et al.: "Women in Armed Conflict Situations", North East Network Guwahati 2005, www.northeastnetwork.org

Heinrich, Wolfgang: "Building the Peace. Experiences and reflections of collaborative peacebuilding. The case of Somalia." Zweite und ergänzte Auflage, Life & Peace Institute, Uppsala 2006

Jagori, Olakh, Sangat, Kartini: "Gender, Conflict and Peace – A Dialogue between Gujarat, Kashmir and the North East", Jagori, New Delhi 2006, www.jagori.org

Kaiser, Wolfgang: "Friedensförderung des kirchlichen Entwicklungsdienstes." In: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.: "Gewaltfrei streiten für einen gerechten Frieden." Oberursel, 2008, 91-97

Kirchlicher Herausgeberkreis: Jahrbuch Gerechtigkeit: "Reichtum, Macht, Gewalt – Sicherheit in Zeiten der Globalisierung" (Jahrbuch Gerechtigkeit II). Publik-Forum/Frankfurter Rundschau; Oberursel, Heidelberg 2006

Kirleis, Edda: "Rethinking Gender, Violent Conflict and Development from Local Perspectives: Reclaiming Political Agency in South Asia". in Zarkov, D. (Hg.). "Gender-Violent Conflict-Development", Zubaan, New Delhi 2008

Manchanda, Rita: "We Do More Because We Can – Naga Women in the Peace Process", "South Asia Forum for Human Rights", Kathmandu 2004, www.safhr.org

Misereor, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst: "Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Interventionen?" Eine gemeinsame Stellungnahme von Misereor, Brot für die Welt und EED; Aachen/Stuttgart/Bonn 2003. <http://www.eed.de/de/de.col/de.col.d/de.sub.08/de.sub.info/de.info.142/index.html>

Roy, Chandra K. et al. (eds.): "Beyond Silencing of the Guns", Tebtebba Foundation, Baguio 2004, www.tebtebba.org

Tauli-Corpuz, Victoria; Carino, Joji (eds.): "Reclaiming Balance – Indigenous Peoples, Conflict Resolution and Sustainable Development", Tebtebba Foundation, Baguio 2004, www.tebtebba.org

Zarkov, Dubravka (ed): "Gender –Violent Conflict –Development", Zubaan, New Delhi 2008

Weitere Literaturhinweise und Informationen zum Thema Frieden und zivile Konfliktbearbeitung finden Sie auf der Internetseite "Frieden fördern" des EED unter <http://www.eed.de/frieden>

Mit Konflikten umgehen – die Perspektive wechseln

Aus Erfahrungen lokaler Akteure in Konfliktsituationen lernen

Die Annahme, dass Entwicklungsmaßnahmen immer friedensfördernd wirken, hat sich als Irrtum herausgestellt. In zahlreichen Fällen haben Kriegsakteure die Arbeit von Hilfsorganisationen bewusst einkalkuliert und für ihre Zwecke missbraucht. Lokale und internationale Organisationen, die Flüchtlinge, Kriegsoffer und von Gewalt betroffene Gemeinschaften unterstützen und ihnen ein Überleben ermöglichen wollen, müssen sich mit den ungewollten Auswirkungen von Not- und Entwicklungshilfe auseinander setzen.

Entwicklungsorganisationen haben aber auch Erfahrungen gesammelt, wie sie mit den Mitteln der Not- und Entwicklungshilfe dazu beitragen können, dass Gemeinschaften Konflikte gewaltfrei – konstruktiv – bearbeiten können. Sie haben Ansätze und Methoden entwickelt, um in einer geplanten und systematischen Weise Gewalt zu deeskalieren und Friedensarbeit zu fördern.

In diesem Band wird beschrieben, welche Erfahrungen Partner des EED – und der EED selbst – aus der Entwicklungsarbeit in Situationen, in denen Konflikte gewaltsam ausgetragen werden, gesammelt und wie sie damit ihre Arbeit und Arbeitsweise den neuen Herausforderungen angepasst haben – und weiterhin beständig anpassen.